



# Landtag Mecklenburg-Vorpommern

18. Sitzung

5. Wahlperiode

Freitag, 11. Mai 2007, Schwerin, Schloss

Vorsitz: Präsidentin Sylvia Bretschneider, Vizepräsidentin Renate Holznagel, Vizepräsident Andreas Bluhm und Vizepräsident Hans Kreher

**Inhalt**

	Jörg Heydorn, SPD .....	13
	Ralf Grabow, FDP .....	13
	Günter Rühls, CDU .....	14
	Tino Müller, NPD .....	14
	Dr. Margret Seemann, SPD .....	15
	Vincent Kokert, CDU .....	16, 18
	Michael Roof, FDP .....	18
	Michael Roof, FDP (zur Geschäftsordnung) .....	18
	Hans Kreher, FDP .....	18
	<b>B e s c h l u s s</b> .....	19
	Antrag der Fraktion der FDP: <b>Einberufung eines Kindergipfels in Mecklenburg-Vorpommern</b> – Drucksache 5/493 – .....	19
	Ralf Grabow, FDP .....	19, 23, 24
	Minister Erwin Sellering .....	20
	Harry Glawe, CDU .....	20, 24
	Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS .....	21
	Martina Tegtmeier, SPD .....	22
	Stefan Köster, NPD .....	22
	Jörg Heydorn, SPD .....	23
	<b>B e s c h l u s s</b> .....	25
	Antrag der Fraktionen der CDU und SPD: <b>Landeswettbewerbe „Familienfreundliche Kommune“ und „Familienfreundliches Unternehmen“</b> – Drucksache 5/489 – .....	9
	<b>Änderungsantrag der Fraktion der FDP</b> – Drucksache 5/547 – .....	9
	Matthias Lietz, CDU .....	9
	Minister Erwin Sellering .....	10
	Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS .....	12
	Antrag der Fraktionen der SPD und CDU: <b>Geschlechtersensible Gesundheitsberichterstattung</b> – Drucksache 5/486 – .....	3
	Martina Tegtmeier, SPD .....	3
	Minister Erwin Sellering .....	4
	Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS .....	5
	Beate Schlupp, CDU .....	6
	Ralf Grabow, FDP .....	6
	Dr. Margret Seemann, SPD .....	6, 9
	Stefan Köster, NPD .....	8
	<b>B e s c h l u s s</b> .....	9

Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:

**Vorschulische Bildung ausdehnen  
und weiterentwickeln**

– Drucksache 5/477(neu) – .....	25
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS .....	25, 36
Minister Henry Tesch .....	27, 35
Jörg Heydorn, SPD .....	29, 36
Hans Kreher, FDP .....	30
Jörg Vierkant, CDU .....	31
Tino Müller, NPD .....	32
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS .....	33
<b>B e s c h l u s s</b> .....	37

Antrag der Fraktion der NPD:

**Bevölkerungs- und Katastrophenschutz  
angesichts des G8-Gipfels**

– Drucksache 5/472 – .....	37
Michael Andrejewski, NPD .....	37, 39
Gino Leonhard, FDP .....	39
<b>B e s c h l u s s</b> .....	39, 41

**Nächste Sitzung**

Mittwoch, 13. Juni 2007 .....	40
-------------------------------	----

**Beginn: 9.02 Uhr**

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich begrüße Sie zur 18. Sitzung des Landtages. Die Sitzung ist eröffnet. Die Tagesordnung der heutigen Sitzung liegt Ihnen vor. Wir setzen unsere Beratung vereinbarungsgemäß fort.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 35:** Beratung des Antrages der Fraktionen der SPD und CDU – Geschlechtersensible Gesundheitsberichterstattung, auf Drucksache 5/486.

**Antrag der Fraktionen der SPD und CDU:  
Geschlechtersensible  
Gesundheitsberichterstattung  
– Drucksache 5/486 –**

Das Wort zur Begründung hat die Abgeordnete Frau Tegtmeier von der Fraktion der SPD.

**Martina Tegtmeier, SPD:** Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Erst einmal einen schönen guten Morgen.

(Zurufe aus dem Plenum: Guten Morgen!)

Aber nun zum Ernst der Sache: In den 70er Jahren verstärkte sich in Westdeutschland das Bewusstsein für die gesellschaftliche Benachteiligung von Frauen und in diesem Zusammenhang fiel verschärft auf, dass Frauen in den gesundheitsbezogenen Wissenschaften praktisch überhaupt nicht vorkamen. Ihr spezifischer Versorgungsbedarf wurde weitestgehend ignoriert. Folge war die Entwicklung einer Frauengesundheitsbewegung, die Ende der 70er Jahre zur Gründung der ersten Frauengesundheitszentren führte. Parallel zu diesen Entwicklungen bemühte sich die Weltgesundheitsorganisation um eine Erweiterung des Gesundheitsbegriffs. In der Ottawa-Charta der Weltgesundheitsorganisation von 1986 werden die Entstehung und der Verlauf von Gesundheit und Krankheit mit der sozialen Lage und den Arbeits- und Lebensbedingungen der Menschen in Zusammenhang gebracht und damit wurde auch das soziale Geschlecht – wir kennen das alle, englisch „gender“ – ein wesentlicher Faktor.

Folgerichtig findet die Frauengesundheit bei der Weltgesundheitsorganisation seither eine stärkere Berücksichtigung. Das Regionalbüro Europa der Weltgesundheitsorganisation forderte ihre Mitgliedsländer durch die Wiener Erklärung „Women's Health Counts“ von 1994 auf, zur gesundheitlichen Lage von Frauen Bericht zu erstatten, und formulierte Grundsätze zur Weiterentwicklung der Gesundheit von Frauen in den europäischen Regionen der Weltgesundheitsorganisation. Bereits 1985 wurde auf der 3. Weltfrauenkonferenz der Vereinten Nationen in Nairobi Gender Mainstreaming als politische Strategie vorgestellt. 1995 auf der 4. Weltfrauenkonferenz – ich denke mal, Frau Dr. Seemann hat Ihnen dazu schon öfter berichtet – wurde das Prinzip in der verabschiedeten Aktionsplattform verankert und damit verpflichtend für die Mitgliedsstaaten.

Für die Europäische Union wird der Gender-Mainstreaming-Ansatz 1999 mit Inkrafttreten des Amsterdamer Vertrages am 1. Mai zum ersten Mal in rechtlich verbindlicher Form festgeschrieben. Artikel 2 und Artikel 3 Absatz 2 des EG-Vertrages verpflichten die Mitgliedsstaaten zu einer aktiven Gleichstellungspolitik im Sinne des Gender Mainstreaming. Im Jahr 2000 wird die gemeinsame Geschäftsordnung unserer Bundesminis-

terien entsprechend novelliert. Der neue Paragraph 2 lautet nun: „Die Gleichstellung von Frauen und Männern ist durchgängiges Leitprinzip und soll bei allen politischen, normgebenden und verwaltenden Maßnahmen der Bundesministerien in ihren Bereichen gefördert werden ...“ Das gilt für alle Bundesministerien, die damit aufgefordert sind, eigenverantwortlich dieses Leitprinzip in all ihren Aktivitäten umzusetzen.

Zuvor hatte bereits im Jahr 1996 das Bundesfrauenministerium beschlossen, den ersten deutschen Frauengesundheitsbericht in Auftrag zu geben, und folgte damit folgenden Erkenntnissen: Biologische Unterschiede werden in der Medizin nicht ausreichend berücksichtigt. Frauen und Männer unterscheiden sich bezüglich ihrer Krankheiten und gesundheitlichen Einschränkungen. Unterschiedliche Umgangsweisen von Männern und Frauen mit dem Gesundheitssystem und unterschiedliche Umgangsweisen des Gesundheitssystems mit Männern und Frauen werden meist nicht reflektiert. Spezifische Arbeits- und Lebensbedingungen von Männern und Frauen haben spezifische Auswirkungen auf deren Gesundheit. Unterschiedliche Sozialisationserfahrungen der Geschlechter führen zu einem unterschiedlichen Umgang mit Gesundheit und Krankheit. Besonders der Zusammenhang von Frauenarbeit und Gesundheit ist noch ein weitgehend unbearbeitetes Forschungsfeld. So sind Berufskrankheiten ein weitgehend männlich dominierter Bereich. Die gesundheitlichen Auswirkungen vereinbarkeitsbedingter Belastungen und Ressourcen sind bisher selten Gegenstand von Forschungen. Über Unfälle im Haushalt gibt es kaum aussagekräftige Daten.

Der Aspekt Gendersensibilität bedeutet in der Gesundheitsberichterstattung und in der gesundheitlichen Versorgung, die Bedeutung des Geschlechts systematisch für Männer und Frauen zu berücksichtigen. Es geht auch darum, bei der Darstellung von Daten und Ergebnissen zu spezifischen Krankheiten die Bedeutung und Aussagefähigkeit der im Gesundheitswesen gestellten Diagnosen kritisch zu hinterfragen im Hinblick darauf, welche implizierten Vorurteile über Krankheiten bei Frauen und Männern dahinterstehen und Diagnosen und Therapien beeinflussen.

An dieser Stelle möchte ich darauf hinweisen, dass es auch durchaus Herren gibt, die unter Migräne leiden. Aber die Notwendigkeit wird am Beispiel von Herz-Kreislauf-Erkrankungen besonders deutlich sichtbar. Während die Herz-Kreislauf-Erkrankungen bei Männern vom 35. Lebensjahr an eine der Hauptursachen für den vorzeitigen Tod sind, sind Frauen erst in einem höheren Lebensalter betroffen. Trotzdem sind sie auch bei den Frauen die Haupttodesursache. Da der Herzinfarkt immer noch als typische Männerkrankheit wahrgenommen wird, werden Risikofaktoren und Symptome bei Frauen weniger ernst genommen. Oftmals werden die mehr frauentypischen Beschwerden wie Übelkeit und Erbrechen unterschätzt und nicht mit der eher als männertypisch geltenden Krankheit in Verbindung gebracht – von den Frauen selbst, von ihren Angehörigen, aber, noch schlimmer, auch vom medizinischen Personal. Bei Zunahme der Lebenserwartung und der damit einhergehenden Zunahme des Anteils älterer und pflegebedürftiger Frauen ist die Bedeutung der Herz-Kreislauf-Erkrankungen für die gesundheitliche Versorgung von Frauen offensichtlich.

Die Augsburger Herzinfarktregisterdaten, die über einen Zeitraum von zehn Jahren erhoben wurden, und zwar für 25- bis 74-jährige Einwohnerinnen und Einwohner, zeigen, dass nur 36 Prozent der Frauen im Vergleich zu 44 Prozent der Männer den Herzinfarkt überleben. Sie sterben häufiger vor oder kurz nach Erreichen einer Klinik als Männer. Diese Daten der Augsburger Herzinfarktregisterdaten sind bis 1995 erhoben worden, muss ich an dieser Stelle einfügen, aber auch die neueren Daten des Berliner Herzinfarktregisters zeigen, dass Frauen nach akutem Herzinfarkt immer noch deutlich öfter in der Klinik sterben. Sie erreichen die Klinik später, sie werden seltener von einem Notarzt in die Klinik transportiert. Unterschiede sind auch bei der Therapie, der Diagnostik belegt. Frauen erhalten seltener eine Herzkatheteruntersuchung und insbesondere jüngere Frauen sterben häufiger nach einer Bypassoperation. Die Ursachen dafür sind bisher nicht bekannt. Hier besteht dringender Forschungsbedarf, der auch die psychosozialen Variablen mit einbeziehen sollte – ein typisches Beispiel für die Notwendigkeit von Gender-Forschung in der Medizin.

Ein weiteres großes Thema in diesem Zusammenhang ist das Thema Gewalt, das ich hier aber nun nicht weiter ausführen möchte. Frau Dr. Seemann wird Ihnen nachher auch noch ganz anschauliche Beispiele liefern.

Eines tritt aber in jedem Fall klar zutage: Geschlechterstereotype greifen nicht, sie verhindern im Gegenteil Behandlungsfortschritt. Folge ist Über-, Unter- oder Fehlversorgung, die der Sachverständigenrat des Bundes für die konzertierte Aktion im Gesundheitswesen in seinem Gutachten Anfang 2000/2001 zu Recht kritisiert. Ziel ist daher nicht unbedingt eine Ausweitung der Versorgungsleistungen, sondern deren wirksamer und zielgerichteter Einsatz.

Der im Jahr 2001 vorgelegte Bericht zur gesundheitlichen Situation von Frauen in Deutschland macht deutlich, dass eine zielgenaue geschlechterdifferenzierte Gesundheitsvorsorge und -versorgung erforderlich ist. Am 9. Juni 2004 hat der Bundesrat dem 12. Gesetz zur Änderung des Arzneimittelgesetzes zugestimmt. Danach muss die klinische Prüfung für die Zulassung von Arzneimitteln zukünftig eventuelle unterschiedliche Wirkungsweisen bei Frauen und Männern berücksichtigen – ein Erfolg, den wir der EU zu verdanken haben.

Das Prinzip des Gender Mainstreaming haben wir hier im Land festgeschrieben, nun müssen wir auch alle erforderlichen Konsequenzen ziehen und das Mögliche dazu beitragen, um Defizite in der gesundheitlichen Versorgung abzubauen. Wir sind auf diesem Weg in diesem Land schon erstaunlich weit gekommen. Der Sozialminister wird dazu nachher sicherlich noch ausführliche Berichte abgeben. Aber nur das Gender-Mainstreaming-Prinzip als durchgängiges Leitprinzip bringt uns da wirklich weiter und ich bitte Sie um Unterstützung für diesen Antrag.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Tegtmeyer.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Um das Wort gebeten hat zunächst der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

**Minister Erwin Sellering:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für den Sozial- und Gesundheitsminister gibt es sehr viele gemeinsame Arbeitsfelder mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut.)

und ich freue mich, dass ich sagen kann, dass unser Arbeitsverhältnis auch im persönlichen Bereich sehr gut ist. Wir haben das ja schon sechs Jahre einüben können während meiner Zeit als Justizminister, wo wir vor allem im Bereich der Opferhilfe sehr gut zusammengearbeitet haben – häusliche Gewalt, sexualisierte Gewalt, Zwangsprostitution.

Bei der Gesundheit geht es um die gemeinsame Aufgabe, herauszufinden und dafür Voraussetzungen zu schaffen, welche Unterschiede wir in der Vorsorge und in der akuten Behandlung zwischen Männern und Frauen machen müssen. Das ist ein lange vernachlässigtes, aber sehr wichtiges Thema. Und manchmal würde ich mir wünschen, dass es uns gelingen würde, dieses wichtige Thema zu besprechen, ja, vielleicht leicht verständlich auch für die Menschen draußen, ohne dass wir Begriffe wie „gender“, „geschlechtsspezifisch“, „geschlechtsdifferenziert“ gebrauchen müssen.

(Beifall Udo Pastörs, NPD)

Das ist ziemlich schwierig, aber ich würde bitten, dass wir das jedenfalls versuchen, denn das Thema ist sehr wichtig und geht jeden hier im Land an.

Vorbildlich sind wir in Mecklenburg-Vorpommern bereits in der Erfassung von Daten, aus denen man diese unterschiedliche Behandlung ableiten kann. Es hat eine Länderearbeitsgruppe gegeben, in der alle Landesarbeitsgemeinschaften für Gesundheit vertreten waren, und da ist vorgeschlagen worden, 268 Daten zu erfassen. Wir hier in Mecklenburg-Vorpommern tun das bereits mit 228. Da liegen wir sehr gut. Wo wir aber ganz deutlich besser werden können und auch besser werden müssen, das ist bei der Auswertung, bei der Analyse und den daraus abgeleiteten Handlungsrahmen. Ich verstehe den Antrag heute so, dass das weiter befördert werden soll, dass wir darauf die Aufmerksamkeit richten, dass wir dabei gemeinsam zusammenarbeiten wollen.

Da möchte ich mich gern mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten auf Prioritäten verständigen, denn uns ist ja allen klar, dass das durchaus Arbeit bedeutet, wenn wir diese 228 Daten verknüpfen, analysieren, Handlungsrahmen daraus ableiten. Das geht nicht alles sofort und gleichzeitig. Ich möchte am liebsten die Verständigung darüber herbeiführen in der Landesarbeitsgemeinschaft Frauengesundheit, die es ja bei uns gibt

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

und die wir vielleicht gemeinsam etwas stärker wiederbeleben sollten. Dann ist, glaube ich, gewährleistet, dass diese wichtige Arbeit kontinuierlich von einem bestimmten Arbeitsgremium geleistet wird. Also das ist mein Angebot. Ich bin sicher, dass wir auf diese Weise sehr wichtige Schritte vorankommen werden und dass wir dann zielgenauer und besser auf die Frauen und Männer bezogen Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsversor-

gung anbieten können. Also mein Angebot ist, da weiter sehr gut zusammenzuarbeiten mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. Das ist unser gemeinsames Thema. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Gramkow von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Angelika Gramkow,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Mein Kollege Herr Bluhm hat ja eben gesagt, es war kurz.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ja. –  
Minister Erwin Sellering: Ja, aber richtig.)

Ja, es war sehr kurz, denn nach der Ankündigung von Frau Tegtmeier hätte ich dann doch schon etwas mehr erwartet, weil, glaube ich, dieses Land in den letzten Jahren zu diesem Thema auch mehr geleistet hat.

Gender Mainstreaming, das Prinzip, dass wir eine gleichartige Berücksichtigung von Männern und Frauen in allen Bereichen der Politik erreichen wollen, dieses Prinzip muss natürlich auch in der Frage der Gesundheitspolitik eine Rolle spielen. Ich denke, wenn wir uns anschauen, was hier in den letzten Jahren zu diesem Thema geleistet worden ist, dann kann sich das, so finde ich, sehen lassen. Der Minister verwies eben darauf, wir haben in der Landesgleichstellungskonzeption im Jahr 2000 dieses Prinzip festgeschrieben. Seit dieser Zeit arbeitet eine Landesarbeitsgemeinschaft Frauengesundheit. Gleichzeitig gibt es in diesem Bereich viele Aktivitäten, die auch im Rahmen der Landesregierung organisiert worden sind.

Und wenn ich einen Satz zitieren darf aus der Pressemitteilung von Frau Tegtmeier von gestern zu dem jetzigen Tagesordnungspunkt, dann verwundert der mich doch etwas, denn der lautet: „Eine ähnliche parlamentarische Initiative hatte die SPD schon in der letzten Legislatur gestartet, die jedoch von der PDS-Sozialministerin nicht umgesetzt wurde.“ Frau Tegtmeier im Original: „Im nunmehr sozialdemokratisch geführten Sozialministerium wird diese Gesundheitsberichterstattung konstruktiv erarbeitet werden, dessen bin ich mir sicher.“

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Wird alles anders.)

Ich glaube, dass diese letzten beiden Sätze vielleicht doch dem geschuldet sind, dass Sie neu sind in unserem Parlament

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

und nicht die Gelegenheit hatten, zumindest sich zum Beispiel einmal das letzte „Statistische Heft“, was zu diesem Thema, gefördert durch das Arbeits- und Bauministerium diese Landes, entstanden ist im Jahr 2005, das Sonderheft „Frauen in Mecklenburg-Vorpommern im Spiegel der Zahlen“, mit einem sehr interessanten Absatz zur Frauengesundheitspolitik, mit den Folgewirkungen und Auswirkungen zur Prävention, anzusehen.

Und wenn ich den letzten Gesundheitsbericht des Landes Mecklenburg-Vorpommern, der unter Federführung der PDS-Sozialministerin vorgelegt worden ist und auch

nicht kritisiert worden ist, mir anschauen, dann sind hier erstmals die Indikatoren, die auch von der WHO ange-  
setzt worden sind, umgesetzt worden. 145 Indikatoren!

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Ich sage nicht, dass das ausreichend ist. Ich sage auch nicht, dass wir nicht besser werden können, gerade angesichts einer Diskussion, die man aus den Zahlen erkennen kann. Wir können besser werden, wir sollten besser werden, aber wir sollten nicht so tun, als wenn wir auf diesem Weg nichts vorangebracht haben und es einer Initiative der SPD-Fraktion entsprechen würde, dieses nun endlich umzusetzen, weil die Fakten liegen doch schon auf dem Tisch und sie sind sogar für Mecklenburg-Vorpommern heruntergebrochen. Frauen in Mecklenburg-Vorpommern, in der ganzen Bundesrepublik leben länger als Männer.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja.)

Das Sterberisiko der Frauen ist damit geringer als das der Männer. Bei den Todesfällen liegen die Frauen hier in Mecklenburg-Vorpommern nicht mit dem Krebserreger an erster Stelle, sondern mit Herz-Kreislauf-Erkrankungen.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das ist richtig.)

Und nach der Moppeldiskussion, die gegenwärtig stattfindet in der Bundesrepublik Deutschland ...

(Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Was für eine Diskussion?)

Herr Glawe, also ich finde, von dem, was man liebt, kann man nicht genug haben.

Aber auch hier müssen wir feststellen – und die letzte Erhebung war im Jahr 2003 –, dass bei Frauen in Mecklenburg-Vorpommern über 50 Prozent nach dem Body-Mass-Index

(Heiterkeit bei Udo Pastörs, NPD:  
Body-Mass-Index!)

nicht gerade die notwendigen Voraussetzungen mitbringen.

(Heiterkeit bei  
Gabriele Měšťan, Die Linkspartei.PDS)

52 Prozent sind übergewichtig

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

und bei unseren Männern sind es sogar 62 Prozent.

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Und wenn wir uns dann anschauen, dass bei den Belastungen zu Tabak und zu Alkohol Frauen und Männer sich nichts nehmen in Mecklenburg-Vorpommern, dann haben wir Daten und Fakten – und da gebe ich dem Sozialminister natürlich recht –, die analytisch aufzuarbeiten sind und dann auch auszuwerten sind.

Ich finde, wir können auch bei der Gesundheitsberichterstattung tatsächlich noch einen Zahn zulegen. Ich habe mir nämlich mal den Gesundheitsbericht des Landes Brandenburg angeschaut. Der hat eine Überschrift, die ich sehr interessant fand: „Zwei Geschlechter – zwei Gesundheit?“ und hat erstmals versucht, dieses Prinzip in Gänze durchzusetzen und dann daraus auch Schlussfolgerungen zu ziehen.

Ich erspare Ihnen jetzt die Frage, wer von Ihnen regelmäßig zu Vorsorgeuntersuchungen geht. Wenn wir das jetzt abfragen würden, würden wir feststellen, dass die Geschlechter auch sehr unterschiedlich mit dieser Frage umgehen. Insofern halte ich das Thema für akzeptabel. Wir sollten daran gemeinsam weiterarbeiten, aber wir sollten zumindest bei diesem Thema vermeiden, Erfolge, die wir bereits auf den Weg gebracht haben, kleinzureden. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der  
Linkspartei.PDS und Heike Polzin, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Gramkow.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Schlupp von der Fraktion der CDU.

**Beate Schlupp,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Bereits im Koalitionsvertrag haben sich CDU und SPD in Nummer 255 darauf verständigt: „Die Koalitionspartner setzen sich für eine geschlechterdifferenzierte Gesundheitspolitik ein.“

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Nun ist es nicht so, dass wir auf diesem Gebiet bei null anfangen. Die auch im Antrag benannten 145 geschlechtsspezifisch aufbereiteten Indikatoren sind ein Anfang. Aber gerade im Hinblick auf die Perspektiven, die der Bereich der Gesundheitswirtschaft in unserem Land bietet, sollten wir die Potenziale einer auf den neuesten Forschungserkenntnissen basierenden geschlechterdifferenzierten Gesundheitsberichterstattung erschließen.

Dass eine optimale gesundheitliche Versorgung von Frauen und Männern eine Geschlechterdifferenzierung erfordert, ist eine Erkenntnis, die sich erst in den letzten Jahren zunehmend durchsetzt. Von daher besteht gerade in diesen Bereichen Nachholbedarf, sodass dieses Thema zu Recht in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt wird. Es geht neben geschlechtsspezifischen Erkrankungen in erster Linie um die großen Volkskrankheiten, die unterschiedlich gehäuft bei Männern und Frauen auftreten. Hier gilt es, die Ursachenanalyse zu intensivieren. Während bei Frauen hauptsächlich die unzureichende Datenlage zu beklagen ist, zeigen die Männer, also das angeblich starke Geschlecht, beim Gesundheitsschutz und der Vorsorge immer noch große Schwächen. Das Bewusstsein für die Erhaltung und die Pflege des eigenen Körpers, die Sorge um das eigene Wohlbefinden sind im Vergleich zu den Aktivitäten der Frauen immer noch zu gering ausgeprägt. So sterben denn auch Männer im Allgemeinen wesentlich früher als Frauen.

Sehr geehrte Damen und Herren, Sie werden mir aus vorgenannten Gründen sicherlich alle zustimmen, dass eine umfassende Datenaufbereitung eine große und zugleich sehr wichtige Aufgabe ist. Sie wird innerhalb der Landesregierung in die Zuständigkeit des Sozialministeriums fallen, das in enger Kooperation und im intensiven Dialog mit der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten hierbei die Federführung übernehmen soll. Ich gehe davon aus, dass die Gesundheitsberichterstattung des Landes entsprechend dem Antrag möglichst zeitnah geschlechtersensibel aufbereitet wird und uns die Ergebnisse rasch zugeleitet werden können. Nur so ist gewährleistet, dass mögliche Defizite in der gesundheitlichen Versorgung schnell ermittelt und etwaige Gegenmaßnahmen unverzüglich entwickelt und umgesetzt werden können.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU  
und Dr. Margret Seemann, SPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Schlupp.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

**Ralf Grabow,** FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die FDP wird sich diesem Antrag anschließen, weil ich denke, dass es sehr wichtig ist, dass wir mehr Zahlenmaterial bekommen. An dieser Stelle würde ich mich persönlich freuen, wenn es auch über behinderte Frauen mehr Zahlenmaterial geben würde, dass man also auf einige Therapien oder Wünsche besser eingehen kann. Die FDP-Fraktion schließt sich diesem Antrag an.

(Beifall bei Abgeordneten der  
Linkspartei.PDS, FDP und Jörg Vierkant, CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

**Dr. Margret Seemann,** SPD: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Sehr geehrte Frau Präsidentin! Natürlich! Ich möchte gleich vorweg sagen, dass ich mich, obwohl es ja eine differenzierte Ansicht im Prinzip zu diesem Antrag gibt, über diesen Antrag sehr gefreut habe. Ich habe das schon vor zwei Jahren an der gleichen Stelle gesagt, weil ich, obwohl wir, Frau Kollegin Gramkow, natürlich weiter vorangekommen sind, trotzdem der Meinung bin, dass gerade die Gesundheitsberichterstattung dem Bohren dicker Bretter gleichkommt. Denn das ist ja nicht nur eine Forderung, die wir schon in der letzten Legislaturperiode hatten,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Da haben Sie recht. – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

sondern eigentlich solange ich in diesem Parlament für Frauen und Gleichstellung zuständig bin, fordere ich eine geschlechtergerechte Gesundheitsberichterstattung, und zwar dahin gehend, dass nicht nur Daten mehr oder weniger sinnvoll erhoben werden – in der Zwischenzeit werden sie sinnvoll erhoben, das ist richtig –, sondern dass wir sie auch ins Lebensumfeld stellen, entsprechend auswerten und damit Handlungsempfehlungen ableiten. Und darauf bezieht sich dieser Antrag auch.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Insgesamt, denke ich, ist es der Frauengesundheitsbewegung in Deutschland überhaupt zu verdanken. Seit Jahrzehnten kämpft die Frauengesundheitsbewegung in Deutschland darum, dass die Verteilung geschlechtsspezifischer Gesundheitsrisiken entsprechend beachtet wird.

Ich möchte dazu mal ein bundesdeutsches Beispiel nennen. Ich weiß nicht, ob Sie das in den Medien verfolgt haben. Es wurde nämlich endlich eine Knieprothese speziell für Frauen entwickelt. Das mag einigen lächerlich vorkommen. Frauen mit künstlichen Kniegelenken bekamen und bekommen Knieprothesen in Deutschland, die auf die männliche Anatomie zugeschnitten sind. Den weiblichen Besonderheiten versuchte man dadurch gerecht zu werden, indem man die Implantate einfach ein

wenig verkleinerte. Doch ich glaube, darüber sind wir uns hier alle einig, Frauen sind eben keine kleinen Männer.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der  
SPD, CDU, Linkspartei.PDS, FDP und NPD –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, das ist wohl wahr. – Zuruf von  
Dr. Armin Jäger, CDU)

Und für diejenigen, die das witzig finden, mal zwei Beispiele:

Frau haben häufig ein breiteres Becken und somit eine Tendenz zur X-Bein-Stellung. Das beeinflusst natürlich die Bewegungsabläufe der Kniescheibe und das neue Implantat soll dem zum Beispiel Rechnung tragen.

Oder zweitens: Die Vorderseite des Oberschenkelknochens ist bei vielen Frauen weniger ausgeprägt. Bei bisherigen Implantaten verspürten manche Frauen nach dem Einsetzen ein permanentes Fremdheitsgefühl. Als Grund hierfür wird die zu dicke Vorderseite des künstlichen Knies, nämlich nach der Anatomie des Mannes, angenommen.

In Studien kam dann auch heraus – diese Operationen sind ja sehr teuer, die kosten dem Beitragszahler erhebliche finanzielle Mittel –, dass nahezu jede fünfte Patientin in Deutschland mit der Knieprothese nicht zufrieden ist, da sie, wen wundert es denn auch, hinten und vorne nicht passte. Mittlerweile nutzen bundesweit 17 Kliniken in Deutschland diese neue Femiprothese. Und beim Knie allein soll es Gott sei Dank auch nicht bleiben. Jetzt wird überlegt, ob nicht auch das künstliche Hüftgelenk speziell auf die Anatomie der Frau zugeschnitten werden müsste.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, so erfreulich diese medizinischen Fortschritte auch sind, ich möchte eigentlich sagen: Erst jetzt?! Und so lange haben wir einfach drauflosgedoktert?!

(Dr. Armin Jäger, CDU: Stimmt.)

Doch zurück zu unserem landespolitischen Geschäft. Ich wurde 2005 an dieser Stelle noch gefragt: Warum brauchen wir eigentlich eine geschlechterdifferenzierte Gesundheitsberichterstattung? Ich glaube, das Thema wurde heute morgen eigentlich schon beantwortet. Sie ist ein Beitrag zur Verbesserung der Qualität in der Versorgung und leistet natürlich auch einen Beitrag in der Prävention.

Ich habe selbst erfreulich festgestellt, dass sich durch die Anwendung des Indikatorenansatzes für die Gesundheitsberichterstattung der Länder – also 145 Indikatoren wurden geschlechtsspezifisch aufbereitet – die Gesundheitsberichterstattung erheblich verbessert hat. Frau Dr. Linke wird sich sicher noch daran erinnern, dass wir darüber wiederholt in den Schnittstellengesprächen gesprochen hatten. Damit gibt es zum Beispiel auch Aussagen darüber, wie viele Jungen und wie viele Mädchen im Land adipös sind oder dass junge Männer in unserem Land mehr Verkehrsunfälle haben als junge Frauen. Was das für die Gesundheit der Menschen bedeutet, denke ich, brauche ich hier nicht weiter zu erörtern.

Und es ist in der Tat so: Unsere Landesregierung reagierte auf diese neue differenzierte Betrachtungsweise. Das Gremium der Landesarbeitsgemeinschaft Frauengesundheit im Sozialministerium ist ja hier schon mehrfach benannt worden. Ich freue mich, muss ich ganz ehr-

lich sagen, dass dieses Gremium jetzt wieder mit neuer Energie belebt wird, denn leider war die Tätigkeit in der Vergangenheit nicht mehr so energievoll.

Des Weiteren fördere ich in meinem Aufgabenbereich den Gemeinsamen Arbeitskreis Frauengesundheit, der maßgeblich auch an den gleichnamigen Landeskonferenzen mitarbeitet. Im letzten Jahr fand die 4. Landeskonferenz statt zum Thema Müttergesundheits. 2008 werden die Bilanz, ein Ausblick und der Zustand der allgemeinen Gesundheitsprävention von Frauen im Mittelpunkt stehen.

Trotz dieser Aktivitäten, liebe Kolleginnen und Kollegen, und darüber sind der Sozialminister und ich uns auch einig, hat Mecklenburg-Vorpommern hinsichtlich eines gegenderten Gesundheitsberichts im Vergleich zu manch anderem Bundesland doch erheblichen Nachholbedarf bezüglich der Auswertung und vor allen Dingen auch der Schlussfolgerungen. Denn die wichtigste Forderung an einen geschlechtersensiblen Gesundheitsbericht ist, dass die geschlechterdifferenzierten Daten entsprechend interpretiert und Handlungsfelder beschrieben werden. Hamburg beispielsweise fordert aufgrund seiner Ergebnisse im Gesundheitsbericht unter anderem die Integration des Themas Frauengesundheit in die Berufsausbildung von Fachpersonal und die Einrichtung eines Frauengesundheitszentrums, eine Forderung, die unser gemeinsamer Arbeitskreis Frauengesundheit hier in Mecklenburg-Vorpommern bereits seit 1998 vertritt.

Auch Nordrhein-Westfalen versteht seinen Gesundheitsbericht als Impulsgeber. Als ein Ergebnis des Berichts wurde 2000 für viele Jahre eine Enquetekommission zur Zukunft einer frauengerechten Gesundheitsvorsorge in Nordrhein-Westfalen eingerichtet. Die Kommission hatte den Auftrag, Handlungsempfehlungen für Politik und Gesundheitswesen zu erarbeiten. Eine Forderung der Kommission wurde sofort umgesetzt: Bei der Neuzulassung von Arzneimitteln werden Frauen als Probandinnen zukünftig angemessen berücksichtigt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, nehmen wir die vielen positiven Beispiele anderer Bundesländer an, prüfen wir sie und übertragen wir sie gegebenenfalls auch auf unser Bundesland! Wir brauchen die geschlechtsspezifischen Analysen und die Erfahrungen, um für unser Land konkrete Maßnahmen zu entwickeln. Unsere Grundlagen sind sehr gut. Wir haben geschlechterdifferenzierte Statistiken und verfügen über ein gleichstellungspolitisches Know-how. Aber darüber hinaus müssen wir auf die Ergebnisse der bundesweiten und auch der hiesigen Frauengesundheitsforschung zurückgreifen. Wir sollten zusätzlich überlegen, ob eine breite Beteiligung von Versorgungsträgern und Expertinnen dem Bericht zusätzliche Impulse verleihen kann, und wie ich den Sozialminister eben verstanden habe, steht er diesem Anliegen ja auch positiv gegenüber.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, damit wir vielleicht auch mal einen Schub reinkriegen, habe ich im Herbst 2006 eine Expertise für eine geschlechtergerechte Gesundheitsberichterstattung in Auftrag gegeben mit dem Ziel, Handlungsempfehlungen zu geben für die Verankerung von Gender Mainstreaming in einem zeitgemäßen Gesundheitsbericht. Die Ergebnisse der Expertise werden in einem Expertengremium am 11. Juni, also nächsten Monat, durch Frau Dr. Christine Färber, sie ist Professorin an der Hochschule für Angewandte Wissenschaften in Hamburg, vorgestellt. Grundlage der Exper-

tise sind eine Dokumentenanalyse von Gesundheitsberichten des Bundes und anderer Bundesländer sowie der Indikatoren für die Gesundheitsberichterstattung der Länder. Diesen Indikatoren werden elf Themenfelder wie Demografie, Gesundheitszustand der Bevölkerung, Gesundheitsrisiken aus der Umwelt oder aber Ausbildung im Gesundheitswesen zugeordnet. Und ich glaube, damit haben wir dann wesentliche Grundlagen, um die vorhandenen Statistiken auch in das Lebensumfeld einordnen zu können.

Gemeinsam mit dem Sozialminister habe ich Expertinnen und Experten aus der hiesigen Frauengesundheits- und Männergesundheitsforschung zum 11. Juni eingeladen, dazu auch Vertreter von Krankenkassen. Ich persönlich gehe davon aus, dass wir nach dem Workshop am 11. Juni neue Erkenntnisse haben und Handlungsempfehlungen geben können, die dann auch in einen neuen Gesundheitsbericht einfließen können. Denn, meine Damen und Herren, ich wiederhole mich hier gerne noch einmal, die wichtigste Forderung an einen geschlechtersensiblen Gesundheitsbericht ist, dass daraus Handlungsoptionen aufgezeigt werden. Es reicht nicht aus zu wissen, dass in Mecklenburg-Vorpommern mehr junge Männer als Frauen Verkehrsunfälle haben, sondern wir müssen auch wissen, wer diese Unfälle verursacht und vor allem warum und mit welchen Folgen auch in Bezug auf den Gesundheitszustand. Deshalb muss diese Untersuchung auch zielgruppenspezifisch erfolgen.

Ich denke, mit den Grundlagen – Statistiken seit der letzten Legislaturperiode, Expertise und Handlungsempfehlungen demnächst – werden wir die Forderung, die hier gestellt wurde, dass wir in absehbarer Zeit einen entsprechend gegenderten Gesundheitsbericht vorlegen können, auch realisieren können. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und Linkspartei.PDS)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Köster von der Fraktion der NPD.

(Ilka Lochner-Borst, CDU: Das ist unglaublich!)

**Stefan Köster,** NPD: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Vorweg möchte ich schicken, dass ich jahrelang als Chefrisikoprüfer im Bereich der Berufs- und der Lebensversicherung gearbeitet habe und zuvor im Bereich der Krankenversicherungen tätig war.

Mann und Frau sind unterschiedlich. Das ist die Schlussfolgerung Ihres vorliegenden Antrages. Sie werden allerdings verstehen, dass die hier von Ihnen aufgestellten Erkenntnisse weder originell noch neu sind.

(Reinhard Dankert, SPD: Dass Sie das so sehen wollen, ist doch klar.)

Sie unterstellen dem bisherigen Gesundheitswesen, dass es auch medizinisch keine Gleichberechtigung von Mann und Frau geben würde,

(Dr. Margret Seemann, SPD: Sie sind abgeschrieben, Herr Köster.)

dass sozusagen Mensch gleich Mann sei. Als Begründung werden dann immer wieder geheimnisvolle wissenschaftliche Studien aufgeführt, welche Ihre Behauptung beweisen sollen. Viele medizinische Präparate werden

beispielsweise angeblich nicht an Frauen getestet, da die freiwilligen Probanden oftmals nur Männer sind. Eine dieser tollen Studien stellte dann 1998 – lang ist es her – fest, dass von den 287.032 Ärztinnen und Ärzten, die 1998 in Deutschland arbeiteten, knapp 73 Prozent männlich sind. Diese Erkenntnisse werfen nun aber die Frage auf: Was nutzen uns diese Aussagen als Handlungsrahmen?

(Dr. Margret Seemann, SPD: Wollen wir ja gar nicht haben. – Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Werden wir Frauen nun gesetzlich die Teilnahme als Probanden an Medizinversuchen verordnen? Werden wir für das Medizinstudium nun spezielle Frauenquoten einführen, nur um die Macht der Männer auf dem Gesundheitssektor zu brechen?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das wäre gut.)

Meine Damen und Herren, dies kann doch tatsächlich nicht der Zweck geschlechtsspezifischen Handelns sein.

(Reinhard Dankert, SPD: Sie wollen doch die Macht der Männer.)

Wo soll also die Reise mit Ihrem Antrag hingehen?

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Quotierung einführen.)

Sicherlich ist es sinnvoll, beispielsweise bei der Brustkrebsdiagnostik oder -behandlung den Geschlechterunterschied einzubeziehen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Ach nein?!  
Wie kommen Sie denn darauf?! – Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Es ist unstrittig, dass Brustkrebs häufiger bei Frauen auftritt. Daher müssen Früherkennung, Behandlung und Nachsorge hier vor allem geschlechtsspezifisch stattfinden. Gleiches gilt doch auch für die Erkrankungen der Prostata, um ein Beispiel zu nennen.

(Dr. Margret Seemann, SPD: Das wollen wir jetzt auf die Frauen beziehen?!)

Dies findet aber schon in der Praxis statt und bedarf keiner Landesregelung. Halten Sie die Menschen im Gesundheitswesen des Gesundheitslandes Mecklenburg-Vorpommern für inkompetent?

(Zuruf von Reinhard Dankert, SPD)

Mit Ihrem Antrag, welcher so nichtssagend wie nur möglich gehalten ist, drängt sich einem der Verdacht auf, dass hier wieder einmal der Geschlechterkampf durch das Dorf gejagt werden soll.

(Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Wo geschlechtsspezifische Gesundheitsberichterstattung notwendig ist, findet dies schon heute statt, wenn auch noch nicht alles hundertprozentig läuft. Ihr Antrag, eine sogenannte Selbstaufforderung, eine Aufforderung der Regierungsparteien, damit die Regierung tätig wird, bedeutet doch schon alles.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Wir können ja noch eine Rubrik  
„Frauenschläger“ mit aufnehmen.)

Wir werden Ihren Antrag ablehnen, weil wir ihn für vollkommen inhaltslos halten.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Um das Wort gebeten hat noch einmal die Parlamentarische Staatssekretärin Frau Dr. Seemann.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Klasse!)

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Herr Köster, dass Sie sich als rechtskräftig verurteilter Frauenschläger,

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

was gesundheitliche Folgen für die Frau hat, hier zu gesundheitlichen Problemen von Frauen äußern, ist wirklich ein Treppenwitz der Geschichte. Und ich hoffe, das geht hier auch so ins Parlament ein. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Michael Andrejewski, NPD –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Er ist der Kompetenteste! Er ist der Kompetenteste! – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS  
Was wahr ist, muss wahr bleiben,  
Herr Pastörs!)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Mir ist signalisiert worden, dass die Fraktion der NPD einen Geschäftsordnungsantrag stellen möchte. Wer möchte bitte?

(Udo Pastörs, NPD: Persönliche Erklärung.)

Sie haben keine Möglichkeit, eine persönliche Erklärung abzugeben an dieser Stelle.

(Udo Pastörs, NPD: Warum nicht?)

Weil die Geschäftsordnung das nicht vorsieht, Herr Pastörs.

Wir sind am ...

(Unruhe bei Abgeordneten der NPD)

Herr Pastörs,

(Udo Pastörs, NPD: Wie kommen Sie dazu, mir zu unterstellen, dass ich rechtskräftig verurteilt sei?)

Herr Pastörs, setzen Sie sich bitte wieder,

(Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD,  
und Udo Pastörs, NPD)

Sie haben jetzt nicht das Wort.

Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/486. Wer dem Antrag der Fraktionen von SPD und CDU zustimmen wünscht, den bitte ich um ein Handzeichen. –

(Stefan Köster, NPD: Sie haben wahrscheinlich keine Ahnung von dem Thema.)

Wer stimmt dagegen? – Wer enthält sich? –

(Unruhe bei Dr. Margret Seemann, SPD,  
und Stefan Köster, NPD)

Damit ist der Antrag der Fraktionen der SPD und CDU auf Drucksache 5/486

(Stefan Köster, NPD: Das zeichnet Sie natürlich aus, Herr Dr. Jäger, dass Sie vom Gesundheitswesen gar keine Ahnung haben.)

bei Zustimmung der Fraktionen der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

sowie Gegenstimmen der Fraktion der NPD angenommen.

Meine Herren von der NPD, wir sind im Abstimmungsverfahren. Ich bitte Sie, währenddessen Ihre Gespräche auch auf die entsprechende Lautstärke zurückzuführen.

(Dr. Norbert Nieszery, SPD: Ja, die Disziplin lässt zu wünschen übrig bei denen. –  
Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 23:** Beratung des Antrages der Fraktionen der CDU und SPD – Landeswettbewerbe „Familienfreundliche Kommune“ und „Familienfreundliches Unternehmen“, auf Drucksache 5/489. Hierzu liegt Ihnen ein Änderungsantrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/547 vor.

**Antrag der Fraktionen der CDU und SPD:  
Landeswettbewerbe „Familienfreundliche  
Kommune“ und „Familienfreundliches  
Unternehmen“  
– Drucksache 5/489 –**

**Änderungsantrag der Fraktion der FDP  
– Drucksache 5/547 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Herr Lietz von der Fraktion der CDU.

**Matthias Lietz, CDU:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die negative demografische Entwicklung, ihre Gründe und Auswirkungen beherrschen derzeit die Diskussionen auf Bundesebene und auch in unserem Land. Die Entwicklung in Mecklenburg-Vorpommern stellt sich dabei als besonders dramatisch dar. Nach einer kürzlich vorgelegten Studie der Bertelsmann Stiftung wird im Jahr 2020 die Bevölkerungszahl Mecklenburg-Vorpommerns gegenüber 1992 um ein Fünftel gesunken sein. Das Durchschnittsalter der Bevölkerung wird gegenüber 1992 voraussichtlich um 15 Jahre ansteigen. Ein Teil der jungen Leute verlässt unser Land für ihre berufliche Qualifikation, kehrt anschließend zurück. Ein anderer Teil der Jugend wird hier gut ausgebildet, geht aber nach dieser Ausbildung fort und kommt in unser Land nicht mehr zurück. Der Nordosten erlebt das, was die alten Bundesländer durch den sogenannten Pillenknick ab Mitte der 60er Jahre durchmachten, nur wesentlich verstärkt: Geburtenrückgang der Erstgeburten bei den 20- bis 25-Jährigen, Rückgang beim zweiten Kind durch Verschiebung der Geburten ins höhere Alter und eben die erwähnte Abwanderung. 2005 kamen in unserem Land auf 100 Frauen 125 Männer.

Dieser Entwicklung wollen die Fraktionen der CDU und SPD durch die Auslobung eines Landeswettbewerbes „Familienfreundliche Kommune“ und „Familienfreundliches Unternehmen“ entgegenwirken. Ziel ist es dabei, die Öffentlichkeit für das Thema Familienfreundlichkeit zu sensibilisieren, herausragende Leistungen vor Ort zu prämiieren und einen Ideenwettbewerb zu initiieren.

Sowohl Kommunen als auch Unternehmen im Land müssen Familien- und Kinderfreundlichkeit als zentrale

Standortvorteile in einem immer stärker konkurrierenden Markt begreifen. Junge Familien müssen als Leistungsträger und nicht zuletzt auch als Konsumenten gewonnen werden. Auf kommunaler Ebene denken wir hier an Investitionen in eine familien-, kinder- und jugendfreundliche Kommune. Es gilt, alle kommunalen Handlungsfelder der Stadt – Verkehrs-, Spielplatz- und Grünplanung – zu aktivieren. Neben der Schaffung von attraktivem ...

(Der Abgeordnete Udo Pastörs wendet sich mit einer Anfrage an die Protokollanten.)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Herr Lietz, ich bitte Sie, einen Moment innezuhalten.

Herr Pastörs, ich bitte Sie, sich auf Ihren Platz zu setzen. Sie haben hier vorne am Protokolltisch nicht auf die Protokollanten einzuwirken.

Bitte fahren Sie fort.

**Matthias Lietz, CDU:** Neben der Schaffung von attraktivem und bezahlbarem Wohnraum müssen Einrichtungen wie Krippen, Kindergärten, Nachmittagsbetreuung für schulpflichtige Kinder, aber auch Einrichtungen für Senioren in ausreichender Zahl zur Verfügung stehen. Menschen aller Alters- und Gesellschaftsgruppen müssen gleichberechtigt Raum zum Leben finden. Menschen in Not dürfen nicht alleingelassen werden.

Auch in den Unternehmen im Land muss die Überzeugung reifen, dass familienfreundliche Arbeitsbedingungen nicht nur ein Vorteil für die Familien, sondern vor allem auch ein Vorteil für das Unternehmen selbst sind. Eltern, die ihre Kinder gut betreut wissen, können sich voll und ganz auf ihre Arbeitsaufgaben konzentrieren. Möglichkeiten für familienfreundliche Arbeitsmodelle gibt es viele. Lassen Sie mich hier nur einige nennen wie zum Beispiel flexible Arbeitszeiten, Jobsharing und die Schaffung von betrieblichen Kinderbetreuungseinrichtungen. Mit diesen Mitteln kann es gelingen, jungen Eltern den Weg in die Berufstätigkeit nach der Kindererziehungspause zu erleichtern. Die Unternehmen im Land können es sich in Zeiten des Fachkräftemangels nicht leisten, auf die Potenziale vor allem junger Eltern zu verzichten.

Meine Damen und Herren, diese von mir genannten Beispiele können und sollen nur Denkansätze für Kommunen und Unternehmen im Land sein. Der von uns vorgeschlagene Landeswettbewerb wird wichtige Impulse setzen, um Mecklenburg-Vorpommern als Familienland weiterzuentwickeln. Ich bitte Sie darum um Zustimmung für den Antrag der Koalitionsfraktionen. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Lietz.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, aufgrund des eben Vorgefallenen darf ich Ihnen mitteilen, dass ich in Anwendung des Paragraphen 99 unserer Geschäftsordnung den Fraktionsvorsitzenden der NPD-Fraktion Herrn Pastörs von der Sitzung ausschließe. Er hat soeben am Pult der Protokollanten Mitarbeiter der Landtagsverwaltung bedroht und das ist eine gröbliche Verletzung der Ordnung des Hauses. Ich bitte Herrn Pastörs, den Saal sofort zu verlassen.

(Gino Leonhard, FDP: Unglaublich!)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Fraktion der NPD hat soeben eine Ältestenratssitzung beantragt. Gegenstand dieser Sitzung ist der Wortbeitrag der Abgeordneten Frau Dr. Seemann.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Den wir inhaltlich natürlich unterstützen.)

Da das entsprechende Protokoll noch nicht vorliegt, gegenwärtig die Prüfung erfolgt, werden wir diese Sitzung dann durchführen, wenn das Protokoll vorliegt.

Wir setzen die Beratung zunächst vereinbarungsgemäß fort.

Im Ältestenrat wurde für den Tagesordnungspunkt 23 eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre dazu keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat zunächst der Sozialminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Sellering.

**Minister Erwin Sellering:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Diese Regierungskoalition, um mal zur sachlichen Arbeit zu kommen und sich nicht in diese Geschäftsordnungsspielchen der NPD zu verstricken,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das sind nicht nur Spielchen.)

diese Regierungskoalition hat das ehrgeizige politische Ziel, Mecklenburg-Vorpommern zu einem der familienfreundlichsten, zu einem der kinderfreundlichsten Bundesländer in ganz Deutschland zu machen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

„Kinderland MV“ soll zu einem Markenzeichen werden, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Wer an Mecklenburg-Vorpommern denkt, dem soll zukünftig sofort einfallen, ja, da lässt es sich gut leben, „MV tut gut.“, nicht nur wunderbare Natur, saubere Luft, freundliche Menschen, schön renovierte Städte und Dörfer, sondern auch

(Michael Andrejewski, NPD:  
Steinkohlekraftwerke.)

das Gesundheitsland Nummer eins und eben Kinderland MV, damit die Menschen gern hier leben und damit Menschen gern hierher kommen.

Meine Damen und Herren, kinderfreundlicher, familienfreundlicher lässt sich Deutschland, lässt sich auch Mecklenburg-Vorpommern aber nicht allein durch staatliche Maßnahmen machen. Wir brauchen einen ganz weitgehenden Mentalitätswechsel, ein Umdenken, ein Besinnen auf andere Werte als gesellschaftlichen Status, Arbeit, Geld. Kinder sind ein Sinn im Leben, Kinder sind Lebensfreunde, Kinder schenken bedingungslose Liebe. Sie lassen uns Gemeinschaft erfahren, Zusammenhalt, auch Auseinandersetzungen, wenn sie alt genug sind, Auseinandersetzungen, die aber auch guttun.

Diesen Mentalitätswechsel, meine Damen und Herren, können wir nur alle gemeinsam voranbringen. Deshalb sind unsere Festlegungen im Koalitionsvertrag zur Familienpolitik, diese elf zum Teil sehr umfangreichen Punkte, vor allem eine Einladung, und zwar in erster Linie an die Familien, an die Mütter und Väter, die Kinder, die Großeltern. Wir brauchen nämlich die Anregungen der Betrof-

fenen selbst. Wir brauchen ihre Rückmeldungen auf das, was wir schon tun und noch tun wollen. Planen wir das Richtige? Welche von zum Beispiel zwei kostspieligen Maßnahmen, wenn wir nur Geld für eine haben, ist für die Betroffenen wichtiger? Welche hilft ihnen mehr? Und was gibt es, was wir tun können, was vielleicht überhaupt kein Geld kostet und dennoch für Familien eine wichtige Hilfe und Unterstützung bedeutet.

Meine Damen und Herren, die Festlegungen zur Familienpolitik im Koalitionsvertrag sind außerdem eine Einladung an alle, die sich in Mecklenburg-Vorpommern für Familien einsetzen – ehrenamtlich, hauptamtlich, in Kirchen, Vereinen, Verbänden, an Lehrerinnen und Lehrer, Erzieherinnen, Erzieher, Sozialarbeiterinnen, Sozialarbeiter, an die Unternehmer, an die Gewerkschaften, aber auch an alle, die auf örtlicher Ebene gute Familienpolitik machen, in den Kommunen, in den örtlichen Bündnissen für Familien. Wenn wir alle gemeinsam wirklich vorankommen wollen, dann brauchen wir die Ideen und Vorschläge dieser engagiert Tätigen, wir müssen uns austauschen, Best Practice, wir müssen von einander lernen, Erfahrungen weitergeben. Das gilt besonders im Bereich der Unternehmen, in denen sich schon viele kluge Einzellösungen entwickelt haben, speziell bezogen auf die Situationen in dem konkreten Unternehmen, wie dort die Mütter und Väter, die da arbeiten, mit dieser Arbeit die Betreuung und Erziehung ihrer Kinder besser vereinbaren können. Dieser Punkt ist mir besonders wichtig, Vereinbarkeit von Familie und Arbeit. Deshalb werden wir dieses Thema auch in einer eigenen Arbeitsgruppe im Bündnis für Arbeit ausführlich behandeln. Ich bin sicher, dass dabei viele gute Vorschläge zusammenkommen werden.

Ich war vor einiger Zeit eingeladen bei den Unternehmerinnen des Landes. Das ist eine Gruppe, wo ich die Erfahrung gemacht habe, dass sie besonders sensibilisiert ist für diese Frage. Allein was dort in der andert-halbstündigen Diskussion spontan zusammengetragen worden ist, das war beachtlich. Der Wirtschaftsminister hat mir im Vorfeld gesagt, dass wir hier im Lande viele Unternehmen haben, die da gute Arbeit machen. Wir haben sehr positive Beispiele, Unternehmen, die zum Beispiel im Bundeswettbewerb schon ausgezeichnet worden sind, wir haben einzelne Unternehmer, die Botschafter dieses Wettbewerbes sind. Ich denke, das sind gute Zeichen.

Es gehört einfach zur Best Practice, dass wir besonders gute Lösungen auch ausdrücklich hervorheben und als Ansporn für andere öffentlich auszeichnen. Deshalb haben wir in Ziffer 215 der Koalitionsvereinbarung die Landeswettbewerbe „Familienfreundliche Kommune“ und „Familienfreundliches Unternehmen“ auch besonders genannt, so, wie das jetzt mit dem Antrag aufgegriffen wird. Diese Wettbewerbe sind ein kleines, aber nicht unwichtiges Mosaiksteinchen in dem Prozess, den ich als Sozialminister während dieser Legislaturperiode initiieren, moderieren und steuern will, damit wir am Ende sagen können, wir alle miteinander sind in diesem wunderschönen Land Mecklenburg-Vorpommern wichtige Schritte vorangekommen zu mehr Kinderfreundlichkeit, zu mehr Familienfreundlichkeit, zum Kinderland MV.

Über eines, meine Damen und Herren, müssen wir uns aber klar sein, wenn wir durch den heutigen Antrag Unternehmen und Kommunen hervorheben und deren Verantwortung: Wir werden uns nicht darauf beschränken können, Preise zu verteilen. Wir müssen auch die

grundsätzlichen Fragen ansprechen, die Voraussetzungen für den angestrebten Mentalitätswechsel sind, und wir müssen da Farbe bekennen. So müssen wir klar und unmissverständlich eintreten für eine selbstverständliche Gleichberechtigung der Geschlechter. Wir können nicht sagen, wir haben zu wenig Kinder, Frauen zurück an den Herd. Wie die skandinavischen Länder zeigen und wie der Vergleich der skandinavischen Länder mit den südeuropäischen Ländern zeigt, ist selbstverständliche Gleichberechtigung nämlich die gesellschaftliche Grundbedingung für ein kinderfreundliches Klima. Und dazu gehört, dass unsere Anstrengung, Beruf und Familie miteinander vereinbar zu machen, genauso selbstverständlich Mütter und Väter erfasst. Wir müssen uns auch klar bekennen in der Frage der Krippenbetreuung. Ich bin zutiefst davon überzeugt, das Beste für Kinder ist die Liebe und die Betreuung durch eine männliche und eine weibliche Bezugsperson, am liebsten Mutter und Vater,

(Vincent Kokert, CDU: Genau.)

und zusätzlich die qualitativ hochwertige frühkindliche Erziehung mit Gleichaltrigen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Zum Glück, meine Damen und Herren, müssen wir die bundesweite Debatte, die über diese Frage geführt wird und in die sich katholische Bischöfe auch einmischen, hier in Mecklenburg-Vorpommern wohl nicht führen. Wir sind da einer Meinung.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU und Heike Polzin, SPD)

Meine Damen und Herren, wer ein kinderfreundliches, familienfreundliches Mecklenburg-Vorpommern will, der muss sich außerdem ganz grundsätzlich dazu bekennen, dass wir versuchen müssen, allen Kindern gleichermaßen Startbedingungen zu geben, die es ihnen ermöglichen, sich ihren individuellen Anlagen gemäß bestmöglich zu entwickeln. Dazu gehört zum Beispiel auch das Thema Mindestlöhne, was ich in der Aktuellen Stunde angesprochen habe. Wir müssen uns aber vor allem zu möglichst gleichen Bildungschancen bekennen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Linkspartei.PDS)

Das große Thema soziale Gerechtigkeit ist in der Wissensgesellschaft vor allem eine Frage der Bildung. Deshalb ist es wichtig, dass alle Kinder, deren Eltern das wollen, schon frühzeitig eine qualitativ hochwertige Krippe und später Kita besuchen können. Geringe Einkommen, wie wir sie leider in Mecklenburg-Vorpommern häufiger auch gerade bei den jungen Menschen, die Kinder haben, antreffen, dürfen dabei kein Hindernis sein. Deshalb freue ich mich sehr, dass die Koalitionspartner sich einvernehmlich darauf verständigt haben, bei den Elternbeiträgen zu Entlastungen zu kommen, und zwar auch unabhängig von dem, was dazu möglicherweise noch an Hilfe vom Bund kommt. Heute, Sie werden es im Pressespiegel gelesen haben, liest sich das alles wieder ein bisschen positiver, dass da vielleicht doch etwas kommt.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Na, wir warten mal ab.)

Meine Damen und Herren, die Koalitionspartner wollen ihr Ziel Kinderland MV gemeinsam mit den Familien selbst und mit allen Akteuren im Land erreichen. Und

ich lade selbstverständlich natürlich auch die PDS und die FDP, von denen ich weiß, dass Familienpolitik für sie ebenfalls ein wichtiges Politikfeld ist, herzlich dazu ein, sich an diesem Prozess zu beteiligen.

Ich möchte dazu aber eine Bitte äußern. Die Koalition hat einen langen Katalog konkreter Einzelmaßnahmen beschlossen, konkreter Strukturen, in denen wir arbeiten wollen, und konkreter Prozesse der Zusammenarbeit und Diskussionen mit den Familien und den familienpolitischen Akteuren im Land. Das wird begleitet und weiter konkretisiert durch den Leitantrag der SPD „Kinderland MV“. Meine Bitte ist jetzt – und die richtet sich an alle Fraktionen, auch an die eigene –, suchen Sie sich bittet nicht zu jeder Landtagssitzung einen kleinen Einzelpunkt aus diesem langen Katalog aus, um ihn dann etwas modifiziert mit einem anderen Titel, anderer Terminologie als eigenen Antrag hier zu präsentieren.

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Sonst kommen wir, statt gemeinsam in der Sache zusammenzuarbeiten, statt gemeinsam für Kinder und Familien im Land deutlich bessere Bedingungen zu schaffen, nur noch zu parlamentarischen Spielchen. Die Koalitionsfraktionen müssten dann solche Anträge ablehnen, einfach deshalb, weil wir diesen Punkt schon sehr aktiv bearbeiten. Meine Bitte noch mal: Bringen Sie sich positiv ein in den Prozess des Gedankenaustausches und der Zusammenarbeit aller Beteiligten hier im Land, um gemeinsam das große Ziel mehr Kinderfreundlichkeit, mehr Familienfreundlichkeit, Kinderland MV zu erreichen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Vielen Dank, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Dr. Marianne Linke,** Die Linkspartei.PDS: Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Eine kinder- und familienfreundliche Gesellschaft, das ist ein Ziel, für das sich die Linkspartei.PDS in den vergangenen Jahren über alle Maßen engagiert hat. Ein kinder- und familienfreundliches Mecklenburg-Vorpommern, das sind politische Ziele, für die wir weiterhin hier im Landtag eintreten, denn wir wollen natürlich, dass das in acht Jahren rot-roter Landesregierung Geschaffene erhalten und weiterentwickelt wird. Ich betone das, weil diese politischen Ziele Weitblick und auch einen langen Atem, wie Sie alle wissen, gleichermaßen fordern. Kinderfreundlichkeit einer Gesellschaft hat eben auch etwas mit den kulturellen Traditionen in dieser Gesellschaft zu tun, wie auch die Debatten der letzten Wochen und Monate zeigen.

Insofern unterstützen wir das Anliegen, mit einem Wettbewerb diesem Ziel ein Stück näher zu kommen, ausdrücklich. Wir würden jedoch mit der Auslobung des Wettbewerbs gern jene Ziele genauer bestimmen, die im Rahmen eines solchen Wettbewerbs erreicht werden sollen. Ich beziehe mich jetzt auf das, was mit dem Antrag vorgelegt wurde. Eine Familie mit Kindern, das ist seit Menschengedenken ein zentrales Lebensziel junger Menschen. Junge Menschen wünschen sich daneben selbstverständlich eine gute Ausbildung, eine interessante Arbeit, einen Beruf, der sie ausfüllt, der Ihnen finanzielle Unabhängigkeit garantiert. Und wenn es in Deutschland

und auch in Mecklenburg-Vorpommern für junge Leute darum geht, Familie und Beruf unter einen Hut zu bringen, dann gibt es eben mitunter erhebliche Schwierigkeiten. Der Arbeitsmarkt erfordert von den jüngeren wie von den älteren Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern ein hohes Maß zeitlicher Verfügbarkeit und Mobilität. Kinder aber fordern Zuwendung, Verlässlichkeit, Kontinuität. Das ist oft nicht miteinander in Einklang zu bringen. Junge Eltern sehen sich daher oft gezwungen, ihre Berufstätigkeit zu reduzieren oder zeitweise gar ganz zu unterbrechen, damit sie der Verantwortung gegenüber ihren Kindern nachkommen können.

Mecklenburg-Vorpommern hat ein sehr gutes Angebot an öffentlich geförderten, an ganztägig geöffneten Betreuungseinrichtungen für Kinder aller Altersgruppen. Die diesbezügliche Bundesdebatte macht es täglich klar: Das ist etwas, was es in den westlichen Bundesländern in dieser Form nicht gibt. Es fehlt dort oft schon in erheblichem Maße an Kindergarten- und Krippenplätzen. Sie sind, man kann es so sagen, absolute Mangelware. Wir hoffen natürlich sehr, dass sich die Bundesministerin mit ihren Programmen durchsetzt und Bundesmittel für die Verbesserung der baulichen Infrastruktur auch in unserem Lande ankommen. Das wäre eine Bereicherung für jene Kommunen, Unternehmen, die an diesem hier skizzierten Wettbewerb teilnehmen wollen.

Die Debatten zeigen aber auch, dass in breiten Teilen der Gesellschaft noch ein Familienbild vorherrscht, das sich am Modell der westdeutschen 50er Jahre orientiert, welches die immer noch überkommene Arbeitsteilung zwischen Männern und Frauen zementiert: der Mann als Hauptverdiener und Ernährer der Familie, die Mutter als Hausfrau und bestenfalls Zuverdienerin. Auch wenn Frauen insbesondere in den neuen Bundesländern hoch qualifiziert sind und starkes Interesse haben, sich beruflich zu engagieren, so prägt doch dieses Leitbild immer noch stark die Diskussionen und Verhaltensweisen in der bundesdeutschen Gesellschaft. Wir schlagen deshalb als Fraktion vor, den vorliegenden Antrag in die Ausschüsse zu überweisen und Kriterien für alle Teilnehmer des Wettbewerbs vorzugeben.

Nach Auffassung meiner Fraktion sollten nachfolgende Kriterien – die Aufzählung ist nicht abschließend – in den Wettbewerb um ein familienfreundliches Unternehmen, eben in Anlehnung an die Debatte, die auch der Minister gerade erwähnt hat, die wir zum gesetzlichen Mindestlohn geführt haben, hier einfließen:

Wie trägt das Unternehmen zur Ausbildung und Einstellung junger Menschen bei?

Wie trägt das Unternehmen zum Erhalt beziehungsweise zur Schaffung sozialversicherungspflichtiger Arbeitsplätze bei?

Bekannt sich das Unternehmen zur tariflichen Bindung? Erst eine angemessene Entlohnung schafft soziale Sicherheit für Familiengründung und Elternschaft.

Wie unterstützt das Unternehmen junge Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen bei der Vereinbarkeit der beruflichen und familiären Pflichten?

Gibt es gesonderte Vereinbarungen, um junge Eltern in dieser besonderen Phase des Lebens besonders zu unterstützen, sei es über flexible Arbeitszeiten, befristete Teilzeitangebote oder auch Kooperationsbeziehungen mit Trägern der Kindertagesbetreuung oder mit Finanzierung von Betreuungsplätzen?

Also hierüber sollte insbesondere nachgedacht werden und das sollte auch als Kriterium vorgegeben werden.

Kriterien für eine familienfreundliche Kommune könnten – auch diese Aufzählung ist nicht abschließend – sein:

Welche Möglichkeiten der chancengleichen Entwicklung bietet die Kommune Kindern und Jugendlichen, aber auch älteren Menschen? Stichwort Kita, Begegnungsstätten als geistig kulturelle Stätten, Pflegedienste und Ähnliches.

Welche Einrichtungen und Projekte der Kinder- und Jugendhilfe unterstützt die Kommune?

Welche geistig-kulturellen, welche sportlichen Angebote gibt es für Kinder, Jugendliche und Familien? Ich denke an Bibliotheken, an Musikschulen.

Sind diese Angebote erreichbar im Landkreis über den Öffentlichen Personennahverkehr?

Sind diese Angebote auch für Geringverdienende bezahlbar?

Wie engagiert sich die Kommune für die Gewinnung von medizinischem Nachwuchs, allein oder im Verbund mit anderen Kommunen?

Welche Kooperationsbeziehungen werden durch die Kommune zu Unternehmen, Vereinen und Verbänden, einschließlich der Jugend- und Familienvertreter, unterhalten, um gemeinsam in lokalen Bündnissen alle Möglichkeiten für ein interessantes und erfülltes Leben zu gestalten?

Die genannten Aspekte zeigen, dass es gut ist, im Vorfeld zu fragen, was wollen wir mit dem Wettbewerb erreichen, und hierbei an die guten Erfahren der lokalen Bündnisse im Land, aber auch an Erfahrungen der IHK anzuknüpfen.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Wenn die Ziele den Bedürfnissen entsprechen, wenn klar ist, welche Ziele das Land in den kommenden Jahren gemeinsam mit den Unternehmen und Kommunen, den jungen und älteren Menschen des Landes erreichen will, wenn die finanzielle Starthilfe klar ist, dann wird es für die Teilnahme am Wettbewerb eine hohe Motivation geben, dann macht ein solcher Wettbewerb Sinn, dann wird er uns ein Stück weiterführen auf dem Weg zu einem kinder- und familienfreundlichen Land. Wir plädieren deshalb für die Überweisung des Antrages in den Sozial-, Wirtschafts- und Finanzausschuss. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Dr. Linke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Ich kann es hier an dieser Stelle eigentlich ganz kurz machen. Ich habe den Ausführungen meines Ministers nichts hinzuzufügen. Der hat das Wesentliche gesagt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Gut gemacht, ne?)

Das hat er gut gemacht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ja, das war gut gemacht.)

Er hat gut vorgetragen und hat alles gesagt zu dem Thema.

Also ich kann an dieser Stelle nur meine Freude zum Ausdruck bringen, dass die Sache von Kindern und Familien in Bewegung gerät, wenn man sich mal ansieht, dass es doch ein langer Prozess gewesen ist. Renate Schmidt ist diejenige gewesen, die dieses Bündnis für Familie mal initiiert hat. Davon hat man dann kaum etwas gehört, bis der Schneeball immer größer geworden ist. Ich bin da guter Dinge und ich glaube, dass wir in Mecklenburg-Vorpommern diese Sache gut voranbringen können, und kann nur noch alle bitten, sich kräftig daran zu beteiligen, dass wir für Kinder und Familien in diesen Land, das haben wir dringend nötig, anständig was auf die Beine stellen. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD  
und Dr. Armin Jäger, CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow von der Fraktion der FDP.

**Ralf Grabow, FDP:** Frau Präsidentin! Liebe Abgeordnete!

Herr Heydorn, sicherlich konnte man sich freuen, was hier alles aufgezählt worden ist. Wir haben irgendwann mal einen Wahlspruch gehabt und dazu stehen wir heute: Machen, nicht reden! Also ich hoffe, dass man das auch in Taten umsetzen kann.

(Zuruf von Egbert Liskow, CDU)

Aber es fehlt uns was und deswegen haben wir einen Änderungsvorschlag eingebracht, weil wir glauben, dass schon gesagt werden muss, was kostet das, was soll ausgegeben werden.

Frau Linke, Sie haben netterweise viele inhaltliche Punkte gebracht, die, hoffe ich, uns auch vorgelegt werden, sodass wir wenigstens als Abgeordnete noch mal draufschauen können, bevor dieser Wettbewerb losgeht. Viele von Ihnen sind in den Kommunen, viele sind engagiert in den Kommunen und wir wollen es auch ein Stückchen als Unterstützung sehen bei unserer Basisarbeit, die wir in unseren eigenen Gemeinden und Ausschüssen leisten, um auch manche Kommune noch ein bisschen zu schubsen. Denn ein Stückchen soll von diesem Hohen Hause aus ja auch in das Land ein bisschen Schubsen ausgehen und das sollte über alle Parteien passieren. Ich bitte Sie darum, unserem Änderungsantrag zuzustimmen. Ich glaube, das kann nicht schaden, wenn wir vorher – und hier sind viele Politiker dabei, die in Gemeinderäten sitzen – ein Stückchen Ihre Erfahrungen mit einbringen

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

und hier und da vielleicht sagen, das ist noch ein Thema, das berührt mich zurzeit in meiner Kommunalpolitik. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP,  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Rühls von der Fraktion der CDU.

**Günter Rühls, CDU:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Hintergrund des vorliegenden Antrages sind die immensen demografischen Herausforderungen, vor denen unser Land steht. Ziel der Koalitionsfraktionen ist es deshalb, Mecklenburg-Vorpommern zu einem Familienland zu entwickeln.

Ich möchte mich in meinen Ausführungen speziell auf den Punkt der familienfreundlichen Unternehmen beschränken. Gerade für kleine und mittlere Unternehmen ist es vielfach selbstverständlich, die Bedürfnisse der Mitarbeiter im Blick zu haben. Dennoch gibt es häufig Informationslücken hinsichtlich der Möglichkeiten, die Familienfreundlichkeit zu verbessern. Die familiären Erfordernisse und Wünsche der Mitarbeiter mit den Interessen des Unternehmens in Einklang zu bringen ist sicherlich eine Herausforderung. Aber, und das muss klar betont werden, es ist nicht nur zum Vorteil der Familien, sondern vor allem auch zum Vorteil der Unternehmen, denn eine familienbewusste Arbeitsorganisation erhöht die Einsatzbereitschaft und die Motivation der Mitarbeiter und sorgt somit für eine gute Balance von Familie und Arbeitswelt.

Meine Damen und Herren, Ansatzpunkte für eine familienorientierte Personalpolitik gibt es viele. Sie reichen vom Zeitmanagement über Arbeitsablaufmanagement oder die Unternehmenskultur in der Außen- und Innenwahrnehmung bis hin zum Familienservice für die Mitarbeiter. Der Kreativität sind da kaum Grenzen gesetzt, wenn es darum geht, die betrieblichen Abläufe mit familiär bedingten Herausforderungen auf einen Nenner zu bringen. Diese reichen vom verbesserten Zeitmanagement über spezielle Pausenregelungen, Urlaubsregelungen, Gleitzeit beziehungsweise – gerade in einem Tourismusland wie bei uns wichtig – abgestufte Jahresarbeitszeiten. Aber auch die Möglichkeit des Arbeitens zu Hause könnte noch mehr als heute üblich in Betracht gezogen werden. Ein entsprechender Wille des Unternehmens und des Arbeitnehmers ist natürlich Voraussetzung.

Um die Balance von Familie und Arbeitswelt zu meistern, ist es auch wichtig, die Familienkarrieren als solche zu akzeptieren und dies in der Außen- und Innenwahrnehmung des Unternehmens aktiv zu kommunizieren. Es kann anhand von Mitarbeitergesprächen, Kontaktmöglichkeiten oder einfach auch anhand einer Einladung während der Elternzeit zum Betriebsfest dargestellt werden.

Ich bin der festen Überzeugung, dass das Unternehmen der Zukunft in der heutigen Zeit zwingend ein familienfreundliches Unternehmen sein muss.

(Beifall Michael Roolf, FDP)

Familienfreundlichkeit ist schließlich nicht nur ein schmückendes Attribut, sondern angesichts der demografischen Entwicklung zwingende Voraussetzung für den Erfolg in der Zukunft. Auf den Punkt gebracht bedeutet das, dass sich gerade junge qualifizierte Menschen mit Kinderwunsch schlicht und einfach nur in solchen Unternehmen bewerben werden, die entsprechende Angebote bereitstellen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es wird also höchste Zeit, dass wir in unserem Land der Entwicklung Vorschub leisten. Mit dem von den Koalitionsfraktionen vorgesehenen Landeswettbewerb soll damit ein wich-

tiger und erster Impuls gegeben werden. Ich bitte Sie namens der Koalitionsfraktionen um Ihre Zustimmung und danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Rühls.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Müller von der Fraktion der NPD.

**Tino Müller, NPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Der Antrag ist ein weiteres Indiz für eine gescheiterte und dahinvegetierende Politik sowohl auf Bundes- wie auf Landesebene, welche sich mit derartigen Luftnummern künstlich am Leben zu erhalten versucht. Es ist Ausdruck dessen, dass die etablierten Parteien es nicht im Geringsten verstanden haben, dass Sozialpolitik, Teilbereich Familienpolitik, nicht durch lächerliche Ideenwettbewerbe, Preisausschreiben zu gewinnen ist, geschweige denn zu erringen ist. Das Hauptproblem, die soziale Frage, kann nicht gelöst werden durch die Behandlung der Symptome, sondern nur durch die Erkenntnis der Ursachen und durch eine Neuordnung der gesamtdeutschen Lebensverhältnisse.

Sie wollen eine familienfreundliche Kommune. Da fragen wir uns von der NPD-Fraktion, warum Land und Bund sich immer mehr aus der Verantwortung stehlen und nicht, wie es Aufgabe und Auftrag ist, sich für die grundlegenden Interessen des ganzen deutschen Volkes einsetzen. Schulschließung, Privatisierung von Kindertagesstätten, Schließung von Jugendklubs, ständig finanzielle Kürzung bei Sport- und Kulturvereinen, finanzielle Benachteiligung von Familien, immer höhere finanzielle Umlagen von den Kommunen an das Land und so weiter und so fort sind keinesfalls positive Voraussetzungen für eine kinderfreundliche Kommune. Und ein familienfreundliches Unternehmen, da kann ich Ihnen sagen, welches dies sein wird:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

ein Vorzeige- und Quotenkonzern oder -betrieb, der es sich leisten kann, eine hauseigene Kinderbetreuung vorzunehmen, als Ersatz dafür, dass eine Mutter aus finanziellen und zeitlichen Gründen sich glücklich schätzen muss, das Familienleben gleich in den Betrieb einfließen zu lassen, da sie gar keine andere Möglichkeit mehr hat.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Heydorn?

**Tino Müller, NPD:** Nein, gestatte ich nicht.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Eine politische Rumdokterei, wie von Ihnen vorgeschlagen, ist in einem sozialen und nationalen Staat nicht vonnöten. Das setzt aber einen erforderlichen Willen voraus, eine Volksgemeinschaft und eine raumorientierte Volkswirtschaft zu errichten,

(Zurufe von

Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS, und Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

was jedoch bei Ihnen, meine Damen und Herren, auf taube Ohren stoßen wird. Ein sogenannter Wettbewerb ist somit überflüssig, unsinnig und daher anzulehnen,

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

da er nur, wie es in diesem extrem kapitalistischen System üblich ist, nicht die Gemeinschaft und somit alle betrifft, sondern nur einigen Wenigen vergönnt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsidentin Renate Holznel:** Das Wort hat jetzt die Abgeordnete Frau Dr. Seemann von der Fraktion der SPD.

**Dr. Margret Seemann, SPD:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich denke, unser Sozialminister hat zum Thema Familienpolitik schon umfangreiche Ausführungen gemacht. Die möchte ich auch nicht wiederholen, sondern ich möchte eigentlich auf den Punkt, den Herr Selling schon ganz kurz angesprochen hat, nämlich auf die Bedeutung der Gleichstellung der Geschlechter in dem Kontext Familienpolitik noch mal genauer eingehen. Und natürlich, Herr Müller, unterscheiden sich, glaube ich, alle demokratischen Parteien hier in diesem Hohen Hause von der Auffassung der NPD,

(Dr. Armin Jäger, CDU: Gott sei Dank!)

wenn es um die eigenständige Existenzsicherung der Frauen geht.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Richtig. –  
Zuruf von Tino Müller, NPD)

Sie haben eben noch mal deutlich gemacht, dass Sie eine Mutterkreuzideologie vertreten. Und es ist folgerichtig für Sie, dass Sie solche Puzzleteile in der Familienpolitik – natürlich ist es nur ein Puzzleteil – dann auch ablehnen,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

denn Sie möchten, dass die Frauen, und das sollte man gerade den jüngeren Frauen auch sehr deutlich sagen,

(Stefan Köster, NPD: Wie sieht es mit Ihrer Familienpolitik aus?)

denn Sie möchten eigentlich, dass die Frauen zurück an Heim und Herd gehen

(Stefan Köster, NPD: Das ist doch Unsinn.)

und von ihren Männern abhängig sind.

(Stefan Köster, NPD: Das ist Unsinn.)

Und genau das,

(Zurufe von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS,  
und Stefan Köster, NPD)

und genau das, meine sehr geehrten Damen und Herren,

(Stefan Köster, NPD:  
Sie haben doch keine Ahnung! –  
Glocke der Vizepräsidentin)

genau das lehnen wir ab.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Ich habe hier schon mehrfach,

(Stefan Köster, NPD: Warum verlassen dann  
so viele Frauen Mecklenburg-Vorpommern?)

ich habe hier schon mehrfach, ...

(Stefan Köster, NPD:

Was ist das für eine Politik?!)

Herr Köster, dadurch, dass Sie hier aggressiv herumschreien, wird Ihre Meinung auch nicht besser oder richtiger.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Ich habe hier schon mehrfach gesagt, für uns ist Voraussetzung für eine nachhaltige Familienpolitik – das kann ich zumindest für die SPD-Fraktion sagen – eine zukunftsfähige Frauen- und Gleichstellungspolitik.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich habe das eben schon gesagt, diese Landeswettbewerbe können natürlich nur ein Puzzle im Ganzen im Zusammenhang mit Familienpolitik sein. Und ich gebe auch Herrn Minister Selling recht, dass es nicht gut wäre, wenn wir die einzelnen Puzzleteile hier mit einzelnen Anträgen jedes Mal im Landtag aufrufen. Aber ich glaube, dass diese Anträge zumindest so ein Startschuss noch mal für die Diskussion hier auch sein können, denn Voraussetzung für eine vernünftige Landesstrategie muss ein moderner und zeitgemäßer Familienbegriff sein. Ich bin der Auffassung, dass Familienfreundlichkeit noch viel zu oft auf Mütter und Kinder reduziert wird. Verbesserung der Kinderbetreuung und Teilzeit für Mütter, höre ich dann immer, und dann hört es auch ganz schnell auf. Doch Familienfreundlichkeit ist mehr. Sie betrifft Väter, Mütter und Kinder in traditionellen Familien, in Patchworkfamilien, Alleinerziehende, in Lebenspartnerschaften, meine Damen und Herren von der NPD, Pflegende und so weiter.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Für sie alle muss eine Vereinbarkeit von Arbeits-, Privat- und Familienleben ermöglicht werden.

Ich bin der Auffassung, dass größtmögliche Synergieeffekte bei den Landeswettbewerben dadurch erreicht werden können, dass auch bestehende Initiativen mit einbezogen werden. Erfahrungen aus den lokalen Bündnissen für Familien in den Kommunen von Mecklenburg-Vorpommern und aus der Initiative des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Jugend und Frauen „Erfolgsfaktor Familie“ müssen ausgewertet und auch für das ganze Land genutzt werden.

Ein Problem besteht meines Erachtens darin – das zeigen auch Erfahrungen aus Schleswig-Holstein, dort wurde, wer das verfolgt hat, in der letzten Woche der Wirtschaftspreis für das familienfreundlichste Unternehmen des Landes verliehen –, dass der Erfolgsfaktor Familie leider noch nicht, lange nicht bei allen Unternehmen angekommen ist. Insbesondere kleine und mittelständische Unternehmen müssen motiviert werden, eine neue Unternehmenskultur zu leben. Der Wertewandel muss nicht nur in den Köpfen der Führungsetage in der Wirtschaft, sondern auch als gesellschaftlicher Wertewandel gelebt werden.

2002 hatte die damalige Parlamentarische Staatssekretärin für Frauen und Gleichstellung Karla Staszak einen Landeswettbewerb „Chancengleichheit für Frauen und Männer sichert Zukunft“ ausgelobt. Zielstellung war es, der Privatwirtschaft die Potenziale und Kompetenzen von Frauen für das Unternehmen zu verdeutlichen und andererseits die noch immer durch Rollenzuweisungen

an Frauen bedingten Benachteiligungen abzubauen. Das heißt flexible Arbeitszeitenregelung nicht nur für Frauen, sondern auch für Männer, und Regelungen für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie sowohl für Frauen als auch für Männer.

Ich selbst bin in meiner Wahlkreistätigkeit ja auch häufig mal in Unternehmen und natürlich, das ergibt sich aus meiner Tätigkeit, frage ich dann schon, wie Frauen im Unternehmen gefördert werden und was für Familienfreundlichkeit getan wird. Meines Erachtens höre ich in Unternehmen noch zu häufig Maßnahmen, die sich ausschließlich an Frauen richten, statt Frauen und Männer in ihrer Rolle als Mütter und Väter, denn Väter wollen sich auch um ihre Kinder kümmern und nicht nur arbeiten gehen, zu betrachten.

Dieser Wettbewerb der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten brachte zum damaligen Zeitpunkt schon erstaunliches Engagement hervor und ich denke, auch diese Erfahrungen sollten durchaus für die Auslobung des Landeswettbewerbs „Familienfreundliche Kommunen“ und „Familienfreundliches Unternehmen“ genutzt werden.

Aber, liebe Kolleginnen und Kollegen, wir fangen nicht ganz bei null an. Die SPD hat in der vergangenen Legislaturperiode natürlich auch an dem Thema gearbeitet. Im Ergebnis des Aktionsprogramms „Implementierung von Gender Mainstreaming“ im Rahmen des Arbeitsmarkt- und Strukturentwicklungsprogramms Mecklenburg-Vorpommern hat im April 2004 eine Fachtagung zum Thema „Vereinbarkeit von Beruf und Familie – Störfall oder Chef-sache?“ gemeinsam mit Vertretern der Wirtschaft, dem damaligen Arbeitsminister Herrn Holter und aus meinem Ressort stattgefunden. Im Ergebnis dieser Konferenz wurde der Fachschuss „Vereinbarkeit Beruf und Familie“ beim ASP-Landesbeirat gegründet mit dem Ergebnis, dass seit dem 01.01.2006 in Mecklenburg-Vorpommern das Kompetenzzentrum Vereinbarkeit Leben in Mecklenburg-Vorpommern arbeitet, uns zwar mit der Zielstellung, diesen Prozess in Mecklenburg-Vorpommern zu begleiten. Praxisbedarf und Problemsichten sollen aufgearbeitet, Empfehlungen und innovative Lösungsansätze entwickelt werden. Entstanden ist bereits ein umfangreicher Informationspool mit einer Website und einer Infothek. Auch die Erfahrungen und Kompetenzen dieser Einrichtung müssen genutzt werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, das Thema Vereinbarkeit von Arbeits-, Familien- und Privatleben ist auch eine strategische Zielsetzung in der neuen EU-Förderperiode 2007 bis 2013 in unserem Land. Im Operationellen Programm ESF 2007 bis 2013 wird mit dem spezifischen Ziel A3 „Verbesserung der Vereinbarkeit von Arbeits- und Familien-/Privatleben“ diesem Anliegen insbesondere Rechnung getragen. Zielgruppendifferenzierte Informationsangebote und Sensibilisierungsmaßnahmen für eine zunehmend vereinbarkeitsbewusste Arbeitswelt in Mecklenburg-Vorpommern sollen entwickelt und die Umsetzung von guter Praxis gemeinsam mit Unternehmen vorangetrieben werden. Angebote, die die Unternehmen sensibilisieren und bei familienfreundlichen Maßnahmen unterstützen, sind vorgesehen. Vorgesehen sind ebenso die Entwicklung und Erprobung innovativer Ansätze für die Vereinbarkeit von Arbeits-, Familien- und Privatleben in den Unternehmen.

Die Vereinbarkeit von Arbeits-, Familien- und Privatleben ist aber auch als strategisches Ziel im Entwicklungspro-

gramm für den ländlichen Raum und im Europäischen Fonds für regionale Entwicklung verankert, denn nur, meine lieben Kolleginnen und Kollegen, ein Maßnahmenmix kann dazu beitragen, ein familienfreundliches Land zu werden. Landeswettbewerbe können Teil der Landesstrategie sein, Kommunen und Unternehmen anregen, um sie mit uns gemeinsam ins Boot zu holen. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Frau Dr. Seemann.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kokert von der Fraktion der CDU.

**Vincent Kokert,** CDU: Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren!

Herr Kollege Müller von der NPD-Fraktion, so richtig erschließt sich mir das natürlich nicht, was Sie hier gesagt haben.

(Zuruf von der NPD: Das geht uns umgekehrt auch so. – Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

Ich denke, wir sind uns hier in diesem Landtag und in der Regierung darüber einig, außer selbstverständlich Ihre Fraktion, dass noch nie in der Bundesrepublik Deutschland so viel für Familienförderung getan wurde wie in den letzten fünf Jahren.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Das hat vielfältige Ursachen. Eine Ursache ist selbstverständlich, dass auch in der Bundespolitik die Familienpolitik in den Fokus der Öffentlichkeit gerückt ist

(Stefan Köster, NPD: Es wird viel geredet.)

und dass auch die Bundespolitik aktiv die Familienförderung insbesondere in den Kommunen unterstützt.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und, Herr Müller, was sich auch überhaupt nicht erschließt, ist, Sie haben von einer Umlage von den Kommunen auf das Land geredet.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das habe ich auch nicht verstanden.)

Also was das sein soll, das erschließt sich wahrscheinlich nur noch Ihnen.

(Zuruf aus dem Plenum: Keine Ahnung hat der Mann!)

Aber ich denke, ich sollte zu den tatsächlichen Inhalten kommen. So viel Inhalt hat Ihre Rede ja auch nicht hergegeben.

Anlass für den Antrag, meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist hier heute schon vielfach gesagt worden, deswegen will ich mich in den Zahlen auch gar nicht weiter verlieren, ist selbstverständlich die demografische Entwicklung in der Bundesrepublik Deutschland insgesamt,

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

aber natürlich auch in Mecklenburg-Vorpommern.

(Zuruf von Raimund Borrmann, NPD –  
Glocke der Vizepräsidentin)

Und die Bevölkerung des Landes Mecklenburg-Vorpommern wird im Jahr 2020 um fast ein Fünftel gesunken sein. Das hat vielfältige Ursachen. Die sind hier in diesem Hohen Hause auch schon sehr oft besprochen worden. Deswegen möchte ich darauf auch nicht noch weiter eingehen, denn Ziel dieses Antrages ist es, meine Damen und Herren, sowohl familienfreundliche Unternehmen als auch familienfreundliche Kommunen auszuzeichnen. Und da soll man natürlich ganz intensiv danach schauen, welche Kommunen in unserem Land beteiligen sich aktiv an einer familienfreundlichen Politik in ihrer Kommune. Ziel dieses Wettbewerbes soll sein, in den Städten und Gemeinden des Landes das Bewusstsein für die Belange der Familie weiter zu stärken.

Da gibt es sehr viele Beispiele in diesem Land auf kommunaler Ebene, da müssen wir uns überhaupt nicht verstecken hinter anderen Bundesländern. Ich möchte einige wenige herausgreifen, die mir aufgefallen sind, und zwar sind das die Städte Schwerin mit einem lokalen Bündnis für Familie, die Stadt Rostock mit einem lokalen Bündnis für Familie, die Stadt Güstrow mit einem lokalen Bündnis für Familie. Das ist die Stadt Stavenhagen, die seit sehr vielen Jahren für Familienförderung sehr viel tut. Da gibt es ein Begrüßungsgeld für jedes Neugeborene, da gibt es eine Zuzugsprämie. Auch die Stadt Neustrelitz, da spreche ich so ein bisschen in eigener Sache, zahlt Begrüßungsgeld. Dort gibt es einen Familienpass, mit dem man kostenlose Tierparkbesuche, Theaterbesuche und so weiter als Familie bekommt. Also wir haben sehr viele Aktivitäten in unserem Land, die sich mit Familienfreundlichkeit beschäftigen.

Es gibt natürlich viel mehr, was wir in unserem Land noch tun können. Das gestehe ich auch ein, dass wir da noch einiges zu tun haben. Zum Beispiel Familienorientierung der Wohnverhältnisse, das ist ein Punkt, den haben wir hier in diesem Hohen Hause noch nicht häufig besprochen, oder Familienorientierung der Verkehrspolitik, Familie und Arbeitswelt, gesundheitliche Förderung und Hilfen für Familien, Bildungs- und Beratungsangebote für Familien, familienunterstützende Betreuungsangebote für Kinder, finanzielle Entlastungen von Familien, kommunaler Familienpass und so weiter und so weiter. Es gibt also in diesem Bereich noch sehr viele Spielwiesen, auf denen wir uns austoben können.

Ich musste ein bisschen schmunzeln, denn sowohl der Kollege Grabow als auch der Kollege Heydorn haben ja gesagt, Herr Grabow, nicht reden sondern machen, und Herr Heydorn, kräftig daran beteiligen. Dazu kann ich natürlich auch nur in diesem Parlament aufrufen: Beteiligen Sie sich alle an einer aktiven Familienpolitik!

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Harry Glawe, CDU: Das werden wir machen.)

In der Bundesrepublik Deutschland betrachtet man derzeit bei der Familienförderung nur zwei Säulen. Die erste Säule ist die Säule der Transferleistungen. Darunter zählen Kindergeld, Erziehungsgeld und das Elterngeld. Die zweite Säule ist die institutionelle Förderung – Familienbildungsstätten, Kindergärten und so weiter. Ich bin der Meinung, wir sollten auch eine dritte Säule in der Familienförderung in der Bundesrepublik Deutschland und auch in Mecklenburg-Vorpommern uns überlegen, und zwar, das wichtigste Fundament der Familie zu stützen.

Da haben wir noch Nachholbedarf. Das meine ich insbesondere bezogen auf präventive Förderung von Familien- und Partnerschaftskompetenz.

Da ist mir etwas aufgefallen, was das Bundesland Berlin macht. Dort gibt es eine Aktion Juniorpartner in Berlin. Und das ist eine sehr interessante Geschichte, Herr Sozialminister. Das sollten wir für unser Land auch überlegen. Da werden 14- und 15-Jährige, die die Gelegenheit in ihrer Familie nicht haben, mit älteren Menschen zusammengebracht, lesen ihnen vor, gehen mit ihnen einkaufen und so weiter.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Oh, Timur-Trupp! Das fetzt! Das hatten wir schon mal.)

Es gibt also soziale Kontakte untereinander und ich denke, das wäre ein wichtiger Punkt, den wir in diesem Land noch tun könnten.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Ja, ja, von Rot-Rot lernen, Herr Kokert,  
das kann nicht schaden.)

Von Rot-Rot lernen?! Herr Kollege Bluhm, da müssen wir nicht von Ihnen lernen.

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Es gibt ja solche Initiativen auch schon in unserem Land.

(Zurufe von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,  
und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Aber die können wir selbstverständlich noch ausbauen.

(Beifall Dr. Armin Jäger, CDU – Zuruf von  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Also die aktive Familienpolitik, meine Damen und Herren von der Linkspartei, haben Sie nicht erfunden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Ach so? –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das war ja kein Beitrag eben.)

Ich möchte jetzt noch zu dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion kommen.

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Ich würde den Kolleginnen und Kollegen von der FDP-Fraktion vorschlagen, dass Sie diesen Änderungsantrag zurückziehen, und würde anbieten, dass die Landesregierung sehr zeitnah im Innenausschuss und im Sozialausschuss zu den hier aufgeworfenen Fragen informiert.

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

Denn wir wollen natürlich ganz bewusst vermeiden, dass wir dieses Thema absichtlich wieder verlängern. Wir haben in der Vergangenheit darüber genug gesprochen.

(Michael Roof, FDP: Ein Monat! Ein Monat!)

Liebe Kollegen der FDP, es ist natürlich auch so, dass der Antrag, den Landtag darüber aktiv zu informieren, uns etwas zu hoch angebunden ist. Sie haben hier ja einige Fragen aufgeworfen.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Das passt hervorragend in diese von mir genannten Ausschüsse. Also ich würde Sie bitten, diesen Antrag zurückzuziehen.

Und ähnlich, Frau Kollegin Dr. Linke, würde ich auch mit Ihrem Antrag verfahren. Sie möchten das ja in die Ausschüsse überweisen. Genau das wollen wir nicht, sondern wir wollen heute einen klaren Handlungsauftrag an die Landesregierung erteilen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

um in diesem Segment endlich tätig zu werden.

(Heiterkeit bei  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Oh, das war jetzt aber Kritik an der Landesregierung.)

Und lassen Sie mich ...

Ja, das kann ich doch ruhig sagen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Na, das war ja eine Bruchlandung jetzt.)

Meine Damen und Herren, davon muss ich auch kein Wort zurücknehmen.

(Heiterkeit und Unruhe bei  
Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Abschließend möchte ich Ihnen sagen, dass wir jede Gelegenheit nutzen sollten, um insbesondere junge Familien in unserem Land zu entlasten. – Haben Sie vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Der Abgeordnete Michael Roof  
bittet um das Wort für eine Anfrage.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Kokert.

Bitte, Herr Roof.

**Michael Roof,** FDP: Habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie innerhalb eines Monats berichten wollen, oder habe ich das falsch verstanden?

**Vincent Kokert,** CDU: Ich habe mich auf keine Zeit beschränkt, Herr Roof. Ich habe nur gesagt, sehr zeitnah wird die Landesregierung in den beiden Ausschüssen, die von mir genannt wurden, im Sozialausschuss und im Innenausschuss, über ...

**Michael Roof,** FDP: Darf ich zwischenfragen, ist zeitnah noch vor dem Sommer?

**Vincent Kokert,** CDU: Zeitnah ist natürlich auch vor dem Sommer, selbstverständlich.

**Michael Roof,** FDP: Okay. Danke schön.

**Vincent Kokert,** CDU: Eine Information in den beiden Ausschüssen wird noch vor dem Sommer erfolgen. Das ist unproblematisch.

(Unruhe bei Abgeordneten  
der CDU und Linkspartei.PDS –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Ihr sollt endlich anfangen! – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das haben wir alles schon mit  
dem Minister besprochen.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Bitte, Herr Fraktionsvorsitzender.

(Minister Erwin Sellering: Er weiß,  
dass wir schon lange gut arbeiten. –  
Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

**Michael Roof,** FDP (zur Geschäftsordnung): Nach dieser sehr überzeugenden Aussage, dass wir zeitnah vor dem Sommer in den Ausschüssen informiert werden, ziehen wir unseren Änderungsantrag zurück. – Vielen Dank.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der CDU –  
Beifall bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Kreher von der Fraktion der FDP. Bitte schön, Herr Vizepräsident.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

**Hans Kreher,** FDP: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe mich zu Wort gemeldet, weil ich doch noch auf etwas eingehen wollte, Herr Müller – Herr Müller von der NPD –, weil ich noch mal auf etwas eingehen wollte, was Sie vorhin gesagt haben

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Volk und Raum.)

und womit ich mich eigentlich mit Ihnen auch versuchen wollte, sachlich auseinanderzusetzen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Nee, das geht nicht. Vergessen Sie's!)

Ich will es versuchen. Sie haben eine Auffassung vorhin hier deutlich gemacht, die sozusagen, so habe ich es jedenfalls verstanden, die Familienpolitik von oben organisieren will, vom Staat her.

(Michael Andrejewski, NPD: Unterstützen.)

Und Sie haben vorhin auch gesagt, dass Sie diesen Wettbewerb, der ja mit dieser Auszeichnung für familienfreundliche Kommunen verbunden ist, nicht wollen.

(Zuruf von Stefan Köster, NPD)

Und da sage ich Ihnen jetzt, das ist doch gerade das, was uns voranbringt, dieses Ziel, dass ich in meiner Kommune mich einsetze, besser sein zu wollen, das Besondere zu wollen, das, was eine Kommune auszeichnet. Wissen Sie, ich bin Bürgermeister. Ich bin gewählt worden mit der Aussage, ich möchte erstens eine wirtschaftsfreundliche Kommune schaffen, zweitens eine kinder- und familienfreundliche Kommune und drittens, habe ich gesagt, beides gehört zusammen. Denn wenn die Wirtschaft in der Gemeinde floriert, dann haben wir auch die Voraussetzungen für eine familienfreundliche Politik. Beides gehört zusammen. Warum wollen Sie diesen Wettbewerb, der durch so einen Preis vorangebracht werden kann, der uns anfeuert, der dazu beiträgt, dass wir in den Kommunen etwas tun, nicht? Warum soll das nicht gut sein? Das ist meine Frage, die ich sachlich an Sie stelle, weil ich wirklich hier in den Landtag gegangen bin, um Sachpolitik zu machen, nicht nur zu reden. Ich will etwas vorbringen. Und ich hoffe, dass Sie mir das glauben und dass Sie das auch verstehen.

Meine Damen und Herren, es kommt natürlich wirklich darauf an, dass wir vor Ort die Menschen gewinnen, dabei mitzumachen, denn es ist nicht alles nur vor oben zu verfügen. Wir müssen erreichen, dass die Vereine, dass die Schulen, die Lehrer, dass sie alle, die Wirtschaft, wie ich schon sagte, mit dahinterstehen. Sonst erreiche

ich nicht, dass eine familienfreundliche Kommune da ist, sondern sonst habe ich als Bürgermeister die Anrufe, bei mir vorne spielen sie Fußball oder sonst was und das ist zu laut. Und mit solchen Dingen beginnt eine familienfreundliche Kommune, dass wir es auch wieder lernen, jeder von uns, mit Kindern umzugehen, und nicht, dass wir uns, weil wir jetzt älter sind, nicht mehr an Kinder gewöhnt haben und deshalb nicht mehr mit ihnen umgehen können. Ich habe es erlebt, dass Leute, die früher zugeguckt haben, wie ihre Kinder getollt haben, richtig laut waren, jetzt wo sie älter sind, bei mir an kommen, ach, ich kann das nicht mehr ab, dass die dauernd da bei mir auf der Straße spielen.

Solche Dinge sind es doch, wo wir erreichen müssen, Leute, wir wollen Kinder, wir brauchen Kinder. Das ist doch eine Bereicherung unseres Lebens. Nur wenn wir das haben, kommen wir auch voran. Bitte, lassen Sie sich doch bitte auch mal überzeugen, nicht nur immer gegeneinander. Dazu bin ich eigentlich in den Landtag gegangen. Das war das, was wir gesagt haben. Wir wollen einen anderen Stil, dass wir uns auch mal gegenseitig im Wettbewerb um die besten Lösungen überzeugen und durchaus auch mal was zurückziehen, wenn wir merken, wir erreichen unsere Ziele. Deshalb haben wir jetzt unseren Änderungsantrag zurückgezogen, meine Damen und Herren. Ich hoffe, dass Sie das anerkennen

(Heiterkeit bei Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

und dass das der Stil wird, der uns hier fürs Land voranbringt. – Danke schön.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU, FDP,  
Dr. Margret Seemann, SPD, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Jawohl, Herr Lehrer, das machen wir so. –  
Heiterkeit bei Gino Leonhard, FDP,  
und Michael Roof, FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Kreher.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/489 zur federführenden Beratung an den Sozialausschuss sowie zur Mitberatung an den Finanzausschuss und an den Wirtschaftsausschuss zu überweisen. Wer diesem Überweisungsvorschlag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Überweisungsvorschlag mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, der Fraktion der FDP und der Fraktion der NPD abgelehnt bei Zustimmung der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/489. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke schön. Gegenstimmen? – Danke. Stimmenthaltungen? – Danke. Damit ist der Antrag der Fraktionen der CDU und SPD auf Drucksache 5/489 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, den Stimmen der Fraktion der CDU, den Stimmen der Fraktion der FDP angenommen bei Gegenstimmen der Fraktion der NPD und einer Stimmenthaltung sowie Stimmenthaltung der Fraktion der Linkspartei.PDS

(Egbert Liskow, CDU: Und eine Gegenstimme.)

und einer Gegenstimme der Fraktion der Linkspartei.PDS.

Meine Damen und Herren, durch die NPD-Fraktion wurde gebeten, den Ältestenrat einzuberufen. Ich unterbreche jetzt die Sitzung für 15 Minuten und berufe den Ältestenrat ein.

**Unterbrechung: 10.37 Uhr**

(Die Dauer der Unterbrechung wird zwischenzeitlich verlängert.)

**Wiederbeginn: 11.16 Uhr**

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Meine sehr verehrten Damen und Herren, die unterbrochene Sitzung ist wieder eröffnet.

Ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 37:** Beratung des Antrages der Fraktion der FDP – Einberufung eines Kindergipfels in Mecklenburg-Vorpommern, auf der Drucksache 5/493.

**Antrag der Fraktion der FDP:  
Einberufung eines Kindergipfels  
in Mecklenburg-Vorpommern  
– Drucksache 5/493 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Ralf Grabow, FDP:** Herr Präsident! Liebe Abgeordnete! Bevor ich meinen Beitrag beginne, möchte ich vorweg meine Einladung an unseren Sozialminister übergeben. Wir haben eine Schirmherrschaft zu übergeben.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Der Kindergipfel ist dafür gedacht, ein Gesamtkonzept für das Familien- und Kinderland MV zu schaffen. Zu sehr arbeiten viele gute Projekte nebeneinander und dieses wollen wir zusammen versuchen zu bündeln. Der Kindergipfel sollte nicht nur die Kindererziehung zum Thema haben, sondern bei der Bildung und Erziehung geht es auch um die Eltern. Wir hoffen, dass sich an diesem Gipfel verschiedene Verbände und Wohlfahrtsorganisationen beteiligen. Herr SELLERING, Sie haben in Ihrer Rede gesagt, wir sollen, so fasse ich es auf, Geduld haben.

(Minister Erwin SELLERING: Nee, nee, nee! Ganz und gar nicht!)

Ich glaube, jede Partei, die hier im Saal sitzt, hat ein Wahlprogramm und hat sich auch vieles vorgenommen. Wenn wir nur auf die SPD und auf Sie warten sollen, dann ist es, glaube ich, der verkehrte Ansatz. Sinn dieses Kindergipfels ist es wirklich, in dem jetzigen Zeitraum die verschiedenen Ideen zu sammeln, um es dann gemeinsam zu einem Programm, zu einem Entwurf zu bringen.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

Sonst passiert genau das, was Sie nicht wollen, dass in jeder Landtagssitzung drei oder vier Anträge sind, denn jeder hat Ideen. Und mir ist wichtig, dass wir auch die Vereine und Verbände mit beteiligen. Ich glaube, das, was Sie angekündigt haben, das Aktionsbündnis für Arbeit, ist nicht so breit aufgestellt, wie ich es gern haben würde, wo die Wohlfahrtsverbände und verschiedene Vereine mit enthalten sind. Aus diesem Grunde haben wir uns entschlossen, dieses Thema unter Ihre Schirmherrschaft zu geben und dem Sozialministerium, dem Bildungs-

nisterium, den Vereinen, den Verbänden sowie den Parteien die Möglichkeit zu geben, ihre Ideen einzubringen, um sie zu sammeln, aber auch, ich sage mal, ihre Ideen gleichzeitig durch die betroffenen Organisationen, durch die Eltern mit beraten zu lassen.

Wir haben in der vergangenen Legislatur Erfahrungen mit einigen Gesetzen gemacht, wo man sich manchmal mehr gewünscht hätte, dass die Basis mit beteiligt wird. Wir wollen mit Politikverdrossenheit aufhören, wir wollen es schaffen, dass mehr Bürger sich in die Politik einmischen. Dieses wäre ein Anfang, um zu sagen, wir stellen mit der Politik dieses Hauses nicht unbedingt typische, aber vielleicht untypische Beispiele der Zusammenarbeit mit der Bevölkerung dar. Dafür werbe ich und ich würde mich freuen, wenn dieser Antrag angenommen wird. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Grabow.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von bis zu 45 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Als Erster hat ums Wort gebeten der Sozialminister des Landes Herr Selling. Bitte schön, Herr Minister, Sie haben das Wort.

**Minister Erwin Selling:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es gibt, glaube ich, keine schönere Begleitmusik bei der Umsetzung eines großen und umfangreichen politischen Arbeitsprogramms,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Ist heute Selling-Tag?)

als immer wieder zu Einzelpunkten die Aufforderung zu hören, diesen Punkt endlich auf die politische Agenda zu nehmen, wo er lange drauf ist. Also das finde ich eigentlich ganz gut. Das ist vielleicht eine schräge, aber doch eindeutige Bestätigung der Arbeit, die man hier macht. Insofern habe ich auch leichten Herzens gehört, was Kollege Kokert eben für mich versprochen hat. Das finde ich ganz gut.

(Heiterkeit bei Michael Roof, FDP)

Ähnliches gilt jetzt für den Antrag, den Sie gestellt haben. Ich finde, „Kindergipfel“ ist ein sehr schönes Wort. Es hört sich sehr gut an. Dieser Gipfel verfolgt auch inhaltlich ohne Zweifel im Ansatz eine gute Idee. Alle Akteure für Familien im Land zusammenzubringen, aktuelle Probleme zu besprechen, das ist ohne Zweifel wichtig. Das geschieht allerdings auch schon in den verschiedensten Strukturen. Und was Sie eben zum Bündnis für Arbeit gesagt haben, ist natürlich nur ein Teil daraus.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Was richtig ist an Ihrer Idee, denke ich, ist zusätzlich zu dem, was schon an guter Arbeit geleistet wird, was wir insgesamt als Programm „Kinderland MV“ zusammenfassen wollen, wo an allen Ecken gearbeitet wird, wo ich Sie nicht um Geduld bitte, sondern um Mitarbeit, nicht um Geduld. Es geht los. Wir sind mitten dabei. Machen Sie mit!

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Also richtig ist, dass man zusätzlich ein Zeichen setzt, ein Symbol setzt. Das tun wir mit dem Familienparlament,

das hier in diesen Räumen stattfinden soll, wo wir die Familien einladen, aber auch zusätzlich Experten. Und ich denke, dass das ein sehr gutes Signal, ein Symbol ist an die Familien, an die im Bereich Familien Tätigen, zu sagen, wir nehmen das sehr ernst, wir wollen auf euch hören und wir wollen euch die echte Möglichkeit geben, teilzunehmen, Beschlüsse zu fassen. Wir wollen dieses Familienparlament, das nur einmal im Jahr tagen kann, um ein deutliches Signal zu geben, ergänzen um ein Arbeitsgremium. Wir wollen sagen, dieses Familienparlament soll sich durchaus einzelne Experten herausuchen, die dann einen Beirat beim Sozialministerium als ständiges Arbeitsgremium bilden, und das kann sich auftauchenden schwierigen Fragen stellen. Ich halte das für sehr wichtig, weil hier Fragen dabei sind, für die wir eine große gesellschaftliche Akzeptanz brauchen. Und wenn das dann in einem solchen Beirat passiert, ist das eine gute Voraussetzung. Ich erinnere nur an den Punkt, den wir gestern hatten, die Fragen, die hier im Land eine Rolle spielen: Wie ist das mit Verhütung, mit Schwangerschaftsabbrüchen? Müssen wir Frauen da noch mehr helfen? Wie kann das sein? Wie können wir da noch mehr helfen? Wie können wir das am besten organisieren und auch am besten finanzieren?

Ihr Kindergipfel, soweit er in die Richtung unseres Vorschlages zum Familienparlament geht, nämlich diese klare Symbolwirkung zu machen, ist eine gute Idee. Ich meine aber, dass unsere besser ist, und deshalb wollen wir bei unserer bleiben. Ich würde Sie gern nochmals einladen, nicht Geduld zu haben, sondern ganz im Gegenteil kräftig mitzuarbeiten und unser Ziel von mehr Familienfreundlichkeit gemeinsam zu verfolgen. Ich entnehme jetzt vielen Wortmeldungen, dass wir uns hier einig sind, im Parlament nicht immer wieder jeden einzelnen Punkt zu einem Antrag zu machen, sondern dass wir tatsächlich das, was an Arbeit zu tun ist, zusammenführen, jeder im Land sich einbringt und natürlich auch die Landtagsfraktionen hier im Haus. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist eine Illusion.)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Minister.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der CDU der Abgeordnete Herr Glawe. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Harry Glawe, CDU:** Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Einberufung eines Kindergipfels ist jetzt bei der FDP das hohe C. Die Koalitionäre sagen, wir wollen nicht reden, wir wollen handeln. Sie reden wieder mal als FDP und das, glaube ich, kann auf Dauer nicht gut gehen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Aber Sie reden auch zu viel.)

Wir lassen die jungen Menschen nicht allein. Wir brauchen mehr Kinder in den Familien und mehr Familie in der Gesellschaft, meine Damen und Herren.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Das ist die Stoßrichtung, um die es geht. Der Minister hat berechtigterweise vorgetragen, dass wir ein Familienparlament haben, und zu diesem Familienparlament gehört auch ein Kindergipfel. Das kann man, denke ich, so sagen. Und die Planungen laufen. Die Themen kann man sehr unterschiedlich gestalten, von Familienplanung über Themen wie Frieden, Kinderrechte, Ernährung et cetera.

Meine Damen und Herren, das, was die FDP hier sagt, ist der Bundesrepublik Deutschland seit dem Jahr 2000 bekannt, es ist nichts Neues. Man muss auch sagen, viele Dinge werden in den lokalen Bündnissen für Familie schon gelebt und durch die Landesregierung, sprich durch diese Koalition getragen.

(Michael Roof, FDP: Das haben Sie vor einem Jahr noch ganz anders gesehen.)

Ein Blick in den Haushalt hilft hierbei auch der FDP, um darüber nachzudenken, wie man die ganzen Dinge gemeinsam voranbringt. Ich kann da in diesem Falle SPD- und CDU-Rednern nur recht geben, die da sagen, all diese Dinge brauchen wir nicht laufend als Einzelanträge, sondern wir brauchen ein Gesamtkonzept, wie wir ein kinder- und vor allen Dingen familienfreundliches Land Mecklenburg-Vorpommern werden. Dazu haben wir uns als Koalitionäre, denke ich, eine hervorragende Aufgabe gegeben im Koalitionsvertrag, die wir Zug um Zug umsetzen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Auf der Basis des SPD-Wahlprogramms.)

Wir handeln im Gegensatz zu denen, die hier laufend irgendwelche Schaufensterreden halten oder etwas einbringen wollen.

(Heiterkeit bei  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ich erinnere mich an 2006. – Zuruf von  
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Dazu zähle ich mittlerweile auch die PDS beziehungsweise die Linkspartei.PDS.

Meine Damen und Herren, Sie hatten acht Jahre lang Zeit zu gestalten und haben wenig hingekriegt.

(Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Ich glaube schon,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Was  
haben Sie in der Opposition gemacht? –  
Zuruf von Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

dass die rot-schwarze Regierung hier auf dem richtigen Wege ist, ein Familienland Mecklenburg-Vorpommern zu gestalten,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

das die Zukunft von Familie und Kindern sichern wird. Seit ich dabei bin,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Seit Sie dabei sind, ist alles gut.)

bemühe ich mich jedes Jahr darum.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Bei der Familienplanung, glaube ich, brauche ich mich nicht zu verstecken, Herr Kollege Fraktionsvorsitzender von der PDS. Daher meine ich, dieser Antrag ist entbehrlich. Wir werden ihn ablehnen. Aber wir werden uns natürlich Gesprächen und vernünftigen Konzepten nicht verschließen, auch gegenüber der FDP nicht. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Herr Glawe.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der Linkspartei.PDS die Abgeordnete Frau Dr. Linke. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Dr. Marianne Linke,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Der Herr Fraktionsvorsitzende hat gerade eine Frage gestellt. Ich denke, wir tun alle gut daran, einfach noch mal reinzuschauen in die rechtlichen Grundlagen. Und insofern, verehrte Frau Abgeordnete der FDP und verehrte Herren, der Kindergipfelantrag klingt sehr gut und ich möchte ganz klar sagen, Sie haben immer die Linkspartei.PDS an Ihrer Seite, wenn es darum geht, die konkreten Lebensbedingungen für eine chancengleiche Entwicklung der Kinder und Jugendlichen in unserem Lande zu verbessern.

(Michael Roof, FDP: Sehr schön. Aber?)

Mecklenburg-Vorpommern hat in den vergangenen Jahren in enger Gemeinsamkeit, so, wie es ja auch Ihr Anliegen ist, von Landtag, Landesregierung, Kommunen, Verbänden, Vereinen, Erzieherinnen, Erziehern, Lehrerinnen, Lehrern, Eltern, Kindern, Jugendlichen und ihren Verbänden im bundesweiten Vergleich sehr viel geleistet. Es wurde heute auch hier schon berichtet, dass viel erreicht wurde. Ich denke, an diese Leistungen, an diese Ergebnisse müssen wir anknüpfen, wenn wir unsere Vorreiterrolle im bundesweiten Wettbewerb halten und auch ausbauen wollen.

Diesbezüglich ist Ihr Antrag vom Titel her eine gute Initiative. Vom Inhalt her bleibt er jedoch hinter den Anforderungen des Landes und den Ergebnissen zurück. Es kann heute nicht mehr allein darum gehen, unverbindlich Ideen zu sammeln. Und ich sage es ganz ausdrücklich, wenn ich hier spreche, spreche ich zu den Anträgen, die vorgelegt wurden, und beziehe mich also auf den Antrag der FDP, wo von einem Sammeln von Ideen die Rede ist. Wir müssen die konkrete Lebenssituation der Kinder analysieren und unsere konkreten Maßnahmen daran ausrichten. Ich erinnere nur an die Stellungnahme der Wohlfahrtsverbände, an die Stellungnahme der Kirchen – sie ist uns ja von der Evangelischen Kirche Ende März zugeleitet worden –, wo auf die Lebenssituation von Kindern, die in Hartz-IV-Familien leben, besonders hingewiesen wurde, auf die steigende Armut. Und ich denke, das ist etwas, was in unseren Politikansätzen einfach verbindlich einen Ansatz finden müsste.

Die Landesregierung, der Landtag hat vor einem Jahr einen programmatischen Ansatz verabschiedet. Den gilt es weiterzuentwickeln. Das Kinder- und Jugendprogramm ist eine gute Grundlage für die Ansätze, die Sie auch hier geschildert haben, Herr Grabow. Ich schlage vor, Sie ziehen den Antrag zurück. Wir müssten diesen sonst wegen des zu engen und zu unverbindlichen Inhaltes ablehnen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Danke schön, Frau Dr. Linke.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der SPD die Abgeordnete Frau Tegtmeier. Bitte schön, Frau Abgeordnete.

**Martina Tegtmeier**, SPD: Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ich kann mich eigentlich nahtlos der Bitte von Frau Linke anschließen. Auch ich habe mich natürlich inhaltlich mit dem Antrag in erster Linie befasst und ich finde, Überschrift, Zielstellung und Zusammensetzung des Kindergipfels passen einfach nicht zusammen. Ein Kindergipfel ist ja nichts Neues, den gibt es auf Bundesebene seit 1991. Übrigens, für den nächsten Kindergipfel – die finden zweijährlich statt – wird gerade ein Veranstaltungsort gesucht. Beim Kindergipfel beteiligen sich Kinder zwischen 12 und 15 Jahren,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Sehr richtig.)

die einen Zukunftsvertrag mit ihren Forderungen und Selbstverpflichtungen für eine lebenswerte Zukunft erarbeiten und diesen mit den Politikern und Politikerinnen öffentlichkeitswirksam diskutieren. Der Veranstalter der Naturfreundejugend Deutschlands sucht wie gesagt für 2008 noch einen Veranstaltungsort.

Anfangs war es so, dass die Themen, mit denen sich die Kinder und Jugendlichen befassten, ausschließlich Umweltbelange betrafen, also: Wie entwickelt sich unsere Erde, bleibt sie lebenswert, was können wir dazu tun. Mittlerweile ist es aber so, dass sie sich mit allen gesellschaftlichen Themen auseinandersetzen, sei es die Verhinderung von Kindersoldaten, der wirksame Kampf gegen Kinderprostitution, die Forderung nach Kinder- und Jugendparlamenten in allen Städten, der Abbau von Kinderfeindlichkeit, mehr Praxisnähe im Schulunterricht oder gar die Forderung nach mehr finanzieller Unterstützung für pflegende Angehörige. Sogar so weit geht das.

In Mecklenburg-Vorpommern findet in diesem Jahr zum fünften Mal vom 2. bis 6. Juli die Aktion „Jugend im Landtag“ statt. Dies ist eine überparteiliche Kooperationsveranstaltung, wie Sie wissen, des Landtages und Landesjugendrings. Hier kommen 80 Jugendliche im Alter zwischen 15 und 25 Jahren zusammen, die gemeinsam mit der Landespolitik wieder einen regen Gedankenaustausch führen werden. Und genau darum geht es ja. Wenn ich sehe, welche Personengruppen, Interessenvertreter bei Ihrem Kindergipfel einbezogen werden, fehlt da eine ganz wichtige Klientel für mich, nämlich das sind die Kinder und Jugendlichen selbst.

Wir haben mittlerweile in zahlreichen Gebietskörperschaften Kinder- und Jugendparlamente auf kommunaler Ebene. Also wir haben das auf Bundesebene, wir haben auf Landesebene das Jugendparlament und wir haben das auf kommunaler Ebene. Ich denke mal, bei Herrn Kreher wird das auch so sein in Bad Kleinen, da er der Bürgermeister ist und sich der Kinder- und Jugendpolitik und -förderung verschrieben hat. Ich weiß es nicht.

(Hans Kreher, FDP: Wir haben einen Verein „Freunde der Kinder“.)

Von daher geht der Antrag der FDP eigentlich für mich fehl. Für mich ist es der richtige Weg, Kinder und Jugendliche und Familien insgesamt, wie Herr Sellinger das eben ja auch schon vorgestellt hat, in einem Familienparlament direkt mit einzubeziehen, und deswegen werden wir Ihren Antrag ablehnen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Andreas Bluhm**: Danke schön, Frau Tegtmeier.

Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der NPD der Abgeordnete Herr Köster. Bitte, Herr Abgeordneter.

**Stefan Köster**, NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Glawe, Sie reden immer von der Ernsthaftigkeit der Politik des Landtages. Sie haben für heute Morgen um 8.00 Uhr eine Sonderausschusssitzung des Sozialausschusses einberufen und wenn ich mich nicht irre, fehlten die Abgeordneten der CDU dort gänzlich. So viel zu Ihrer Ernsthaftigkeit.

Die FDP-Fraktion hat, wie bereits von Herrn Grabow auch angekündigt, einen Antrag eingereicht, mit dem die Einberufung eines Kindergipfels gefordert wird. Endlich wird wieder über Kinder gesprochen und nun soll für sie sogar ein Gipfel stattfinden. Alles wird gut, frage ich mich, oder sollen mit schönen Debatten die Probleme in den Hintergrund rücken? Wir dürfen, so sieht es die Landesregierung vor, bald rund um die Uhr einkaufen. Aber wen betrifft diese Regelung? Es sind doch überwiegend die Frauen, die nun auch noch nachts an der Kasse stehen müssen. Zu Hause wartet dann die Familie und muss ohne die Mutter auskommen. Für das große Heil des Konsums ist in diesem kapitalistischen System alles recht und billig. Das ist das familienfreundliche Mecklenburg-Vorpommern! Da nützt es den Eltern auch nicht, wenn Beschäftigte mit Kindern unter zwölf Jahren oder pflegebedürftigen Angehörigen auf eigenen Antrag von der Arbeit nach 20.00 Uhr freigestellt werden. Wie tief schläft eigentlich die Landesregierung, wenn sie glaubt, dass bei der gegenwärtigen Arbeitsmarktlage diese Regelung für die meisten Beschäftigten Wirklichkeit werden wird?

Was Kinder benötigen, ist die Zeit, die die Eltern mit ihnen verbringen. Nicht umsonst ergab eine Studie, die im Auftrag des Familiennetzwerkes durchgeführt wurde, dass 70 Prozent aller Eltern zu Hause bleiben würden, wenn es die finanzielle Situation möglich machen würde. Krippenplätze sind eine Ergänzung, aber lösen nicht das Hauptproblem.

In schönggeistigen Reden soll nun die Zukunft der Kinder gerettet werden. Statt Worten müssen endlich einmal Taten folgen. Die Regierungsparteien, bestehend aus der selbsternannten Familienpartei SPD und ihrem Partner CDU, können aber seit 17 Jahren entsprechende Vorstellungen nicht umsetzen. Woran liegt es? Herr Kokert, natürlich ist zu begrüßen, dass Neustrelitz und Stavenhagen endlich familienfreundlich werden.

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

Dieser Wettbewerb unter den Kommunen macht für mich aber deutlich, dass die Kommunen erst handeln, wenn es wieder einen Preis gibt.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Auf freiwilliger Basis scheint dies offenbar nicht zu funktionieren.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Die machen das schon lange.  
Fahren Sie doch mal hin!)

Und hier haben wir deutlich landesweit ein Problem.

(Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Die Politik hat dafür die Sorge zu tragen, dass die Familien die Freiräume erhalten, um die Betreuung der Kinder zu gewährleisten. Krippen, Kitas und so weiter entfalten

erst ihren wirklichen Nutzen für die Gemeinschaft, wenn die Familien und deren Wichtigkeit für das Ganze von der Gemeinschaft auch anerkannt werden. Es mangelt in unserem Land an der Einstellung zu unserem Volk und dadurch auch zu den Kindern. Wir brauchen vor allem eine Bewusstseinsänderung. Familien und die Kinderbetreuung müssen zu einer gesamtgesellschaftlichen Aufgabe werden. Es muss ein kinderfreundliches Umfeld geschaffen werden. Die Betreuung des Kindes ist die vorrangige Pflicht und das vorrangige Recht der Eltern. Das staatliche Betreuungsangebot hat ergänzenden und bereitstellenden Charakter und darf nicht als Familienersatz angesehen werden.

Wir von der NPD-Fraktion erwarten von dem Gipfel überhaupt nichts, wollen uns diesem aber auch nicht verschließen, wenn es doch endlich etwas nützt.

Und zu den Geschichtsdebatten, die hier immer geführt werden, fällt mir ein abgewandeltes Wort von Platon ein: Die schlimmste Art

(Heiterkeit bei Michael Roof, FDP:  
Noch einmal nachgucken!)

der Betroffenheit ist die geheuchelte Betroffenheit.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Vizepräsident Andreas Bluhm:** Es hat jetzt das Wort für die Fraktion der FDP der Abgeordnete Herr Grabow. Bitte schön, Herr Abgeordneter.

**Ralf Grabow, FDP:** Herr Glawe, ...

(Harry Glawe, CDU: Jetzt kommt wieder was.)

Nee, aber so schlimm, wie Sie manchmal sind, bin ich dann doch nicht. Aber ich frage mich allen Ernstes, Sie sitzen schon viel länger hier

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist das Urgestein hier.)

und wenn ich mir die Anträge von Ihnen in der letzten Legislatur ansehe: Wann war der Antrag? Aber nicht in der Legislatur.

(Beifall Michael Roof, FDP –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Stimmt.)

Also da frage ich mich, Sie haben so lange Zeit gehabt, Sie waren in der Opposition, Sie hätten mit der Idee kommen können.

(Michael Roof, FDP: Ja.)

Herr Minister, habe ich Sie richtig verstanden, dass beim Familienparlament, was eingerichtet werden soll, es unter dem Familienparlament einen Kindergipfel geben soll? Ist das richtig?

(Erwin Sellering, SPD: Nein. Es  
werden Kinder und Familien eingeladen.)

Ich würde Sie bitten, das vielleicht am Mikro zu machen, dann können wir es alle hören. Das wäre ganz nett, dann haben wir es im Protokoll.

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
So geht das doch nicht. –  
Erwin Sellering, SPD: Keinen Dialog hier!)

Keinen Dialog, gut.

(Unruhe bei Abgeordneten  
der SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Dann muss es wahrscheinlich doch nicht so wichtig sein.

(Heike Polzin, SPD: Sie dürfen das jetzt nicht.)

Meine Damen und Herren, es geht mir eben nicht darum – vielleicht habe ich das zu einfach ausgedrückt, aber ich will es noch einmal erklären –, es geht mir nicht nur um eine Seite Ideen, die wir haben, die wir diskutiert haben. Auch die FDP hat Erzieherinnen, Lehrer, auch viele, die mit Kindern umgehen. Sicherlich haben wir eine Seite, doch darum ging es mir nicht. Es ging mir heute nicht darum, mit Ihnen darüber zu diskutieren und zu sagen, ich möchte gerne zum Beispiel eine Schuluntersuchung schon im vierten oder dritten Lebensjahr.

(Vizepräsidentin Renate Holznagel  
übernimmt den Vorsitz.)

Es ging mir darum, eben genau das zu verhindern, und wir haben gleich hinterher noch einen Antrag. Ich sage Ihnen ehrlicherweise, wir können die nächste Sitzung des Landtages uns auch wieder angucken und da werden wir garantiert verschiedene Anträge sehen, die eben in das hineinspielen würden.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das kann man nun mal nicht verhindern.)

Vielleicht habe ich das etwas zu einfach gemacht. Das war aber die Intention, Ideen zu sammeln von Ihnen, von uns und dass wir immer die Verbände mit einbeziehen, die Betroffenen selbst, denn das ist in der letzten Zeit und in den letzten acht Jahren manchmal auch nicht so richtig getan worden.

(Heike Polzin, SPD: Das stimmt aber gar nicht. –  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Na, na, na!)

Und darum geht es mir. Wir bleiben bei unserem Antrag.

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat noch einmal der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich habe zu dem Thema noch nicht geredet und habe mich hier spontan entschieden, doch das Wort zu ergreifen, weil, Herr Grabow, so ganz richtig ist das ja nicht, was Sie erzählen. Also wenn ich mir Ihren Antrag durchlese, dann hat der für mich einen relativ naiven Charakter. Von der Intention her soll es ja so sein, es gibt diesen Kindergipfel, Experten werden delegiert, man trägt das, was diese Experten vortragen, zusammen und einen Tag später fängt die Politik an, das umzusetzen. Meines Erachtens hat ein solcher Event nur Symbolcharakter. Wenn Sie unterschiedliche Experten einladen, dann werden Sie sehen, dass die unterschiedliche Meinungen haben: Der eine will dies, der andere will das, der eine will die Betreuung mehr im Elternhaus, der Zweite schwört auf Kindertageseinrichtungen, weil die die Sozialkompetenz erhöhen, und so weiter und so fort. Das heißt, Sie werden im Rahmen einer solchen Veranstaltung mit einer Vielzahl von Auffassungen konfrontiert.

(Michael Roof, FDP: Das haben  
solche Veranstaltungen so an sich, ja.)

So. Und dann ist ja immer die Frage: Wie wird das operationalisiert?

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Wenn man also eine derartige Vielzahl von Auffassungen, von Meinungen, von Hinweisen und Vorschlägen bekommt, dann muss man sich zunächst die Frage beantworten: Wie werden wir das umsetzen?

(Michael Roof, FDP: Richtig.)

Und wenn Sie die nicht beantworten, dann wird Ihnen die Bevölkerung den Vorwurf machen, die haben wieder mal ein großes Palaver veranstaltet, die Zeitung war da, das Fernsehen war da, im Radio kam auch was, aber es passiert nichts.

(Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Also bei solchen Dingen immer darauf gucken, wie kann das umgesetzt werden.

Und jetzt noch mal ...

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Und was ist der Unterschied zum Familienparlament?)

Das ist genau der Unterschied, Frau Borchardt.

(Zuruf von Michael Roof, FDP)

Es ist schön, dass Sie mir noch mal Gelegenheit geben,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Stichwort. – Michael Roof, FDP: Nee!)

dazu Stellung zu nehmen.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Nee, nee!)

Und wenn Sie mir jetzt zuhören würden, dann wären Sie danach auch ein bisschen schlauer.

(Beifall Mathias Löttge, CDU –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Mach ich auch. – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Unser Sozialminister hat uns im Januar 2007 den Vorschlag mit diesem Familienparlament unterbreitet. Dieses Familienparlament wird daraus bestehen, dass die von Ihnen so gelobten lokalen Bündnisse für Familie ihre Experten hierhin delegieren. Sie werden ihre Experten hierhin delegieren.

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

Und ein Punkt, und das ist der Unterschied, dieses Familienparlamentes ist, dass wir uns darüber Gedanken gemacht haben, wie wir das, was da vorgeschlagen wird, auch umsetzen,

(Zuruf von Hans Kreher, FDP)

das heißt, nicht mit palavern, sondern mit nachhaltigen Arbeitsstrukturen die Dinge aufgreifen

(Michael Roof, FDP: Und inwieweit widersprechen wir uns jetzt?)

und dann letztendlich zur Umsetzung bringen. Das ist der Unterschied. Wir haben die Sache zu Ende gedacht. Wir haben einen guten Vorschlag gemacht. Wir haben die Sache zu Ende gedacht und wir werden Sie damit überzeugen, dass wir Ihnen zeigen, was dabei herausgekomm-

men ist. Der Vorschlag, der von Ihnen unterbreitet worden ist, ist von vornherein zum Scheitern verurteilt. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Den Unterschied habe ich jetzt aber  
immer noch nicht verstanden.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Grabow für die Fraktion der FDP.

(Michael Roof, FDP: Ach nee! Jetzt ist es gut.)

**Ralf Grabow,** FDP: Herr Heydorn, genau das unterscheidet uns: Sie setzen es von oben auf

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Ja.)

und ich sage, mit Ihrem Ministerium, das war eigentlich der Hinweis, mit dem Ministerium das Konzept zusammen zu erarbeiten. Sie wollen es von oben aufsetzen. Das will ich nicht. Ich habe deswegen mit Absicht gesagt, unter Leitung des Sozialministeriums, um auch eine Arbeitsfähigkeit hinzubekommen. Sicherlich wird das nicht mit einer Tagung geschafft sein und es wird Untergruppen geben müssen für ein Ergebnis. Und das unterscheidet uns beide. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der FDP und  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Grabow.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Glawe von der Fraktion der CDU.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Der Parlamentsexperte.)

**Harry Glawe,** CDU: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich will es vielleicht noch mal auf den Punkt bringen: Kindergipfel heißt ja eigentlich, Kinder reden über Themen, die sie sich selbst setzen, und Eltern und Erwachsene hören zu. Daraus ergeben sich dann möglicherweise neue Fragen, Aufgaben für die Gesellschaft. Andererseits will ich noch mal betonen, Familie, Eltern und Kinder gehören in Mecklenburg-Vorpommern zusammen. Und deswegen bin ich sehr dankbar, dass der Sozialminister ein Familienparlament auf den Weg bringt, in dem man alle diese Themen besprechen kann.

Und ich sage es noch mal: Wer am Ende den Kindern zuhören kann, der muss auch dafür sorgen, dass an der Basis, in den Gemeinden, die Rahmenbedingungen so ausgestaltet werden, und diese Aufgabe hat sich diese Koalition gestellt, meine Damen und Herren. Wir wollen, dass die Eltern netto mehr verdienen, damit sie den Kindern mehr Gestaltungsräume einräumen können.

(Helmut Holter, Die Linkspartei.PDS:  
Mindestlohn ist das Stichwort. – Heiterkeit  
bei Michael Roof, FDP – Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Wir wollen auch gesellschaftliche Initiativen. Und da sage ich, in meiner kleinen Heimatstadt wird zum Beispiel am Kindertag für 600 bis 800 Kinder ein Nudlessen veranstaltet,

(Heiterkeit bei Heinz Müller, SPD: Lecker!)

für alle 800 Kinder, die im Alter zwischen zwei und zwölf Jahren sind.

(Heiterkeit bei  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Werden die denn genudelt?)

Das sind zum Beispiel auch faktische Auswirkungen von Initiativen, von Lokalpolitikern, von Gemeindepolitikern, von Stadtpolitikern vor Ort. Das sind wichtige Dinge, um also auch auf die Kinder zuzugehen, ihnen Zuwendung zu geben, Zuneigung zu geben. Das spricht sich rum. Solche Dinge sollten Sie mal lieber machen, auch die Herren von der FDP, als hier laufend Schaufensteranträge zu stellen und uns zu irgendwas aufzufordern, was gerade zu machen und zu lassen ist. Ich sage es noch mal. Ein Kindertag gehört insgesamt in ein Konzept, das die Familienfreundlichkeit in Mecklenburg-Vorpommern weiter verbessert und uns sozusagen in der Bundesrepublik Deutschland als Musterland ausweist. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten  
der SPD und CDU – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Glawe.

Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/493. Wer diesem Antrag zuzustimmen wünscht, den bitte ich jetzt um das Handzeichen. – Danke. Gegenstimmen? – Danke schön. Stimmenthaltungen? – Damit ist der Antrag der Fraktion der FDP auf Drucksache 5/493 mit den Stimmen der Fraktion der SPD, der Fraktion der CDU, den Stimmen der Fraktion der NPD und einer Stimme der Fraktion der Linkspartei.PDS abgelehnt, bei Zustimmung der Fraktion der ... Entschuldigung, ich korrigiere noch einmal.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist gut.)

Ich gebe das Abstimmungsergebnis noch mal bekannt: Dem Antrag der Fraktion der FDP wurde zugestimmt durch die Fraktionen der FDP und NPD und eine Abgeordnete der Linkspartei.PDS und er wurde mit den Gegenstimmen von der Fraktion der SPD und der Fraktion der CDU abgelehnt. Zwei Stimmen der PDS sind auch Gegenstimmen, einige Abgeordnete der PDS haben sich der Stimme enthalten.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Nun haben wir es. – Heiterkeit bei  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Nee, nicht so richtig.)

Eine Abgeordnete der CDU hat sich ebenfalls enthalten. Ich denke, jetzt haben wir das Ergebnis korrekt wiedergegeben. Danke.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr gut.)

Meine Damen und Herren Abgeordneten, bei dem Tagesordnungspunkt 23 habe ich eine Ordnungswidrigkeit und Ordnungsverletzung noch nicht gerügt. Herr Abgeordneter Tino Müller, ich erteile Ihnen einen Ordnungsruf wegen der Verwendung eines Begriffes in Ihrer Rede, der historisch im Hinblick auf den Nationalsozialismus eindeutig belegt ist.

(Stefan Köster, NPD: Welchen bitte? –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Volk und Raum. – Zuruf von  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 38:** Beratung des Antrages der Fraktion der Linkspartei.PDS – Vorschulische Bildung ausdehnen und weiterentwickeln, Drucksache 5/477(neu).

**Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS:  
Vorschulische Bildung ausdehnen  
und weiterentwickeln  
– Drucksache 5/477(neu) –**

Das Wort zur Begründung hat der Vizepräsident Herr Bluhm von der Fraktion der Linkspartei.PDS.

**Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:** Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ursprünglich hat meine Fraktion darüber nachgedacht, einen Antrag zu stellen unter dem Thema „Lebenswerte Zukunft in Mecklenburg-Vorpommern gestalten“. Leider haben wir es nicht getan, weil nach der heutigen Diskussion vieler anderer Anträge wären alle anderen Anträge der nächsten Jahre hier im Parlament hinfällig geworden, weil sie alle unter diesen Oberbegriff passen.

(Heiterkeit und Beifall bei  
Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Also wir haben das nicht gemacht, sondern einen konkreten Antrag mit einem konkreten Gegenstand vorgelegt. Und ich bin schon mal gespannt, ob auch der wieder in die Kategorie eingestuft wird, passt alles in das große Programm, machen wir alles schon. Mitnichten!

(Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

In der Landtagssitzung im März hatten wir auf Antrag meiner Fraktion eine Aktuelle Stunde zum Thema „Weiterentwicklung der Kindertagesbetreuung in Mecklenburg-Vorpommern“ und in der damaligen Diskussion habe ich eine sehr große Übereinstimmung der demokratischen Fraktionen zu den verschiedenen Aspekten dieses Themas festgestellt. Das ist ja nun beileibe nicht so oft in diesem Hause der Fall, aber gerade was diesen Gegenstand betrifft besonders ermutigend. Ermutigend ist diese Tatsache vor allem deshalb, weil es um die Kinder geht, und ermutigend ist, dass wir uns offensichtlich einig sind, es nicht bei Lippenbekenntnissen und Losungen zu belassen wie nach dem Motto: „Die Kinder sind unsere Zukunft“, sondern über konkrete Maßnahmen nachdenken, sie diskutieren und dann auch konkret entscheiden.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Und ermutigend ist auch die Einladung von Herrn Minister Seidel an die Linkspartei.PDS mitzuarbeiten. Er ist ja nun heute im Bundesrat, aber nichtsdestotrotz möchte ich ihn aus der Rede der Aktuellen Stunde zitieren, als er sagte: „... auch die PDS hat gute Möglichkeiten, sich in diesen Prozess einzubringen. Wenn man den Haushaltsausschuss leitet oder den Finanzausschuss, dann hat man nicht nur eine Kontrollfunktion, sondern natürlich auch die Verantwortung, das zu unterstützen, was man für richtig und für gut hält.“ Ende des Zitates.

(Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Sie sehen, meine Damen und Herren, wir nehmen solche Aufforderungen ernst. Das meine ich wirklich nicht

ironisch, denn dazu ist uns das Thema zu wichtig. Wir wollen unsere Mitarbeit allerdings auch nicht auf den Finanzausschuss beschränken, denn der ist letztlich zwar für die finanziellen Regelungen zuständig, aber es geht in diesem Bereich ja um weitaus mehr. Wir greifen mit unserem Antrag aus dem Komplex der Kinderbetreuung den Teil der vorschulischen Bildung heraus. Gut ist, und das will ich deutlich sagen, dass die Ausgestaltung des Bildungsauftrages im vorschulischen Bereich nunmehr dem Bildungsministerium zugeordnet ist. Damit wird auch nach außen dokumentiert, dass die frühkindliche Bildung ein Bestandteil der Bildung insgesamt ist.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS,  
Ralf Grabow, FDP, und Hans Kreher, FDP)

Sie kann und darf nicht als abgetrenntes Einzelgebiet dargestellt und betrachtet werden. Sie ist der Ausgangspunkt aller Bildung und Erziehung, unabhängig davon, ob sie nun in der Familie, in den Kindertagesstätten oder bei den Tagesmüttern stattfindet. Allerdings, meine Damen und Herren, konsequent wäre es gewesen, den gesamten Bereich der Kinder- und Jugendhilfe dem Bildungsministerium zuzuordnen,

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

denn Inhalt und Organisation gehören zusammen

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Sehr richtig.)

und es gibt neben der vorschulischen Bildung und ihrer inhaltlichen Ausgestaltung genügend andere Bezugspunkte.

Und, meine Damen und Herren, die Schnittstelle Jugendhilfe und Schule ist ein schwieriges Problem. Wir verlieren in der Betrachtung dieses Problems eine Reihe von pädagogischen und sozialen Möglichkeiten durch die unterschiedlichen Zuständigkeiten.

Meine Damen und Herren, es hat im Westen der Republik lange gedauert, bis man die Bedeutung frühkindlicher Bildung in den Kindertagesstätten erkannte, und auch heute gibt es noch eine ganze Reihe von Vorbehalten, die zumeist durch ein erzkonservatives Frauen- und Familienbild geprägt werden. Ich hoffe sehr, dass sich diese ideologischen Grabenkämpfe im Bereich der Vorschule nicht genauso schnell verfestigen, wie das im Bereich der Schulpolitik in Deutschland passiert ist, denn auch bei der frühkindlichen Bildung sind die Erbschaften und Entwicklungen im Osten der Republik viel eher am internationalen Standard orientiert als in unserem westlichen Landesteil.

Genauso problematisch erscheint mir die Reduzierung der Bedeutung von Kindertagesstätten auf ihre Funktion für die Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Kindertagesstätten sind, wie der Name es sagt, Tagesstätten für Kinder. Deshalb haben wir immer die Meinung vertreten, dass der Besuch einer Kindertagesstätte nicht von der Beschäftigung der Eltern abhängig sein darf. Die These „Kinder brauchen Kinder“ unterteilt eben nicht nach beschäftigten und arbeitslosen Eltern.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Sie grenzt auch die Eltern, die sich für die Erziehung ihrer Kinder zu Hause entscheiden und deshalb nicht arbeiten gehen, nicht aus. Diese These orientiert sich am Wohl der Kinder, nicht am Status der Eltern. Nur so darf man aus unserer Sicht frühkindliche Bildung und Erziehung

verstehen. Die Eltern müssen die Möglichkeit haben, von den Angeboten Gebrauch zu machen. Ob sie es dann tun, müssen sie selbst entscheiden. Und wenn die Angebote und Ergebnisse überzeugend sind, erledigt sich wahrscheinlich die Diskussion, die ja immer wieder aufflammt, über einen pflichtigen Besuch der vorschulischen Bildungseinrichtungen von selbst.

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir haben gemeinsam mit der SPD in der zurückliegenden Legislaturperiode auch wegen unserer Erfahrungen in der DDR das Vorschuljahr in seiner heutigen Gestalt eingeführt. Es ist inzwischen ein Erfolg und bundesweites Vorzeigeprojekt. Aber von Anfang an war den Handelnden damals klar, dass das nur der Beginn sein kann. Und darum wurde im Jahr 2004 der Paragraph 1 Absatz 3 in das Kindertagesstättenförderungsgesetz des Landes Mecklenburg-Vorpommern aufgenommen, der beinhaltet, dass die frühkindliche Bildung und Erziehung auf alle Altersgruppen des Kindergartens schrittweise zu erweitern ist – ein gesetzlich verankerter Auftrag.

Mediziner und Bildungsforscher sind sich weitgehend einig, dass mit der Geburt der Lernprozess eines Kindes einsetzt und dass in keiner späteren Entwicklungsphase die Möglichkeiten so groß sind wie gerade hier. Gegenwärtig wird sogar darüber diskutiert, in welcher Weise und mit welchen Möglichkeiten die Krippe an der Bildung und Erziehung beteiligt ist beziehungsweise beteiligt werden soll. Der so oft dahingesagte Spruch: „Was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr“ ist inzwischen eine wissenschaftlich belegte Tatsache geworden.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Im Gegensatz zu den Altersvorstellungen unserer Verfahren ist Hänschen heute allerdings jünger. Wenn wir die wissenschaftlichen Erkenntnisse ernst nehmen, dann muss die Umsetzung des Auftrages nach Paragraph 1 Absatz 3 Kindertagesstättenförderungsgesetz so schnell wie möglich erfolgen. So schnell wie möglich heißt allerdings auch nicht überhastet. Wir haben bei der Einführung des Vorschuljahres gesehen, dass es seine Zeit braucht, bis die Träger, die Kindertagesstätten und die Erzieherinnen und Erzieher, die Tagesmütter alle notwendigen inhaltlichen und organisatorischen Voraussetzungen schaffen können, um einen solchen gesetzlichen Auftrag zu realisieren. Und auch die Eltern brauchen Zeit, sich mit diesen Angeboten zu befassen. Allerdings darauf zu warten, bis die Arbeitsgruppe der Koalition im Sommer möglicherweise Vorstellungen vorlegt, ist dann doch wieder zu lang. Auch hier bin ich mir mit Herrn Seidel einig, denn er glaubt daran, dass die Kommission im Sommer Ergebnisse vorlegt. Da im semantischen Sinne „glauben“ auch heißt „nicht genau wissen“, wissen wir es also nicht,

(Heiterkeit bei

Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Beifall Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

insbesondere, wenn verschiedene inhaltliche Fragen zu einem Gesamtkonzept zusammengeführt werden müssen und, was viel wichtiger ist, auch das entsprechende Geld dafür bereitgestellt werden muss. Es geht uns wahrscheinlich viel zu viel und vor allem zu wertvolle Zeit im Interesse von Mädchen und Jungen unseres Landes verloren.

Die vorschulische Bildung ausdehnen und weiterentwickeln heißt für uns konkret, die Vorhaben für einen Rahmenplan der frühkindlichen Bildung und Erziehung

im jüngeren Lebensalter sind fertig. Die pädagogisch-didaktischen Grundsätze sind diskutiert. Es wäre folglich möglich, den Rahmenplan nunmehr zügig für verbindlich zu erklären und ihn damit den Trägern und Einrichtungen, den Erzieherinnen und wenigen Erziehern schon jetzt zugänglich zu machen, denn sie hätten dann mehr Vorlaufzeit zur Umsetzung dieses Vorhabens.

Zum Teil der Finanzierung: Die SPD und Linkspartei der letzten Legislatur hatten für das Vorschuljahr im Doppelhaushalt 7 Millionen Euro eingestellt. Das wird bei der schrittweisen Ausweitung der frühkindlichen Bildung und Erziehung nicht reichen und darum haben wir mit dem vorliegenden Antrag vor, die Landesregierung zu beauftragen, die entsprechende Summe für die inhaltliche Ausgestaltung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes zu verdoppeln. Wir meinen, dass dieses Geld in der Bildung immer gut investiert ist, in der frühkindlichen Bildung umso mehr, weil alles, was man in den Anfang steckt, am Ende meistens eine überdurchschnittliche Ernte bringt. Diese Ernte muss sich bei der Bildung nicht unbedingt in Geld ausdrücken, sie kann sich auch in einem größeren Wissen, in mehr Fähigkeiten und mehr Fertigkeiten manifestieren.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS,  
und Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

Es ist und bleibt eine rentierliche Investition in die Köpfe. Ich bitte Sie, meine sehr verehrten Damen und Herren, stimmen Sie dem Antrag meiner Fraktion zu.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Bluhm.

Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 60 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist es so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Minister für Bildung, Wissenschaft und Kultur Herr Tesch.

**Minister Henry Tesch:** Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Das Kindertagesstättenförderungsgesetz, kurz KiföG MV, mit seiner gesetzlich normierten Bildungsverpflichtung wird in Kürze drei Jahre alt. Das heißt, es hat nach überstandenen Kinderkrankheiten gerade erst laufen gelernt. Ich muss ein bisschen schmunzeln, Herr Vizepräsident, bezüglich der Aussage, was Hänschen nicht lernt, lernt Hans nimmermehr. Organisationsveränderungen vorzuschlagen, die man acht Jahre selber nicht gelöst hat an der Stelle,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Vincent Kokert, CDU: Das ist schon  
witzig! Das ist schon witzig!)

das ist natürlich für mich eine spannende Frage und ich kann mich hier wirklich zurücklegen. Aber ich greife das natürlich als Gedanken gerne auf und komme vielleicht noch einmal auf diese Stelle zurück.

(Heiterkeit bei  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Sie  
wissen doch, wie das in Koalitionen so ist, ne?!) )

Belastbare Untersuchungen zu den Wirkungen der Bildungsangebote sind bislang ebenso wenig vorhanden wie Messverfahren für die Arbeit der einzelnen Einrichtungen. Diesem Hohen Hause liegt aus der letzten

Legislaturperiode lediglich ein Bericht vor, der vorrangig die betriebswirtschaftlichen Wirkungen des Gesetzes behandelt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in diese Situation ist der vorliegende Antrag der Fraktion der Linkspartei einzuordnen. Er fordert das Hohe Haus auf, die vorschulische Bildung auszudehnen und weiterzuentwickeln. Er nennt auch gleich ein dazu taugliches Rezept, nämlich 7 Millionen Euro zusätzlich für die vorschulische Bildung und eine Frist zur Umsetzung von knapp einem halben Jahr. Es steht wohl außer Frage, dass niemand in diesem Hohen Haus das Anliegen, die vorschulische Bildung auszudehnen und weiterzuentwickeln, ablehnt. Die Frage ist jedoch, wie ernsthaft wir dieses Anliegen betreiben wollen.

Der Gesetzgeber hat im Kindertagesstättenförderungsgesetz hinsichtlich der in Rede stehenden Normen auf die Benennung, sage ich wieder, einer Frist verzichtet. Dies korrespondiert auch mit seiner Entscheidung, eine Expertenkommission „Zukunft der Erziehung und Bildung unter Berücksichtigung des lebenslangen Lernens in Mecklenburg-Vorpommern“ einzusetzen, und – jetzt rufe ich diesem Hohen Haus das einmal in Erinnerung – diese soll bis zum 30. Juni 2008 Empfehlungen für die Weiterentwicklung aller Bildungsbereiche geben. Hierzu werden ausdrücklich auch die Weiterentwicklung der Bereiche Eltern, Familie, Kindertageseinrichtungen, Schulen sowie Kinder- und Jugendhilfe gezählt. Insofern ist zumindest der zeitliche Horizont, der dem in Rede stehenden Antrag zugrunde liegt, unverständlich, denn ich will und muss diese Kommission ernst nehmen, die dieses Hohe Haus eingesetzt hat.

(Beifall Heike Polzin, SPD,  
Volker Schlotmann, SPD,  
und Jörg Vierkant, CDU)

Im Rahmen der Umsetzung des Kindertagesstättenförderungsgesetzes Mecklenburg-Vorpommern wurden erstmals zusätzliche Mittel für die vorschulische Bildung zur Verfügung gestellt. Diese Mittel und die Aufgaben der frühkindlichen Bildung sind mit der Koalitionsvereinbarung für die 5. Legislatur in die Zuständigkeit meines Hauses gegangen. Das ist ein richtiger Schritt und das ist folgerichtig, weil das Land die Herausforderungen der Wissensgesellschaft ernst nehmen muss. Es geht um nicht mehr und nicht weniger als um die Entwicklung eines ganzheitlichen Bildungssystems. Das Ziel ist, Rahmenbedingungen für das lebenslange Lernen zu schaffen. Bildungsangebote für Kinder und Jugendliche sind zweifellos das Kernstück, das Fundament nachhaltiger Bildungspolitik. Familie, elementare Bildung und Erziehung sowie Schule sind ausschlaggebend für die Bildungsbiographien junger Menschen. Ihre Verfassung entscheidet letztendlich über deren Partizipationschancen. Damit wird die Bildungspolitik in einem immer stärkeren Maße auch Sozialpolitik.

Da Entwicklungs- und Bildungsprozesse in starkem Maße von individuellen und sozialen Bedingungen abhängen, verlaufen sie von Kind zu Kind unterschiedlich. Auf die Heterogenität der Kinder müssen Kindertagesstätten und Schule eine adäquate Antwort finden, die aufeinander abgestimmt ist. Die Kooperation zwischen Institutionen ist aus meiner Sicht ein Gebot der Bildungsverantwortung. Dabei sollen einerseits die Spezifika der Institutionen zum Tragen kommen, andererseits soll die Anschlussfähigkeit in den individuellen Lern- und Ent-

wicklungsprozessen gesichert werden. Und wir müssen einen Aspekt, der einem gewissen Schutzauftrag nachkommt – Sie können das heute auch in der „Schweriner Volkszeitung“ nachlesen –, berücksichtigen, nämlich in der Schule zu prüfen, inwieweit Kinder mit einem Frühstück ausgerüstet sind, inwieweit sie ausgeschlafen sind oder auch Anzeichen von Vernachlässigungen bis hin zu Misshandlungen aufweisen. Deshalb ist die Kooperation zwischen den Institutionen ein Gebot der Bildungsverantwortung.

(Beifall Werner Kuhn, CDU)

Seit Beginn der 90er Jahre wird in Deutschland ein Innovationsbedarf im Hinblick auf die Weiterentwicklung der Schuleingangsphase thematisiert. In ihren Empfehlungen zum Schulanfang vom 24.10.1997 hat die Kultusministerkonferenz deutlich die Notwendigkeit einer intensivierten Differenzierung, Individualisierung und zielgruppenspezifischen Förderung im Rahmen der Schuleingangsphase festgestellt. Neben der Frage nach der Optimierung des Schulanfangs für alle Kinder stellt sich die Frage nach der Gestaltung der pädagogischen Qualität der vorschulischen Bildung und Erziehung sowie des Schulanfangs, um den gestiegenen gesellschaftlichen Anforderungen an die Schule gerecht werden zu können.

Angesicht der Dimensionen der mit dem Antrag angesprochenen Fragestellung halte ich ein umfassendes Nachdenken für notwendig. Immerhin nutzten im Jahr 2006 circa 85.000 Kinder die Angebote der Kindertagesförderung in unserem Land, circa 44.000 Kinder in der Altersgruppe der Dreijährigen bis zum Schulantritt besuchten den Kindergarten. Das sind – und das wissen Sie, meine sehr geehrten Damen und Herren – 97 Prozent der Altersgruppe. Im letzten Jahr vor der Einschulung besteht die Verpflichtung, die Kinder nach dem im Kindertagesförderungsgesetz vorgeschriebenen Rahmenplan gezielt auf die Schule vorzubereiten. Jährlich sind dies circa 12.500 Kinder.

Ich möchte an dieser Stelle kurz auf einen anderen Aspekt aufmerksam machen. Im Schuljahr 2006/2007 wurden circa 1.360 Schüler in eine Diagnoseförderklasse null an öffentlichen Schulen beziehungsweise Grundschulen beziehungsweise in eine Klasse 1 an öffentlichen Förderschulen eingeschult. Die Anzahl der Kinder, die in Diagnoseförderklassen null lernen, ist um 280 Schüler gestiegen.

Mit dem Ziel, schulpflichtigen Kindern mit erkennbaren Entwicklungsverzögerungen und besonderem Förderbedarf einen günstiges Lernumfeld zu bieten, richtet das Land Mecklenburg-Vorpommern gegenwärtig vermehrt Diagnoseförderklassen an Grundschulen ein. Sie sind als eine Erweiterung der Förderungsmöglichkeiten der Grundschule für Schüler mit ungünstigen Lernvoraussetzungen konzipiert. Mit der Angliederung der Diagnoseförderklassen an Grundschulen wird eine frühzeitige Separation von Schülern mit besonderen Schulschwierigkeiten an Förderschulen vermieden. Erklärtes Ziel der besonderen Förderung in den Diagnoseförderklassen ist das Verbleiben der Schüler an der allgemeinbildenden Schule.

Ob aber hinsichtlich der Bildungs- und Erziehungsziele dem Anliegen des Kindertagesstättenförderungsgesetzes bereits ausreichend Rechnung getragen werden konnte, ist zu hinterfragen. Die Schlussfolgerung überlasse ich Ihnen. Für mich ist die Schlussfolgerung, wir

haben bisher nicht genug getan. Insofern stimme ich mit Ihnen, sehr geehrte Damen und Herren der PDS-Fraktion, darin überein, dass vorschulische Bildung auf alle Altersgruppen, die in Kindertageseinrichtungen betreut werden, ausgedehnt und weiterentwickelt werden muss. Das kann sich aber nicht wie in Ihrem Antrag auf quantitativen Ausbau beschränken, sondern es gilt vorrangig, Qualität weiterzuentwickeln.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist unfair.)

Dabei geht es nicht nur um einen schrittweisen Ausbau der vorschulischen Bildung und Erziehung, sondern um die Entwicklung einer Gesamtkonzeption frühkindlicher Bildung und Erziehung. Es geht insbesondere um die Kompatibilität der Bildung und Erziehung zwischen den Rahmenplänen der Vorschule und Grundschule,

(Irene Müller, Die Linkspartei.PDS:  
Wovon reden wir denn die ganze Zeit?)

die Verbesserung der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern, die Verbesserung der Bildungschancen benachteiligter Kinder,

(Zuruf von Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

die Schaffung von Unterstützungssystemen für Familien zur Gewährleistung des Bildungserfolges der betroffenen Kinder, das Zusammenrücken von Horteinrichtungen und Grundschule und die Verknüpfung von Schule und Hilfen zur Erziehung. Zusammengefasst: Wir müssen unter anderem das Nebeneinander von Schulen und Jugendhilfe aufheben,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU –  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

die Strukturschranken beseitigen und in enger Kooperation gemeinsam für die Kinder in unserem Land agieren.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Aber da widersprechen wir uns doch gar nicht.)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Kindertagesförderung in Mecklenburg-Vorpommern ist zwar eine Erfolgsgeschichte, aber sie wurde bislang viel zu sehr auf die Problematik der Betriebskosten fokussiert.

(Unruhe bei einzelnen  
Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS: Och! –  
Irene Müller, Die Linkspartei.PDS: Wer hat  
denn die Vorschulbildung eingeführt?)

Eine Einigung auf fachliche Positionen und eine diesbezügliche Zusammenarbeit der Beteiligten gestaltete sich schwierig. Wir haben jetzt die Chance, uns im Interesse der Kinder mit allen an der Bildung und Erziehung Beteiligten zu Grundlagen der Arbeit im frühkindlichen Bereich zu verständigen. Familie, Kindertagesstätte – und ich würde gern hier auch bei den Begriffen „Krippe“ und „Kindergarten“ bleiben, denn den Begriff „Kindergarten“ verstehen sogar die Amerikaner als Exportschlager – und Grundschule verbindet der Auftrag, tragfähige Bildungsgrundlagen zu schaffen, dabei die Unterschiedlichkeit der Kinder als Normalität wahrzunehmen und individuelle Lernwege zu unterstützen.

Um in diesem Sinne miteinander zu arbeiten, müssen sich alle Verantwortlichen in ihrem Bildungsverständnis einander annähern und sich über Lerninhalte, Methoden und Kompetenzen abstimmen. In der Verantwortung für

eine ganzheitliche Bildungskonzeption, so meine ich, ist mein Haus gefordert, alle diesbezüglichen Anstrengungen zu bündeln und so zu koordinieren, dass sich die Agierenden nicht gegenseitig behindern. Die Chancen des Kindes sind Maßstab. An ihm haben sich Unterstützungssysteme auszurichten. Nur so kann Bildung von Anfang an funktionieren. Nur gemeinsam kann ein Paradigmenwechsel hin zum demokratischen Miteinander im Interesse unserer Kinder wirklich erfolgen. Wir müssen dabei beachten, dass Kinder und Jugendliche grundsätzlich in den Bildungseinrichtungen erreicht werden können. Wir brauchen neue Ansätze für die inhaltliche Verknüpfung zwischen den Angeboten der Schule und der Jugendhilfe. Dies gilt für die Kindertageseinrichtungen, die zugleich Stätten der Elternbildung, der Beratung und der erzieherischen Hilfe sein müssen. Dies gilt aber in gleicher Weise auch für die Schulen, deren Angebote die Jugendarbeit, die berufliche Frühförderung, die Kooperation mit Horten zur Sicherung einer ganztägigen Bildungsarbeit, individuelle Hilfen und die Gestaltung von Freizeit beinhalten müssen. Das heißt, über eine Bündelung der Kompetenzen unter einer Ausstattung der Einrichtungen ist neu nachzudenken. Die Strukturen müssen modernen Bildungs- und Erziehungserfordernissen angepasst werden. Das ist mein Ziel.

Sehr geehrte Damen und Herren, ohne Zweifel ist in den vergangenen Jahren in den Bildungseinrichtungen hierzulande viel geleistet worden. Das trifft insbesondere auf die Kindertageseinrichtungen zu. Hervorzuheben ist aus meiner Sicht, dass sich bereits 5.000 Erzieherinnen und Erzieher für die Arbeit mit dem Rahmenplan fortgebildet haben, das Interesse an fachlichen Diskussionen zugenommen hat und zahlreiche Einrichtungen auf der Grundlage des Kindertagesförderungsgesetzes ihre Konzepte grundlegend überarbeitet haben. Hier will ich anknüpfen. Unter Berücksichtigung der zu erwartenden Ergebnisse der Expertenkommission im Jahr 2008 beabsichtige ich die Einführung eines erweiterten Rahmenplanes zum Schuljahresbeginn 2008/2009. Dies soll zunächst in einer Erprobungsphase erfolgen. Es wird mit mir in diesem Fall keine Schnellschüsse geben. Wir hörten es – jeder hat Ideen – heute schon bei einem anderen Thema. Wir wollen aufgreifen, was die Abgeordnete Gramkow gesagt hat.

Mein Kredo ist, vorab alle wichtigen Punkte hierzu zu klären und gut vorbereitet zu starten. Hierzu gehört der umfassende Dialog mit allen Beteiligten und die Verabredung von klaren Vereinbarungen, die Prüfung des Mitteleinsatzes zugunsten einer maximalen Bildungsrendite, die Einführung von pädagogischen Überprüfungsverfahren zur Feststellung der Entwicklung, in diesem Fall insbesondere der Sprache bei Kindern, um eine gezielte individuelle Förderung und einen anschließenden Übergang in die Grundschule zu ermöglichen, die Auswahl geeigneter Qualitätsmessverfahren für die Arbeit in den Einrichtungen, die Sicherung des erfolgreichen Übergangs von Kindergarten, Schule, Hort sowie die engere Verknüpfung von Jugendhilfe und Schule.

Diese Aufzählung nennt nur einen Teil der anstehenden Aufgaben, die jedoch zugleich wichtige Schwerpunkte sind. Vor allem die in unserem Land noch ungeklärte Frage der Gestaltung des Übergangs vom Kindergarten in die Schule ist ein sensibler Punkt. Ich werde mich dafür einsetzen, dass sowohl die Erzieherinnen und Erzieher als auch die Lehrerinnen und Lehrer Mittel und Möglichkeiten erhalten, diese Übergänge aus beiden Richtungen

zu gestalten. Wir müssen uns überlegen, wie und wo wir die entsprechenden Mittel für die vorschulische Bildung am sinnvollsten einsetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, es ist ein Trugschluss, einen Automatismus daraus abzuleiten, dass alleine mit weiteren 7 Millionen Euro für die frühkindliche Bildung deren Qualität steigt. Uns muss zum einen daran gelegen sein, die bestehenden Systeme und Ressourcen intelligenter zu nutzen,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Richtig.)

zum anderen sind zusätzliche Mittel für die frühkindliche Bildung so einzusetzen, dass diese wie die übrigen Bildungsbereiche kostenfrei für alle sind und ein hohes Maß an Bildungsqualität sichern. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU –  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Auch richtig.)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Minister.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Heydorn von der Fraktion der SPD.

**Jörg Heydorn, SPD:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich war gerade ein bisschen irritiert, als ich den Minister hörte, dass wir uns bei der Konzeption des KiföG in der Vergangenheit zu sehr auf betriebswirtschaftliche Elemente konzentriert haben.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Wir sind ja so stolz auf Sie! –  
Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, und  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Aber Sie haben sich ja dann in den nachfolgenden Ausführungen ein Stück weit selbst korrigiert.

(Heike Polzin, SPD: Ja.)

Natürlich will ich nicht in Abrede stellen, dass alles, was man in dem Bereich inhaltlich macht, auch stark mit dem Thema Finanzen korrespondiert. Ich bin einer von denen gewesen, die am KiföG aktiv mitgewirkt haben.

(Zurufe von Harry Glawe, CDU,  
und Vincent Kokert, CDU)

Das Thema „Etablierung des vorschulischen Rahmenplanes“, so, wie es darin steht, ist in der Tat auch unter finanziellen Gesichtspunkten so passiert. Wir haben gewusst, wir können die Sache einsetzen jetzt im letzten Jahr vor der Schule. Das ist geldlich abzubilden. Und alles, was davor kommt, muss man sich ansehen. Wenn man der Debatte folgt, sind wir inhaltlich gar nicht weit auseinander.

(Zuruf von  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Richtig.)

Herr Bluhm hat rhetorisch ausgefeilt und inhaltlich umfangreich vorgetragen. Dem würde ich weitestgehend folgen.

(Beifall Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Aber wenn man sich den Antrag der PDS einmal auf die Essentials anguckt, reduziert sich das auf einen Punkt, der im Gesetz steht, nämlich die Ausweitung der vorschulischen Bildung. Darin steht, damit das Ganze auch

gut wird, verdoppeln wir den finanziellen Ansatz. Ich weiß nicht, vielleicht hätten Sie im Vorfeld bei Frau Gramkow vorbeigehen und mit ihr darüber reden sollen, was sie davon hält, das auf einmal zu verdoppeln, und was sie als finanzpolitische Sprecherin dazu sagt.

(Unruhe bei Abgeordneten der SPD, CDU und Linkspartei.PDS –  
Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Das hat sie auch vorgeschlagen. –  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Hat sie! Hat sie!)

Ich weiß nicht, zu welcher Stunde das gewesen ist.

Aber jetzt einmal ernsthaft. Wir haben diese 7 Millionen damals zur Verfügung gestellt. Mir liegen keine qualifizierten Untersuchungen vor, die wirklich dokumentieren, wie das mit den 7 Millionen gelaufen ist. Waren die notwendig? Waren die nicht notwendig? War es auskömmlich? War es unzureichend? Bevor man sagt, wir verdoppeln jetzt einmal schlichtweg den Mittelansatz, weil wir das ausdehnen wollen, muss man doch erst einmal prüfen, wie der Ansatz mit den 7 Millionen gelaufen ist.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU  
und Heike Polzin, SPD)

Es muss doch jetzt erst einmal ein Evaluationsansatz erfolgen, bevor man sagt, da muss noch einmal richtig Geld rein. Viel Geld ist nicht immer viel gut, das ist meine Überzeugung zu dem Thema.

(Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS:  
Aber es ist trotzdem ein bisschen wenig.)

Was mir an der Rede des Ministers gut gefallen hat, ist, dass er auf ein paar Dinge aufmerksam gemacht hat, die das ganze Thema in ein Gesamtkonzept einbinden. Die Expertenkommission ist genannt worden. Die Expertenkommission will ihren Bericht, wenn ich das richtig in Erinnerung habe,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Und was macht denn die Arbeitsgruppe des Ministers bis zum Sommer, die Herr Seidel genannt hat?)

Mitte nächsten Jahres vorlegen,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Also die wartet dann auch noch ein Jahr?)

und da geht es letztendlich um ein durchgängiges Bildungskonzept, was alle Bereiche umfasst, Herr Bluhm. Insofern ist es natürlich schwierig, hier den 01.01.2008 hineinzuschreiben und dann schon ein fertiges Konzept zu verlangen.

Ich bin auch nicht für diese Segmentierung. Wenn man das Thema KiföG betrachtet, denke ich, ist es ganz, ganz wichtig, dass man auch andere Ansätze mit in den Fokus nimmt. Wir haben als Koalitionäre, das haben Sie mitbekommen, sehr stark die Entlastung der Elternbeiträge in der Diskussion. Das ist sicherlich eine wichtige Regelung, die man mit in den Fokus nehmen muss, um ein Beispiel zu nennen. Ein zweites Beispiel für mich ist das Thema „Flexibilisierung von Öffnungszeiten“. Das ist eine ganz, ganz wichtige Geschichte, die muss man in den Fokus nehmen. Ich bin Abgeordneter des Großen Dreesch, das ist ein Bereich, der durchaus seine eine oder andere Problemlage hat, sodass für mich diese sozialräumlichen Fragen immer von großer Bedeutung sind. Ich stelle seit Jahren die These auf, dass in dem benachteiligten Sozial-

raum die Situation in den Kindertageseinrichtungen eine andere ist, als es in eher etablierten bürgerlichen Vierteln der Fall ist. Und wenn man dieses Thema anpackt, müssen wir auch, finde ich, diese sozialräumlichen Fragen lösen. Wir müssen die Frage beantworten, wie wir da, wo der Unterstützungs- und Betreuungsbedarf größer ist, mehr machen können. Das ist für mich eine wichtige Geschichte,

(Beifall Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU,  
und Jörg Vierkant, CDU)

die auch hier hineingehört und die, wenn man sich das Thema ansieht, in diesem Gesamtzusammenhang beantwortet werden muss. Insgesamt, meine Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, ist es so, dass wir aus den dargelegten Gründen Ihren Antrag ablehnen werden. – Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Heydorn.

Das Wort hat jetzt der Vizepräsident Herr Kreher von der Fraktion der FDP.

**Hans Kreher, FDP:** Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Jetzt spricht Hänschen.

(Heike Polzin, SPD: Hänschen Kreher. –  
Heiterkeit bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Herr Bluhm, ich heiße Hans, werde auch öfter Hänschen genannt. Auch meine Schüler haben mich manchmal liebevoll Hänschen genannt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Und was hätten Sie gern?)

Mir ist das egal.

(Heike Polzin, SPD:  
Das glaube ich! Das glaube ich! –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Na, wir überlegen uns das!)

Aber ich glaube, wir sind uns darüber einig, wir wollen das lebenslange Lernen, auch bis ins hohe Alter.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Ich lerne immer noch dazu, auch hier im Parlament. Wir sind ebenso darüber einig, und das haben die Forschungen der letzten Jahre, die Gehirnforschung und so weiter, bestätigt, dass gerade dieses Alter vor der Schule für die Entwicklung, hier oben, beim Denken, bei der Weichenstellung für das Leben besonders wichtig ist. Deshalb dürfen wir die Bildung und Erziehung im Kindergarten, in der Vorschule nicht nur als Beschäftigung sehen, sondern wir müssen dieser Zeit wirklich hohe Aufmerksamkeit schenken, in allen Bereichen. Das ist auch deshalb, da gebe ich Ihnen vollkommen recht, nicht nur eine Sache, die für Eltern da ist, die berufstätig sind, sondern die wir wirklich öffnen müssen, weil dort das soziale Lernen und vieles andere in dieser Altersgruppe ganz, ganz entscheidend ist. Da stimmen wir vollkommen überein, das ist kein Streitpunkt.

Was wichtig ist, und das ist auch bei der Rede des Ministers deutlich geworden, ist vor allem die Frage: Wie lösen wir in Zukunft die Schnittstelle, von der Sie auch gesprochen haben, zwischen Jugendhilfe und Bildung? Das ist

wirklich der entscheidende Punkt. Und insofern begrüße ich, dass dieser Bereich jetzt auch beim Bildungsministerium angesiedelt ist. Das gehört zusammen, denn Bildung beginnt nicht erst in der Grundschule. Aber wenn ich richtig informiert bin, existieren, um die Jugendhilfe und die Bildung zusammenzubringen, in Deutschland vor allem auch gesetzliche Hürden, und darüber müssen wir sprechen.

(Minister Henry Tesch: Ja.)

Das ist ganz, ganz wichtig, dass wir das zusammenbringen, dass wir da nach Wegen suchen. Und deshalb, meine Damen und Herren von der Koalition, bitte ich Sie darum, diesen Antrag nicht einfach abzulehnen, sondern wir beantragen, dass er in den Bildungsausschuss und in den Sozialausschuss überwiesen wird. Wir haben auch überlegt, ob es notwendig ist, ihn in den Finanzausschuss zu überweisen.

(Heiterkeit bei Rudolf Borchert, SPD:  
Na, wenn schon, denn schon! – Zuruf von  
Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Nein, wollen wir nicht. Auch wenn Sie die 7 Millionen Euro beantragt haben, meinen wir, dass es hier vor allem darum geht, Frau Gramkow, die inhaltlichen Probleme zu klären, die Hürden, die noch vorhanden sind, abzubauen. Und deshalb, meine Damen und Herren von der Regierung und von der Koalition, wenn Sie wirklich wollen, dass wir als Opposition konstruktiv mit Ihnen zusammenarbeiten können, und nicht immer nur das alte Spielchen, was von der Opposition kommt, wird von den Regierungsparteien automatisch vollkommen abgelehnt, gespielt wird, wenn Sie das wirklich ernsthaft wollen, dann bitte stimmen Sie unserem Überweisungsantrag zu, damit wir tatsächlich ernsthaft mithelfen können, die Probleme, wie sie auch der Minister sieht, zu lösen. Darum geht es uns. Wir wollen, das haben wir immer gesagt,

(Zuruf von Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU)

das haben auch Sie von der CDU gesagt, hier eine andere Kultur der Zusammenarbeit, der Mitarbeit, um etwas voranzubringen. Deshalb: Bitte überlegen Sie noch einmal, ob Sie das wirklich einfach ablehnen. Wir beantragen die Überweisung in die beiden Ausschüsse. Ich danke Ihnen und hoffe, dass Sie uns bei der Überweisung mit unterstützen. – Danke schön.

(Beifall Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS,  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS,  
Sigrun Reese, FDP, und Toralf Schnur, FDP)

**Vizepräsidentin Renate Holznagel:** Danke schön, Herr Kreher.

Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Vierkant von der Fraktion der CDU.

(Vizepräsident Hans Kreher  
übernimmt den Vorsitz.)

**Jörg Vierkant,** CDU: Frau Präsidentin! Verehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Damen und Herren von der Linkspartei.PDS! Das Wesentliche ist gesagt,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Was kommt denn jetzt? Was  
kommt denn jetzt Kantiges? –  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Eigentlich ein guter Antrag, aber ...! – Heiterkeit  
bei Heike Polzin, SPD, Marc Reinhardt, CDU,

Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

deshalb beschränke ich mich und nenne nur die Punkte, die uns den Antrag ablehnen lassen müssen.

(Heiterkeit bei  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ach ja!)

Punkt 3 Ihres Antrages, Herr Bluhm, ist mit Verlaub finanzpolitische Traumtänzerie.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Ach so? –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Wie war denn das, als Sie Opposition waren?)

Die Punkte 1 und 2 sind längst in Arbeit,

(Dr. Marianne Linke, Die Linkspartei.PDS:  
Ah ja! – Zuruf von  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

das haben wir vom Bildungsminister gehört, Stichwort Expertenkommission, und der Zeithorizont, den Sie einfordern, ist unrealistisch.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Ach so? Ich kann mich noch gut an den  
Wahlkampf erinnern, Herr Vierkant!)

In der Koalitionsvereinbarung zwischen den Fraktionen von SPD und CDU ist in den Punkten 150 bis 153 nachzulesen, dass es unsere erklärte Absicht ist, die vorschulische Bildung auszudehnen und weiterzuentwickeln.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS: Das ist  
aber auch ohne Bildungskommission passiert.)

Nach den Ausführungen des Bildungsministers möchte ich mir und Ihnen die umfänglichen Zitate ersparen. Sie können das in den genannten Punkten bei Bedarf selbst noch einmal nachlesen.

Meine Fraktion ist der Auffassung, dass wir den PDS-Antrag nicht brauchen.

(Heiterkeit bei  
Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Dennoch schätze ich es natürlich, Herr Professor Methling, wenn Sie, sehr geehrte Damen und Herren von der Linkspartei.PDS, uns und die Landesregierung dabei unterstützen, die anspruchsvollen Vorhaben aus der Koalitionsvereinbarung umzusetzen. Wir unterstützen unseren Bildungsminister und die Fachleute bei der schrittweisen Einführung einer Rahmenplanung für alle Kinder in Tageseinrichtungen. Wir unterstützen das Bildungsministerium bei der Ausrichtung der Rahmenpläne insbesondere auf die Entwicklung von Sprachkompetenz. Wir befürworten ausdrücklich die Entwicklung von Sprachstandsmessverfahren und eines gezielten Maßnahmenkataloges unter Einbeziehung bundesweit bereits vorhandener Verfahren, natürlich in Abstimmung mit den Grundschulen. Dies alles Schritt für Schritt. Sie wissen, wir haben uns in den Bereichen Bildung, Wissenschaft und Kultur sehr viel vorgenommen. Wir wollen diese Vorhaben in hoher Qualität, aber mit Rücksicht auf die vor Ort Handelnden und letztendlich selbstverständlich vor allem mit Blick auf unsere Kinder maßvoll und konzentriert umsetzen. – Vielen Dank.

(Beifall Heike Polzin, SPD,  
Ilka Lochner-Borst, CDU, und  
Marc Reinhardt, CDU – Zuruf von  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Vierkant.

Es hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Müller von der NPD.

**Tino Müller,** NPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Im Paragraphen 1 Absatz 2 des Kita-Förderungsgesetzes, den Sie, meine Damen und Herren von der PDS, vollständig umgesetzt sehen wollen, heißt es unter anderem, dass bei den Kindergartenkindern eine „Erziehung zu Toleranz gegenüber anderen Menschen und Akzeptanz von anderen Kulturen und Lebensweisen“ unterstützt werden sollen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Er hat ja wohl einen alten Antrag.)

Wie soll diese leere Worthülse umgesetzt werden, wenn die Erzieher in den Kindergärten Ihre hoch gelobte Toleranz und Akzeptanz insbesondere von anderen Lebensvorstellungen ignorieren, missachten und letztendlich mit Füßen treten?

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Es gibt eine Neufassung des Antrages.)

Ich nenne Ihnen nur ein Beispiel aus der jüngsten Vergangenheit, das der Rechtspraxis einer Schuld des Angeklagten vor dem Urteilspruch, wie sie im späten Mittelalter üblich war, in nichts nachsteht.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Worüber sprechen Sie jetzt? –  
Michael Andrejewski, NPD:  
Paragraf 1 Absatz 3.)

Diese moderne Hexenverfolgung durfte eine junge Familie aus dem Berliner Umland,

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Es gibt einen neuen Antrag!)

die eine andere politische Meinung vertritt als die noch heutige Mehrheit, erleben. Ihr dreijähriges Kind musste nach Bekanntwerden der Tatsachen, dass seine Eltern eine missliebige politische Position vertreten, die Kindertagesstätte verlassen.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:  
Eine undemokratische.)

Es ist verwunderlich, dass nach mehr als 50 Jahren der Etablierung des Grundgesetzes die wesentlichen Artikel keinen Einzug in das Weltbild und die Wertevorstellung gefunden haben, gerade bei den sich so offen, tolerant und liberal gebenden selbsternannten Demokraten. Was Sie, meine Damen und Herren von den etablierten Parteien, uns hier vorwerfen, das begehen Sie doch tagtäglich selbst. Sie diskriminieren, Sie benachteiligen aufgrund von politischen Anschauungen.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Können Sie mal zu dem Antrag reden?!)

Sie verletzen weltanschauliche Bekenntnisse. Wie sollen dann Erzieherinnen und Erzieher im Kindergarten, die doch an Ihrem Modell lernen, da Sie es ihnen vorleben und vorpraktizieren, die ihnen anvertrauten Kinder zu Toleranz und Akzeptanz erziehen? Eine Chancengleich-

heit für alle, wie das Kita-Förderungsgesetz anstrebt, wird wohl erst realisiert werden, wenn ihr goldenes Kalb Toleranz und Akzeptanz nicht nur auf der Zunge geführt wird, sondern tatsächlich auch gelebt wird, und zwar in einem Staat,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
So, wie Sie das leben!)

der sich zur Abstammungsgemeinschaft des Volkes bekennt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sie wissen, worüber Sie reden?)

Die Bildungskatastrophe, die sich in den PISA-Studien widerspiegelt, lösen Sie nicht. Wenn nun schon in den Kindergärten gepaukt wird, Sie reagieren doch wieder nur, anstatt nach Ursachen zu fragen. Die Quelle ist Ihre Gleichmacherei bei Geschlecht, Kultur und Abstammung,

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:  
Ei, ei, ei, ei! –

Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS:  
Überlegen Sie mal, was Sie da sagen! –  
Zuruf von Irene Müller, Die Linkspartei.PDS)

also Ihr falsches Menschenbild und Hirngespinnst der Integration.

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Ihres ist nicht unseres zum Glück.)

Das Bildungsdesaster beruht in erster Linie auf dem Ausländerproblem.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS –  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Endlich! – Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:  
Haben Sie die Rede von  
Herrn Apfel abgeschrieben?)

Der Versuch von Integration ist gescheitert. Daher sind diese Bemühungen einzustellen. Wir wissen, warum Sie sich gerade für die vollständige Umsetzung des Paragraphen 1 Absatz 2 des Kita-Förderungsgesetzes starkmachen wollen.

(Sylvia Bretschneider, SPD: Absatz 3!)

Es heißt darin, dass Kinder unterstützt werden sollen, die Deutsch als Zweitsprache erlernen. Das ist törichte Lehre einer multiethnischen Gesellschaft, durch die die organisch gewachsenen Völker ersetzt werden sollen, ohne Rücksicht auf jeweils biologisch und kulturell bedingte Eigenart,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Hören Sie auf mit Ihrer Rassentheorie hier!)

ohne Achtung ihrer Geschichte, ihrer Tradition und religiösen Bindungen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist ja unerträglich, was man  
sich hier bieten lassen muss!)

Das ist das diabolische Ziel Ihres internationalistischen Ungeistes.

(Unruhe bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS)

Der Paragraf 1 Absatz 2 des Kita-Förderungsgesetzes

(Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS:  
Über den reden wir überhaupt nicht hier!)

ist eine Beleidigung des gesamten deutschen Volkes.

(Unruhe bei Abgeordneten der  
SPD, CDU und Linkspartei.PDS –  
Beifall bei Abgeordneten der NPD –  
Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS: Sie sollen  
zum Thema reden, anstatt hier so einen Unsinn  
zu verbreiten! Grüßen Sie Herrn Apfel schön!)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Meine Damen und Herren, es hat jetzt das Wort die Abgeordnete Frau Dr. Linke von der Linkspartei.PDS.

**Dr. Marianne Linke,** Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich mit einem Zitat beginnen: „Die Kindergärten, die Kindertagesstätten und die Grundschulen sind ja nicht nur die Tore zum Bildungswesen, sie sind auch die Tore zu unserer Gesellschaft, zu Selbstentfaltung und Gemeinschaftsfähigkeit, zu beruflichem Erfolg und staatsbürgerlicher Verantwortung. Wer dort nicht teilhaben kann, weil die Bedingungen unzulänglich sind, der wird auch auf den späteren Stufen unseres Bildungswesens nicht mithalten können. Der hat es dann auch schwer in einer Gesellschaft, die Menschen ohne Wissen und Bildung zunehmend an den Rand drängt.“ So weit ein Zitat von Johannes Rau.

Wir haben über diese gesellschaftlichen Erfahrungen der Bundesrepublik Deutschland in den vergangenen Jahren sehr intensiv gestritten. Mit dem Kindertagesförderungsgesetz vor genau drei Jahren hat das Land in starkem Maße auf Initiative meiner Partei die inhaltlichen und finanziellen Voraussetzungen geschaffen, um den sich auch in unserem Land anbahnenden unsäglichen Zusammenhang zwischen der sozialen Situation der Eltern und den individuellen Entwicklungschancen ihrer Kinder zu durchbrechen. Mit dem KiföG hat das Land eine grundsätzliche Neuorientierung vorgenommen und der Kinder- und Jugendhilfe eine eigene Verantwortung für die Bildung der kindlichen Persönlichkeit zugewiesen. Ich unterstütze an dieser Stelle noch einmal ausdrücklich, was mein Kollege Bluhm zum Auseinanderreißen der einheitlichen Verantwortung von Inhalten und Strukturen der Kinder- und Jugendhilfe gesagt hat.

Kern dieser Verantwortung ist die chancengleiche Entwicklung aller Kinder im Land, unabhängig von der beruflichen und sozialen Situation ihrer Eltern. Die Bildung in den Kindertageseinrichtungen wurde deshalb gesetzlich verankert. Mit dem Rahmenplan zur zielgerichteten Vorbereitung von Kindern in den Kindertageseinrichtungen wurde von Wissenschaftlern des Landes in Kooperation mit der Praxis den Erzieherinnen und Erziehern ein Plan in die Hand gegeben, auf dessen Grundlage die Träger und Einrichtungen der Kindertagesbetreuung ihre eigenen Konzepte in aller weltanschaulichen und pädagogischen Breite erarbeitet haben.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS)

Diese trägereigenen Konzepte sind Bestandteile der Leistungsvereinbarungen, die zwischen den örtlichen Trägern der öffentlichen Jugendhilfe und den Einrichtungen beziehungsweise den Trägern der Kindertagesbetreuung abgeschlossen werden. Hier lässt sich also gut nachverfolgen, wie die 7 Millionen Euro in den vergangenen Jahren verwandt wurden, denn in diesem Prozess wurde

extra vereinbart, in welcher Weise Geld und Leistung, nämlich vorschulische Bildung in der Kindertageseinrichtung, zur Umsetzung kommen. Die umfassende Qualifizierungsoffensive, an der sich fast alle Erzieherinnen und Erzieher des Landes beteiligt haben, die Erarbeitung von eigenen Bildungskonzepten und die ergänzende Finanzierung haben inzwischen maßgeblich zu der sehr hohen Akzeptanz des Projektes Vorschulbildung im Land beigetragen. Seit Monaten nun stagniert dieser Prozess der weiteren Umsetzung dieses Projektes, und das angesichts der außerordentlich engagiert geführten, man kann sagen forcierten Bundesdebatte durch Bundesministerin Frau von der Leyen.

Kindertagesbetreuung hat eine Beschleunigung in der Bundesrepublik erhalten und da ist es schon verblüffend, dass die Landesregierung, dass wir als Land Mecklenburg-Vorpommern hier so unberührt bis zum Sommer 2008 diese Entwicklung an uns vorüberziehen lassen wollen und so ganz im Nichtstun abwarten, was eine Kommission entwickelt.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Wenn es denn gut ist, ist es okay. Klappt es nicht, dann ist es auch okay. Also das ist eher eine Ausflucht. Das ist doch kein überzeugendes Argument, sehr verehrter Herr Bildungsminister. Sie lassen doch Ihre eigene Arbeit jetzt nicht wegen der Arbeitsgruppen hier irgendwo ruhen.

Ich denke, wir haben gerade als Parlament eine große Aufgabe, uns an den Auftrag des Gesetzgebers zu erinnern, der nämlich festgelegt hat, schrittweise die vorschulische Bildung einzuführen, und zwar für die Kinder beginnend im Jahr vor der Einschulung. Und, Herr Heydorn hat sehr richtig hier ausgeführt, es ist ein komplexer Prozess, komplex sowohl vom Inhalt als auch von der finanziellen Bereitstellung her. Es ist gut, wenn man komplexe Prozesse, um sie erfolgreich zu gestalten, auch schrittweise beginnt. Also der erste Schritt ist getan und der nächste Schritt steht seit Herbst vergangenen Jahres an.

Für die Regierungsparteien ist es charakteristisch, dass sie sich einen Wettbewerb in öffentlichen Ankündigungen – und so verstehe ich auch Ihre Darlegungen, Herr Minister – mit weitreichenden Maßnahmen liefern, während deren finanzielle Untersetzung, deren inhaltliche Gestaltung dem Haushalt vorbehalten oder mit der Ankündigung verbunden war, wir haben gestern darüber diskutiert, die Mittel aus Kürzungen anderer sozialer Leistungen zu erschließen. Ich betone noch einmal: Es ist an der Zeit, diese inhaltliche Aufgabe zu lösen, und die besondere Situation in Mecklenburg-Vorpommern erfordert auch, besondere soziale Leistungen finanziell abzusichern. Es gibt jetzt Verlautbarungen der Landesregierung beziehungsweise des Koalitionsausschusses, aus denen erkennbar wird, dass Kitas künftig finanziell gestärkt werden sollen. Es bleibt aber unklar, wie durch das höhere finanzielle Engagement auch eine höhere inhaltliche Profilierung der Kitas erfolgen soll.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, Sie wissen sehr wohl, dass die Linkspartei.PDS immer die Forderung nach Elternbeitragsfreiheit in den Kindertageseinrichtungen um die Forderung nach einem umfassenden Programm der vorschulischen Bildung bereichert hat. So hat das Land in der vergangenen Legislatur neben der Einführung der vorschulischen Bildung die Mittel für die Kindertagesbetreuung um 20 Pro-

zent erhöht. Ich betone das noch einmal, weil das eine einmalige Leistung unseres Landes innerhalb der Bundesrepublik Deutschland ist.

(Beifall Angelika Gramkow, Die Linkspartei.PDS, und Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Die Fraktion der Linkspartei.PDS schlägt drei Aufgaben vor:

Erstens. Der Auftrag des Gesetzgebers aus Paragraf 1 Absatz 3 KiföG, das heißt die verbindliche vorschulische Bildung, ist kurzfristig auf die Kinder aller Altersgruppen in der Kita auszudehnen. Das Land hat zu diesem Zweck bereits vor zwei Jahren eine Weiterentwicklung des Rahmenplanes für die zielgerichtete Vorbereitung von Kindern auf die Schule in Auftrag gegeben, wobei die Einbindung neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse und Erfahrungen des Landes aus der Umsetzung besonders gefordert waren.

Meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, dieser weiterentwickelte Rahmenplan liegt vor. Vertreter aus Wissenschaft und Praxis, die nicht mit Fragen der vorschulischen Bildung im Land befasst sind, haben hierzu bereits im Spätsommer 2006 Stellung bezogen und durchweg positive Voten abgegeben. Wir schlagen gerade auch angesichts dieser Voten dessen zügige Einführung spätestens bis zum 01.01.2008 vor, so, wie es in unserem Antrag formuliert ist. Mecklenburg-Vorpommern darf nicht zum Schlusslicht einer Entwicklung werden, die wir einmal federführend mitbestimmt haben. Dazu bedarf es finanzieller Mittel. Wir haben das auch in unserem Antrag begründet.

Zweitens schlagen wir vor, die ergänzende Finanzierung auch dafür einzusetzen, dass die Aus-, Fort- und Weiterbildung der Erzieherinnen auf der Grundlage dieses Rahmenplanes weiter fortgeführt wird.

Verehrte Abgeordnete, Kindertagesstätten sind Bildungsstätten für unsere Kinder. Sie werden zunehmend auch Bildungsstätten für die Eltern. Eltern sind die Brücke zwischen Kindern, Kinderkrippen und Kindergärten. Sie sind die einzigen Institutionen, in denen Eltern zweimal täglich vorsprechen und sich mit den Erzieherinnen und Erziehern zur Entwicklung ihrer Kinder austauschen können, Ratschläge, Hinweise und Ähnliches aufnehmen und diskutieren können. Überforderungssituationen der Eltern, die unsere Gesellschaft zunehmend beschäftigen, auch hier in diesem Hause, können relativ schnell erkannt werden. Vielen Eltern kann schnell geholfen werden. Elterninformationen, Elternberatungen und gegebenenfalls Elterntraining sollten künftig verbindlich in die pädagogischen Konzepte der Kindertageseinrichtungen aufgenommen werden.

Auf diese spezielle Form der Erwachsenenkommunikation ist die bisherige Ausbildung der Erzieherinnen nicht ausgerichtet. Diese Inhalte sollten deshalb kurzfristig Bestandteil der Fortbildung und langfristig zum Bestandteil der Ausbildung werden. Die sozialpädagogische Arbeit mit den Eltern ist in allen Kindertageseinrichtungen gezielt zu fördern. Die Herausbildung einer engen Erziehungspartnerschaft zwischen Eltern, Kindertageseinrichtungen und Gesellschaft sollte ein Schwerpunkt der Familienpolitik werden.

(Beifall Barbara Borhardt, Die Linkspartei.PDS, und Torsten Koplin, Die Linkspartei.PDS – Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Hierbei sollten wir umfassend die Potenziale des Landes, Universitäten, Kindertageseinrichtungen, Vereine und Verbände, nutzen. Wir brauchen im Land keine Pilotprojekte, wir brauchen auch keine Erprobungszeiten, das ist einfach in einem Land mit flächendeckenden und guten langjährigen Erfahrungen nicht erforderlich. Deshalb lässt sich dieser Prozess also auch beschleunigen.

(Harry Glawe, CDU: Na ja, na ja!)

Drittens. In den letzten vier Jahren ist die Inanspruchnahme, wir hörten es heute schon, der Kindertagesbetreuung bei den Drei- bis Sechsjährigen von 90 auf 97 Prozent gestiegen. Das ist zunächst einmal ein sehr erfreuliches Ergebnis. Schaut man aber genauer hin, hat sich der Anteil der teilzeit- beziehungsweise halbtagsbetreuten Kinder seit Einführung der Hartz-Gesetze deutlich erhöht. Rechnet man die Kita-Zeiten, die Kinder in einer Kita verbringen, auf Ganztagsplätze um, dann ergibt sich eine Auslastung von 49,8 Prozent. Diese Aussage geht konform mit Aussagen der Landräte und Oberbürgermeister, dass der Anteil der Kinder wächst, deren Eltern aufgrund von Arbeitslosigkeit oder des geringen Einkommens nicht in der Lage sind, die Elternbeiträge selbst aufzubringen. Diese Beiträge werden von den Kommunen getragen, aber nur für einen Halbtagsplatz.

(Harry Glawe, CDU: Das haben Sie doch ins Gesetz reingeschrieben. Sie sind doch die Mutter des Gesetzes.)

Es ist außerordentlich wichtig, dass alle Kinder den Kindergarten besuchen können. Es ist aber problematisch, wenn Kinder wegen der finanziellen Situation ihrer Eltern gezwungen sind,

(Harry Glawe, CDU: Jetzt beklagen, was Sie selbst gemacht haben!)

nur eine Teilzeitbildung zu erhalten, obgleich gerade diese Kinder einer anregungsreichen Förderung ihrer Entwicklung dringend bedürfen.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Und, Herr Glawe, genau das ist es, was Sie seit 2005/2006 bemerken und was auf die bundesgesetzlichen Regelungen zurückgeht.

(Harry Glawe, CDU: Das ist Länderzuständigkeit.)

Auch das flächendeckende Netz, das wir haben, das eine Ganztagsbetreuung ermöglicht, auch der gesetzliche Anspruch für Kinder, deren Eltern nicht berufstätig sind, das alles sind Leistungen, welche die Altbundesbürger so nicht kennen, aber gern hätten, und für dessen Ausgaben sie uns keineswegs im Unterschied zu ihren Politikern kritisieren, nämlich dieses flächendeckende Netz, das wir erhalten, finanzieren und weiter ausbauen wollen.

An dieser Stelle, meine sehr verehrten Damen und Herren Abgeordnete, schließt sich der Kreis zu den eingangs zitierten Worten von Johannes Rau. Gerade wegen der sozialen Situation in unserem Land, die sich absehbar nicht ändern wird, müssen wir es allen Kindern ermöglichen, eine Ganztagsbetreuung in Anspruch zu nehmen, sofern es ihre Eltern wünschen, und wir sollten damit nicht noch eineinhalb Jahre warten.

Verehrte Koalitionspartner, Sie überlegen noch, was Sie mit den ergänzend aufzuwendenden Geldern in Höhe von 9 Millionen Euro finanzieren wollen, so war

es gestern in der Zeitung zu lesen. Ermöglichen Sie es allen Kindern, deren Eltern die Inanspruchnahme eines Ganztagsplatzes wünschen, beginnend bei den Kindern unmittelbar vor der Einschulung, und stellen Sie dafür die erforderlichen Landesmittel, und zwar ohne Kürzungen anderer sozialer Leistungen, ein.

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Die Linkspartei.PDS als Fraktion kann sehr gut mit dem Antrag der FDP mitgehen, diesen Antrag in die Ausschüsse zu überweisen. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS – Harry Glawe, CDU: Das lehnen wir ab.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Frau Dr. Linke.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Bildungsminister des Landes Mecklenburg-Vorpommern Herr Tesch. Herr Tesch, Sie haben das Wort.

**Minister Henry Tesch:** Also ich denke, dass das Zitat, sehr geehrte Frau Abgeordnete Linke, von Johannes Rau stimmt, ohne dass ich es noch einmal wiederhole. Und genau deshalb ist es so, dass wir erst jetzt die Chance haben, mit allen an der Kindertagesstättenförderung Beteiligten und in enger Kooperation mit Schulen einen Rahmenplan zu entwickeln, der diesen Erfordernissen Rechnung trägt

(Harry Glawe, CDU: Sehr richtig.)

und weitgehend akzeptiert sowie auch wirklich von allen Bildungseinrichtungen in unterschiedlicher Trägerschaft angewandt werden wird. Das ist doch der Punkt. Und ich muss einfach mal sagen – ich wollte es eigentlich nicht tun –, mit Einschränkung im Jahr 2004 wurde es grundsätzlich versäumt, die Landesverbände und Repräsentanten der Träger von Kindertageseinrichtungen in die Erarbeitung mit einzubeziehen,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

oder mit ihnen gemeinsam den Rahmenplan zu erproben und daraufhin in die pädagogische Arbeit zu implementieren.

Worüber reden wir denn eigentlich? Sie müssten doch Bescheid wissen. Die Einbeziehung der Fachpraxis bestätigt, dass nach meinen Informationen bei der Erarbeitung des neuen Rahmenplanes – Sie können mich gern berichtigen – bei einem Träger in der Hansestadt Rostock lediglich drei einzelne Kindertageseinrichtungen aus Rostock beteiligt waren. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu den Rahmenplänen, was mich hier umhaut. Eine Abstimmung mit den Rahmenplänen der Grundschulen hat zudem nie stattgefunden.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Richtig, genau.)

Also es ist unerträglich, sich so etwas anhören zu müssen. Wenn es um die Kinder geht – und jetzt sage ich, bleiben Sie bei meinem Redebeitrag –, dann sollten alle zusammenarbeiten, wie ich es vorgestellt habe, nämlich diese Verzahnung. Darum geht es auch.

Und jetzt sage ich noch etwas. Wenn Sie zu dem Auftraggeber kommen,

(Harry Glawe, CDU: Richtig.)

gerade zu den Wissenschaftlern der Universität Rostock, der Arbeitsgruppe Frühpädagogik mit Professor Han-

sel, da ist es so, dass dieser in seiner Studie die Konsequenzen aus PISA nicht einbeziehen konnte, sondern separierte frühkindliche Bildung ausschließlich auf Bildung im Kindergarten für Kindergartenkinder vor dem Schuleintritt beschränken musste. Und das war nicht seine Schuld, sondern das war der Auftraggeber,

(Beifall bei Abgeordneten der CDU – Zurufe von Rudolf Borchert, SPD, Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU, und Marc Reinhardt, CDU)

der ihm gesagt hat, was er sozusagen vorlegen sollte. Nicht einmal mit der Akzeptanzstudie, die unter Leitung von Professor Hansel erarbeitet wurde und seit März in meinem Haus vorliegt, ist die Frage umfassend zu beantworten. Und genau deshalb wollen wir dies machen und wir beabsichtigen auch, diesen Rahmenplan zur Diskussion zu stellen, Anregungen aufzunehmen, um gemeinsam mit den Trägern – das unterscheidet uns dann –, dem Landesamt für Gesundheit und Soziales, dem Landesjugendamt, dem Landesinstitut und den Wissenschaftlern und so weiter, einen akzeptierten Rahmenplan zu haben,

(Harry Glawe, CDU: Das wird endlich mal Zeit.)

der diese Punkte aufweist, die ich in meiner Rede vorgestellt habe.

(Beifall bei Abgeordneten der CDU)

Und dann werden wir das zum Schuljahresbeginn 2008/2009 mit Sicherheit erproben.

Was mich wirklich erschüttert, ist die Frage zu den 7 Millionen Euro. Es war dem Sozialministerium – jetzt will ich nicht sagen, der Sozialministerin, das Ministerium ist groß – bekannt, dass von den 7 Millionen zur Verfügung gestellten Mitteln für vorschulische Bildung im Jahr vor dem Schuleintritt, und ich stelle Ihnen die Informationen zu Verfügung, nach meinen derzeitigen Erkenntnissen vorrangig Ausstattung angeschafft und dann für die entsprechenden Altersgruppen genutzt wurde.

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Richtig, ganz genau. – Zuruf von Heike Polzin, SPD)

Nur darauf habe ich hingewiesen und darüber müssen wir doch nicht streiten. Wenn wir alle der Meinung sind, wir machen jetzt Inhalte davon, dann ist es doch okay. Aber sich hierhin zu stellen und zu sagen, ich wüsste nicht, wovon ich rede, das finde ich schon wirklich hart und an den Haaren herbeigezogen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD und CDU – Harry Glawe, CDU: Genau.)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Minister.

Herr Müller, Sie haben als Nächster um das Wort gebeten. Aber ehe ich Ihnen das Wort gebe, möchte ich vorher noch Folgendes sagen: Ich habe vorhin aufgrund Ihrer nicht immer klaren und deutlichen Aussprache nicht alles verstanden. Aber ich widerspreche hier allen fremden- und ausländerfeindlichen Äußerungen und ich bitte Sie, solche Dinge jetzt zu unterlassen.

Sie haben das Wort, Herr Müller.

(Tino Müller, NPD: Ich habe nicht um das Wort gebeten.)

Aha, gut.

(Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS:

Dann ist es auch gut so. –

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS:

Besser ist es.)

Dann hat jetzt das Wort der Abgeordnete Herr Heydorn von der SPD.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:

Oh, er hat einen Zettel heute mit. Donnerwetter!)

**Jörg Heydorn**, SPD: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich bin dafür, dass wir diese Hetzpropaganda der neuen Nazis von der NPD hier nicht unwidersprochen im Raum stehen lassen.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Das geht einfach überhaupt nicht, wenn gesagt wird, die Bildungsqualität in Mecklenburg-Vorpommern ist im Argen, weil es hier zu viele Ausländer gibt. Das ist ein Skandal,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

eine Frechheit ohnegleichen! Im Land Mecklenburg-Vorpommern leben zu 1,8 Prozent der Gesamtbevölkerung Ausländer.

(Michael Andrejewski, NPD: Offiziell. – Zuruf von Torsten Koplín, Die Linkspartei.PDS)

Diese konzentrieren sich noch auf die großen Städte. Das heißt, auf dem platten Land sieht man keinen Ausländer.

(Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS: Selbst wenn, dann wäre es gut. – Zuruf von Peter Ritter, Die Linkspartei.PDS)

Und dann zu sagen, das ist die Ursache für eine Bildungsmisere, das ist einfach völlig unakzeptabel.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Zurufe von Dr. Margret Seemann, SPD, und Michael Andrejewski, NPD)

Wenn man sich demzufolge mal die Ergebnisse von PISA ansieht, zum Beispiel Länder mit einem deutlich höheren Ausländeranteil wie Bayern und Baden-Württemberg, diese schneiden bei PISA nicht unerheblich besser ab als das Land Mecklenburg-Vorpommern. Also das kann man überhaupt nicht machen.

Zum Abschluss erlauben Sie mir eine persönliche Anmerkung. Ob diese Geschichte stimmt, die Sie hier vortragen, dass da ein Kind ausgeschlossen worden ist, weil die Eltern einer bestimmten Gruppierung ideologisch zuzuordnen waren, das weiß ich nicht. Aber wenn es so gewesen sein sollte, halte ich das für eine Fehlentscheidung. Ich sage Ihnen, ich würde als Kindertagesstätten-einrichtung Kinder von Angehörigen der NPD möglichst umfassend betreuen wollen,

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Heiterkeit bei Marc Reinhardt, CDU, und Wolf-Dieter Ringguth, CDU)

um sie von solchen Eltern möglichst lange fernzuhalten,

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

damit sie sich mit dieser Ideologie zu Hause nicht identifizieren.

(Stefan Köster, NPD: Sie mit Ihrer Umerziehung.)

Das ist die Realität.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Und so sollte es sein.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP – Heike Polzin, SPD: Sehr gut.)

**Vizepräsident Hans Kreher**: Danke, Herr Heydorn.

Es hat noch einmal um das Wort gebeten der Vizepräsident und Abgeordnete Herr Bluhm von der Linkspartei.PDS.

**Andreas Bluhm**, Die Linkspartei.PDS: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Herr Heydorn, ich bin Ihnen sehr dankbar dafür, dass Sie hier namens der vier demokratischen Fraktionen eine so deutliche Position bezogen haben. Dieser Rassismus, der aus Ihren Worten, Herr Müller, sprach, ist verachtenswert.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Menschenfeindlich ist er, ja.)

Er ist ganz, ganz schlimm für dieses Land in unserem wirklich komplizierten Umfeld. Das, was Sie hier sozusagen veranstaltet haben, ist verabscheuungswürdig.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

Sie haben es offensichtlich noch nicht einmal gemerkt – ich meine, das ist vielleicht Ihnen gar nicht so sehr zuzuschreiben –, aber es gab einen Schreibfehler in dem Ursprungsantrag und es gibt eine Neufassung. Sie haben hier zu einem völlig anderen Punkt geredet, der gar nicht auf der Tagesordnung des Parlaments gestanden hat.

(Zuruf von Ilka Lochner-Borst, CDU)

Das hat nun dazu geführt, dass Sie sich hier so vergangen haben, aber Sie haben zu etwas völlig anderem geredet. Vielleicht befehligen Sie sich wenigstens, die Anträge, wie sie vorliegen, dann tatsächlich zu ...

(Stefan Köster, NPD: Aber es hat Ihnen ja trotzdem gefallen.)

Nein, gefallen hat es mir nicht.

(Stefan Köster, NPD: Herr Müller bekennt sich zu seinem Volk, was Sie ja nicht machen. – Heike Polzin, SPD: Herr Müller liest vor, was ihm aufgeschrieben wurde.)

Ach, das bringt jetzt an der Stelle, glaube ich, auch nichts mehr, weiter darauf einzugehen.

Ich möchte noch eine Bemerkung zum Minister machen. Herr Minister, wir sind auch als Fraktion der Linkspartei natürlich an einer Weiterentwicklung der vorliegenden Rahmenplanentwürfe interessiert. Es geht gar nicht darum zu sagen, wir haben einen Status quo und der ist unveränderlich. Natürlich geht das Leben weiter,

(Kerstin Fiedler-Wilhelm, CDU: Ah ja!)

natürlich muss sozusagen eine Weiterentwicklung erfolgen, und wenn Sie den Antrag aufmerksam lesen, dann steht genau im Punkt 1 des Antrages diese Weiterentwicklung drin.

Dann noch zu einer Bemerkung in Ihrem Redebeitrag, die mir nicht so ganz klar ist. Wenn Sie sagen, Sie werden die Ergebnisse der Bildungskommission im Sommer 2008 abwarten, dann frage ich mich, ob Sie das für den gesamten Bildungsbereich tun und keine Veränderungen im vorschulischen Bereich vornehmen. Das, glaube ich, ist nicht wirklich die Aussage. Hier wird etwas konstruiert, was so überhaupt nicht stimmt und auch von uns nie gemeint war.

(Beifall bei Abgeordneten die Linkspartei.PDS – Zuruf von Werner Kuhn, CDU)

**Vizepräsident Hans Kreher:** Danke, Herr Vizepräsident.

Meine Damen und Herren, ich schließe die Aussprache.

Im Rahmen der Debatte ist beantragt worden, den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/477(neu) zur federführenden Beratung an den Bildungsausschuss sowie zur Mitberatung an den Sozialausschuss zu überweisen. Wer für diesen Überweisungsvorschlag stimmt, den bitte ich um das Handzeichen. – Danke. Die Gegenprobe. – Danke. Enthaltungen? – Damit ist dieser Überweisungsvorschlag bei Zustimmung der Fraktion der Linkspartei.PDS und der Fraktion der FDP, aber bei Gegenstimmen der SPD, CDU und NPD abgewiesen worden.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das ist die Einladung zur konstruktiven Mitarbeit.)

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der Linkspartei.PDS auf Drucksache 5/477(neu). Wer dem zustimmen wünscht, den bitte ich um das Handzeichen. – Die Gegenprobe. – Enthaltungen? – Damit ist dieser Antrag bei Zustimmung der Linkspartei.PDS und Ablehnung der SPD, CDU, FDP und NPD abgelehnt.

Meine Damen und Herren, ich rufe auf den **Tagesordnungspunkt 39:** Beratung des Antrages der Fraktion der NPD – Bevölkerungs- und Katastrophenschutz angesichts des G8-Gipfels, Drucksache 5/472.

**Antrag der Fraktion der NPD:  
Bevölkerungs- und Katastrophenschutz  
angesichts des G8-Gipfels  
– Drucksache 5/472 –**

Das Wort zur Begründung hat der Abgeordnete Andrejewski von der NPD.

**Michael Andrejewski, NPD:** Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der G8-Gipfel ist kein Grund zur Freude, keine willkommene Werbeveranstaltung für Mecklenburg-Vorpommern und kein schickes Medienevent, sondern ein Sicherheitsrisiko. Dieser Gipfel zieht Terror und Gewalt magisch an, zunächst einmal den Straßenterror, mit dessen Auswirkungen sich die Sicherheitsorgane wohl schon teilweise abgefunden haben, sonst würden sie den Geschäftsleuten in Bad Doberan nicht raten, an den Gipfeltagen ihre Läden zu verammeln und ihre Mülltonnen zu verstecken.

(Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS: Wo haben Sie das schon wieder abgeschrieben? Wow!)

Sie würden die Chaoten gar nicht erst in Wurfweite an die Läden heranlassen. Die Linkspartei-Politikerin Ulla Jelpke kündigt Sitzblockaden an und nennt dies legitim, obwohl das eine Nötigung ist. Das sollten wir mal versuchen.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Machen Sie wohl nicht?!)

Andere wollen Straßen- und Eisenbahnlinien mit Baumstämmen blockieren. Unter den Augen der Sicherheitsbehörden wird dies geplant, sodass mit dem Zusammenbruch des Verkehrsnetzes in weiten Teilen des Landes gerechnet werden muss, vielleicht über mehrere Tage. Die Versorgung der Bevölkerung in den betroffenen Kommunen und Regionen kann durchaus beeinträchtigt werden. Dazu kommt noch, was viel schwerwiegender ist, die Gefahr eines islamistischen Terroranschlages. Schon am 22. November des vorigen Jahres sagte der Chef des Bundeskriminalamtes Jörg Ziercke auf einer Tagung, der G8-Gipfel sei ein Ereignis, das für islamistische Terroristen interessant sein könnte. Es ist also keine Panikmache, dieses Problem anzusprechen.

(Präsidentin Sylvia Bretschneider  
übernimmt den Vorsitz.)

Die Bundespolitik lässt zudem keine Gelegenheit aus, sich die gesamte islamische Welt immer mehr zum Feind zu machen. Die Nibelungentreue zu Israel, die Missachtung der legitimen Interessen des palästinensischen Volkes, die Ausbildung von Polizeikräften für die Besatzungsmacht im Irak, die Kampfflugzeuge in Afghanistan, durch all dies wird der Terror auf Deutschland gelenkt. Gleichzeitig kann jeder, der dies will, mit Leichtigkeit die deutschen Grenzen überwinden und in Deutschland untertauchen. Nach den verheerenden Terrorataten in Madrid und London, die Hunderte Opfer forderten, haben wir auch bereits in Deutschland den Versuch von Bombenanschlägen auf Züge erlebt, der zum Glück fehlgeschlagen ist. Aber die Terrordrohungen gegen Deutschland häufen sich besonders im Internet. Terroristen passiert ja auch nicht viel in Deutschland. Frau Susanne Albrecht, Terroristin und Mörderin, kann nach sechs Jahren Gefängnis Lehrerin werden und unsere Kinder erziehen. Frau Mohnhaupt ist auch gerade entlassen worden und sieht wohl ihrem Lehramtsstudium entgegen. Vielleicht möchte hier jemand behaupten, dass die Polizisten, die diese Damen damals festgenommen haben, wehrlosen Frauen Gewalt angetan hätten und Frauenschläger gewesen wären.

(Zurufe von Dr. Norbert Nieszery, SPD,  
Dr. Margret Seemann, SPD, und  
Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS)

Ich kann Ihnen versichern, dass der Kollege Köster sich in der Gesellschaft dieser Polizisten sehr wohlfühlt.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Wahrscheinlich mit einer Waffensammlung.)

Intern müssen staatliche Stellen über sehr ernstzunehmende Anhaltspunkte verfügen, denn sonst wären die massiven Sicherheitsvorkehrungen in Heiligendamm gar nicht zu erklären – zwei US-Kriegsschiffe mit Luftabwehrsystemen, Kampftaucher im Meer vor Heiligendamm, der Luftraum gesperrt in einem Radius von 50 Kilometern bis in eine Höhe von 10 Kilometern. Und dazu kommen dann noch die Pläne des Innenministers Schäuble. Er möchte präventive Telefonüberwachung, bei Terrorverdächtigen sogar von der Unschuldsvermutung abrücken, heimliche Onlineüberwachung, den großen Lauschangriff ausweiten und die Kronzeugenregelung zu einer dauerhaften Einrichtung erheben. Er möchte sogar Foltergeständnisse nutzen. Das könnte man überhaupt nicht verstehen, wenn er nicht über höchst beunruhigende Informationen verfügen würde.

Wenn das so ist, warum macht man den Menschen dann weis, alles wäre ganz harmlos und es genüge, in Bad Doberan die Läden für ein paar Tage zu verrammeln? Wenn man die Menschen schon großen Risiken aussetzt, nur weil man mit dem Gipfel international glänzen will, dann sollte man sie auch möglichst gründlich auf die Folgen eines möglichen großen Terroranschlags vorbereiten. Der Verantwortliche für Katastrophenschutz in der Kreisverwaltung Ostvorpommern hat kürzlich in der „Anklamer Zeitung“ beklagt, welche Sorglosigkeit sich bei der Bevölkerung ausgebreitet hat. Er verwies auf eine Studie der Fachhochschule Münster, die sich mit der Lage während der schweren Schneefälle im Winter 2005 befasste und feststellte, dass viele Bürger in keiner Weise für eine Krise gewappnet waren. Es fehlten die einfachsten Dinge: Radios mit Batterie, um auch bei Stromausfall Nachrichten hören zu können, eine Hausapotheke oder auch nur genug Bargeld im Hause.

(Unruhe bei Abgeordneten der Linkspartei.PDS)

Man verlässt sich blind darauf, dass Geldautomaten schon funktionieren,

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Sie machen doch hier ein Katastrophenszenario!)

die Läden und die Apotheken geöffnet haben, Strom und Wasser zur Verfügung stehen.

(Zuruf von Dr. Margret Seemann, SPD)

Aber das kann man nicht, wenn der G8-Gipfel im Lande ist.

(Zuruf von Dr. Norbert Nieszery, SPD)

Die Auswirkungen eines großen Terroranschlages in Mecklenburg-Vorpommern auf Infrastruktur und Versorgung der Bevölkerung sind unabsehbar. Ziemlich unbeachtet von der Öffentlichkeit und vermutlich auch mit geringem Budget ist in Deutschland ein Bundesamt für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe tätig, das eine Broschüre mit dem Titel „Für den Notfall vorgesorgt“ herausgibt. Das ist die Broschüre. Und wenn Sie mir Schwarzmalerei und Katastrophenmacherei vorwerfen, dann dem Bundesamt auch und auch dem Landkreis Ostvorpommern, der das empfohlen hat,

(Zuruf Birgit Schwebs, Die Linkspartei.PDS)

und auch dem Herrn Schäuble, dessen Krisenszenario ja noch finsterner ist als unseres, und so weiter.

(Dr. Wolfgang Methling, Die Linkspartei.PDS:  
Das kann man alles auf den G8-Gipfel beziehen!)

In der Einleitung heißt es: „Jeder muss sich fragen: Bin ich vorbereitet? Kann ich mir und anderen in Notsituationen helfen?“ Das müssen viele verneinen – nicht nur 2005 im Münsterland, sondern auch 2007 in Mecklenburg-Vorpommern. Der G8-Gipfel wäre eine passende Gelegenheit, leider in Vergessenheit geratene Kenntnisse der Notfall- und Krisenvorbereitung wieder allgemein bekannt zu machen. Wenigstens auf die Broschüre hinweisen und den Leuten sagen, wo man sie bekommen kann, sollte die Landesregierung, es sei denn, Sie halten das Bundesamt für eine Mickymausveranstaltung. Das könnte zwar die gute G8-Stimmung beeinträchtigen –

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

auf welcher Party möchte man schon etwas hören von Lebensmittelvorräten, von Verbandskästen, Kerzen und

Taschenlampen, Radiobatterien, Notgepäck, Dokumentensicherung und Ähnlichem –, das Motto heißt aber nicht: „Sonne – Meer – G8-Gipfel“, sondern: „G8-Gipfel – Terrorgefahr – Krisenfürsorge“. Für die Sicherheit der hohen Herrschaften hinter dem 12-Millionen-Euro-Zaun ist mehr als gesorgt. Für den einfachen Bürger wird viel zu wenig getan.

Sie können jetzt Ihre üblichen Standardantworten abspulen:

Erstens. Wir sind nicht zuständig. Vielleicht ist ja der Pabst zuständig

(Zuruf von Marc Reinhardt, CDU)

oder die UN-Vogelschutzbehörde, was weiß ich.

(Harry Glawe, CDU: Sie können  
auch den Kuckuck rufen.)

Zweitens ist alles gesetzlich geregelt. Aber was nützen Tonnen von Gesetzen, wenn sie in der Praxis nichts bewirken?

Drittens Panikmache. Aber wie gesagt, dann müssen Sie Herrn Schäuble auch auf die Anklagebank setzen.

Viertens. Die böse NPD nutzt die Sorgen der Bürger aus.

Aber das sind unsere Sorgen. Wenn ich in Anklam die Sorge um den Verkauf von kommunalen Wohnungen artikuliere, bin ich absolut glaubwürdig, weil ich nicht im Märchenschloss lebe, sondern selbst bei kommunalen Wohnungen. Wenn der Abgeordnete Müller die Sorge der Eltern artikuliert um ihre Kinder vor Sexualstraftätern, dann ist er absolut glaubwürdig, weil er selbst zwei Kinder hat. Und ich kann Ihnen versichern, dass die Bürger von Ueckermünde mit Abscheu darauf reagieren werden, dass Sie dem Abgeordneten Müller vorwerfen, dass er nur die Sorgen der Eltern ausnutzen wolle, also seine eigenen Kinder wären ihm völlig egal. Dadurch werden Sie die NPD-Wähler in Ueckermünde nicht zurückgewinnen, das kann ich Ihnen sagen. Oder Sie können auch nicht sagen, dass wir die Sorgen aussitzen wollten vor Terrorgefahr oder genmanipulierten Lebensmitteln. Damit würden Sie ja sagen, dass wir immun wären, dass man durch den Erwerb der NPD-Mitgliedskarte immun wird. Und dass das nur die Sorgen der anderen Menschen wären, das sind unsere Sorgen genau wie die der anderen.

(Dr. Armin Jäger, CDU:  
Kommen Sie mal zum Thema!)

Da bin ich ja schon lange.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Ich habe jetzt nur Ihre Antworten vorweggenommen.

(Unruhe bei Abgeordneten  
der CDU und Linkspartei.PDS –  
Dr. Armin Jäger, CDU: Ah ja!)

Und natürlich Ihre Antwort Nummer fünf:

(Zuruf von Harry Glawe, CDU)

Es ist alles schon erledigt.

(Zurufe von Dr. Armin Jäger, CDU,  
und Andreas Bluhm, Die Linkspartei.PDS)

Sie haben eine Notrufnummer eingerichtet und da können sie dann anrufen und fragen und sich sagen lassen, was sie eigentlich hätten tun sollen.

Wir können Sie nur auffordern, unserem Antrag zuzustimmen, auch wenn Sie es nicht machen werden.

Und eine Bemerkung noch: Die Hauptschuldigen an der Bildungskatastrophe sind noch nicht mal in Berlin Kreuzberg die Ausländer, sondern natürlich Sie. – Vielen Dank.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Im Ältestenrat wurde eine Aussprache mit einer Dauer von 30 Minuten vereinbart. Ich sehe und höre keinen Widerspruch, dann ist das so beschlossen. Ich eröffne die Aussprache.

Das Wort hat der Abgeordnete Herr Leonhard von der Fraktion der FDP.

**Gino Leonhard, FDP:** Sehr geehrte Frau Präsidentin! Sehr geehrte Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eigentlich habe ich gar keine Lust mehr zu antworten.

(Dr. Armin Jäger, CDU: Das macht auch keinen Sinn. – Heiterkeit bei Abgeordneten der SPD und CDU)

Aber da ist sie wieder, die übliche Panikmache der NPD, machen wir uns doch nichts vor, die übliche Panikmache der NPD.

(Zuruf von Michael Andrejewski, NPD)

Der Antrag, lieber Kollege Andrejewski, hilft der Bevölkerung kein Stückchen weiter oder trägt gar zu deren Sicherheit bei.

(Stefan Köster, NPD: Wie helfen Sie denn?)

Der Antrag trägt höchstens dazu bei, dass die Bevölkerung weiter verunsichert wird. Aus Sicht der demokratischen Fraktionen sollten Volksvertreter, die ihren Auftrag ernst nehmen, der Regierung auf die Finger schauen. Und das tun wir, das tun wir seit Wochen und Monaten hier auch in der Diskussion im Landtag. Wir machen es regelmäßig und insbesondere auch beim Thema G8. Aber im Gegensatz zu den Abgeordneten der NPD rufen wir nicht den Krisenfall aus, sondern versuchen, echte Probleme zu lösen

(Stefan Köster, NPD: Wo denn?)

wie die Frage von Kostenübernahmen, die Campstandorte, Zugangsberechtigungen, Sicherstellung der Gesundheitsversorgung – wir haben gerade gestern darüber gesprochen –, also die Frage, wie sich ein reibungsloser G8-Gipfel mit gleichzeitigen friedlichen Protesten vereinbaren lässt, ohne die Bürger vor Ort unnötig zu belasten. Die Information des Bundesamtes für Katastrophenschutz kann sich jeder über das Internet runterladen oder als Druckausgabe bestellen.

(Zurufe von Michael Andrejewski, NPD, und Stefan Köster, NPD)

Aber die Frage müssen wir stellen: Brauchen die Bürger diese Informationen vor Ort wirklich? Es gibt hier so ein Merkblatt, da sind 22 Broschüren drauf. Welche Selbstschutzinformationen wollen Sie denn verteilen lassen? Die Selbstschutzinformationen „Vorsorge wegen Energieausfall“, wegen Verhalten bei Gewitter oder die

Zusatzhinweise zu Hagel und Wirbelstürmen oder die Selbstschutzinformationen „Allgemeine Hinweise zu starken Regenfällen“?

(Zuruf von

Barbara Borchardt, Die Linkspartei.PDS)

Sehr geehrte Damen und Herren, die NPD redet in ihrem Antrag von Krisensituationen und von Katastrophenhilfe. Eine Katastrophe – altgriechisch „katá“ gleich „nieder-“ und „stréphein“ gleich „wenden“, also eigentlich „Wendung zum Niedergang“ – ist ein entscheidendes, folgenreicheres Unglücksereignis.

(Michael Andrejewski, NPD:

Nachhilfeunterricht nützt bei Ihnen nicht viel.)

Ich glaube – und ich denke, da sind wir in den demokratischen Fraktionen völlig einer Meinung –, die einzige Wendung zum Niedergang, die einzige Katastrophe der heutigen Zeit ist die Anwesenheit der NPD hier zu meiner rechten Seite in diesem Hohen Hause. Und ich freue mich, hier ankündigen zu können, dass die demokratischen Fraktionen Ihrem Antrag mit Sicherheit nicht zustimmen werden. – Danke.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD, CDU, Linkspartei.PDS und FDP)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Das Wort hat jetzt der Abgeordnete Herr Andrejewski von der Fraktion der NPD.

(Zurufe aus dem Plenum: Noch mal!)

**Michael Andrejewski, NPD:** Das letzte Mal in diesem Monat. Keine Panik! Es bleibt nur noch eins nachzutragen:

So vernünftig diese Broschüre auch ist, gibt es leider eine Bevölkerungsgruppe, die davon ausgeschlossen ist, ihre Ratschläge zu befolgen, nämlich die Empfänger von Hartz IV. Denn was können sie damit anfangen, wenn man ihnen sagt, schaff dir eine Notapotheke an oder ergänze die, das können sie sich nicht leisten, oder wenn man ihnen sagt, wie es hier geschrieben steht, sieh zu, dass du einen 14-tägigen Vorrat von Lebensmitteln hast, die nicht verderblich sind. Das können sie sich nicht leisten. Das heißt, durch Hartz IV ist diese Bevölkerungsgruppe hilflos gemacht worden in Krisenfällen. Es ist so wie in Amerika, wo die US-Millionärsregierung in New Orleans gesagt hat, Leute, die Flut kommt, setzt euch in eure Autos.

(Zuruf von Dr. Armin Jäger, CDU)

Aber die Armen hatten keine Autos und ertranken. Und genau das sind jetzt die Verhältnisse, die Sie hier geschaffen haben.

Ein letztes Mal in diesem Monat beantrage ich namentlich Abstimmung.

(Beifall bei Abgeordneten der NPD)

**Präsidentin Sylvia Bretschneider:** Ich schließe die Aussprache.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/472. Der letzte Redner hat gemäß unserer Geschäftsordnung namentliche Abstimmung zu diesem Antrag gefordert. Wir werden diese namentliche Abstimmung jetzt durchführen. Dazu werden Sie von den Schriftführern aufgerufen und geben

dann bitte laut und deutlich mit Ja, Nein oder Enthaltung Ihr Stimmverhalten zur Kenntnis. Ich bitte jetzt die Schriftführer, die Namen aufzurufen.

(Die namentliche Abstimmung wird durchgeführt.)

Ist noch ein Mitglied des Hauses anwesend, das seine Stimme nicht abgegeben hat?

(Die Abgeordneten Dr. Till Backhaus und Matthias Lietz werden nachträglich zur Stimmabgabe aufgerufen.)

Gibt es noch ein Mitglied des Hohen Hauses, das seine Stimme nicht abgegeben hat und das tun möchte? – Das ist nicht der Fall. Ich schließe die Abstimmung und bitte die Schriftführer, mit der Auszählung zu beginnen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich darf Ihnen das Abstimmungsergebnis bekannt geben. An der Abstimmung haben sich 54 Abgeordnete beteiligt. Mit Ja stimmten 4 Abgeordnete. Ich muss allerdings darauf hinweisen, dass ich eingangs ausdrücklich angesagt hatte, durch welche Äußerung Sie hier Ihr Abstimmungsergebnis deutlich machen können, nämlich mit Ja, Nein oder Enthaltung. Herr Abgeordneter Andrejewski hat einen Zusatz davor gesetzt: „dafür“ und dann mit Ja geantwortet.

(Heiterkeit bei Abgeordneten der NPD)

Ich mache darauf aufmerksam, Herr Andrejewski, dass das eigentlich nicht zulässig ist. Wir werten das aber jetzt als Zustimmung zu dem Antrag. Mit Nein stimmten 50 Abgeordnete, es enthielt sich kein Abgeordneter der Stimme. Damit ist der Antrag der Fraktion der NPD auf Drucksache 5/472 abgelehnt.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind damit am Schluss der heutigen Tagesordnung. Ich berufe die nächste Sitzung des Landtages für Mittwoch, den 13. Juni 2007, 10.00 Uhr ein. Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 13.19 Uhr**

Es fehlten die Abgeordneten Lorenz Caffier, Angelika Peters, Sebastian Ratjen, Dr. Harald Ringstorff, Ute Schildt, Jürgen Seidel, Peter Stein, Dr. Henning von Storch und Wolfgang Waldmüller.

## Namentliche Abstimmung

### über den Antrag der Fraktion der NPD Bevölkerungs- und Katastrophenschutz angesichts des G8-Gipfels

– Drucksache 5/472 –

#### Jastimmen

##### NPD

Andrejewski, Michael  
Köster, Stefan  
Lüssow, Birger  
Müller, Tino

Löttge, Mathias  
Reinhardt, Marc  
Ringguth, Wolf-Dieter  
Rühs, Günter  
Schlupp, Beate  
Timm, Udo  
Vierkant, Jörg

#### Neinstimmen

##### SPD

Dr. Backhaus, Till  
Baunach, Norbert  
Borchert, Rudolf  
Bretschneider, Sylvia  
Brodkorb, Mathias  
Dankert, Reinhard  
Heydorn, Jörg  
Dr. Körner, Klaus-Michael  
Müller, Heinz  
Dr. Nieszery, Norbert  
Polzin, Heike  
Schulte, Jochen  
Schwarz, Thomas  
Dr. Seemann, Margret  
Selling, Erwin  
Dr. Zielenkiewitz, Gerd

##### Die Linkspartei.PDS

Bluhm, Andreas  
Borchardt, Barbara  
Gramkow, Angelika  
Holter, Helmut  
Koplin, Torsten  
Dr. Linke, Marianne  
Lück, Regine  
Měšťan, Gabriele  
Dr. Methling, Wolfgang  
Müller, Irene  
Ritter, Peter  
Schwebs, Birgit  
Dr. Tack, Fritz

##### CDU

Fiedler-Wilhelm, Kerstin  
Glawe, Harry  
Holznagel, Renate  
Dr. Jäger, Armin  
Kokert, Vincent  
Kuhn, Werner  
Lietz, Matthias  
Liskow, Egbert  
Lochner-Borst, Ilka

##### FDP

Grabow, Ralf  
Kreher, Hans  
Leonhard, Gino  
Reese, Sigrun  
Schnur, Toralf

#### Endgültiges Ergebnis:

Abgegebene Stimmen .....	54
Gültige Stimmen .....	54
Jastimmen.....	4
Neinstimmen.....	50
Enthaltungen.....	-